

Handwritten note: 5.12.1983

Kosmonaut  
Unfall bei  
Raketenstart

Mittwoch, 14. Dezember 1983 - D \*\*\*

Amal Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wöchentliche Telefonnummern: 0 20 54 / 10 11 (Mo-Fr) / 10 12 (Sa) / 10 13 (So)  
Abrechnung: 0 20 54 / 10 14 (Mo-Fr) / 10 15 (Sa) / 10 16 (So)  
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 291 - 50. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 90 Dr.  
Großbritannien 66 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 130,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr.  
Niederlande 5,00 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12,00 Sch., Portugal 100 Esc.  
Schweiz 6,50 Sfr., Schweden 1,80 Skr., Spanien 125 Ptas., Tschechien 150 Ptas.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Mahnung zur Gemeinsamkeit:** Der Anschlag auf Japan und auch die USA auf dem Gebiet der Zukunftsforschung lässt sich nach Meinung von Vizekanzler Genscher nur durch gemeinsame Anstrengungen von Staat und Gesellschaft, Unternehmen und Gewerkschaften bewältigen. Mit der japanischen Herausforderung nicht bestehen, sagte er vor der Bundesversammlung der Arbeitgeberverbände.

**Rentenkommission:** Die noch vom SPD-Arbeitsminister Ehrenberg eingesetzte „Harmonisierungskommission“ empfiehlt unter anderem Beitragszahlung von Beamten für ihre Pensionen. Der Beamtenbund protestiert: verfassungswidrig.

**Republikaner:** Die neue Partei ehemaliger CDU-Mitglieder gründet ihren ersten Ortsverband in Sonthofen.

**Neue türkische Regierung:** Die aus den Wahlen vom 6. November hervorgegangene Regierung Özal ist mit der Vorstellung der 20. Ministerkonferenz.

**Flucht aus Rumänien:** 20 Personen gelangten unter Containern in einem Lastzug unbemerkt nach Österreich.

**Führungsvakuum in Kroatien:** Das in Moskau sichtbare Führungsvakuum könnte die Beziehungen des Westens um verbesserte Ost-West-Beziehungen behindern, erklärte der stellvertretende NATO-Gesandter Luns. In einem Interview sprach er von „Zweifeln“ an der Arbeitsweise der sowjetischen Führung. Er wies dabei auf die Unklarheit um Schicksal und Gesundheitszustand Andropows hin.

**CSU will mitreden:** Landesgruppenvorsitzender Waigel bekräftigt die Forderung der CSU nach starker Beteiligung an der Willensbildung der Koalitionsregierung einschließlich der Außenpolitik.

**Friedhof geschändet:** Erwa 40 Gräber des jüdischen Friedhofs von Bismarck im Elsaß sind mutmaßlich von Jugendlichen geschändet worden.

**Heute: Tarifrunde der Metallindustrie über 35-Stunden-Forderung** geht in Hessen weiter. - Allianz will erhöhtes Angebot für Tagelöhner vorlegen. - Verkündungstermin des Bundeskartellamtes im Fusionskontrollverfahren Metro/Kaufhof. - Wahlen in Jamaika. - EG und arabische Länder nehmen Dialog wieder auf.

## Genscher: Wir müssen Anschluß gewinnen an die USA und Japan

Grundsatzrede vor den Arbeitgebern / Otto Esser wieder Präsident

Die deutsche Wirtschaft müsse den Weg in die dritte industrielle Revolution möglichst schnell finden. Das forderte der FDP-Vorsitzende Hans Dietrich Genscher gestern in einer Grundsatzrede vor der Bundesversammlung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Es komme darauf an, daß der Staat dafür die politischen und steuerlichen Rahmenbedingungen schaffe. Neben einer konzentrierten Forschungsförderung sei es auch nötig, dabei mitzuhelfen, daß sich in der Bevölkerung das Bewußtsein zur Risiko- und Leistungsorientierung entwickle.

Hinterließ ist nach Genschers Meinung für die Fähigkeit der Wirtschaft zum Strukturwandel nicht zuletzt der hierzulande anzutreffende „lamentierende Kulturpessimismus“. Hinzu trete eine allgemeine Angst vor der Technik, die vermeintlich die Umwelt zerstöre und ebenso vermeintlich die Arbeitsplätze. Genscher meinte, gerade die „dritte industrielle Revolution“ zeige einen Ausweg aus der Umweltzerstörung und wirke keineswegs als Job-Killer. Als Beispiel nannte der FDP-Vorsitzende die deutsche Druckindustrie. 1970 habe es dort 170 000 Arbeitsplätze gegeben; heute, nachdem gegen große Widerstände das moderne Lichtsatzverfahren weithin eingeführt sei, existierten hier 200 000 Arbeitsplätze.

Zur Einführung der neuen Technologien muß der Staat nach Genschers Auffassung alles tun, „um die Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation so günstig wie nur möglich zu gestalten“. Als dafür sieht er die Entbürokratisierung, eine „überflüssige“ Steuerreform, die die Steuer- und Abgabenlast für den einzelnen mindere und seine Bereitschaft zur Leistung fördere, sowie schließlich einen entschlossenen Kampf gegen eine Subventionspolitik, die „überholtes künstlich am Leben“ erhalte.

Darüber hinaus bedarf es nach Genscher einer wirksamen Politik der Forschungsförderung, die die „technologischen Schlüsselbereiche“ erkenne und der indirekten Forschungsförderung eine stärkere Rolle einräume.

Als Vorbild für den wirtschaftlichen Strukturwandel beschrieb der FDP-Vorsitzende die USA. Dort gebe es Universitäten, die den Mittelpunkt für technologieorientierte Unternehmensgründungen bildeten. Auch ge-

## DER KOMMENTAR

### Über die Zukunft

HERBERT KREMP

In einer Rede vor den Arbeitgebern, die den selten gereinigten Titel „bedeutend“ verdient, hat der FDP-Vorsitzende Genscher präzise umrissen, was geistige Werte bedeutet. Dieses Wort ist seit den Vorbereitungen des Bonner Regierungswechsels im Schwang, mal im Aufschwung, mal im Abschwung, aber niemand konnte so recht erfahren, was es eigentlich besagt: Soll die konzentrierte Aufmerksamkeit künftig der persönlichen Leistung gelten, den bewährten privaten und öffentlichen Tugenden oder der inneren Veredlung? Die Vielzahl der Deutungen verwirrt den Sinn.

Nun kommt Genscher mit einer Definition heraus, die nicht um einen neuen Goethe, „von innen“ bittet, sondern um die Beachtung der fundamentalen Tatsache, daß Europa samt seiner Deutschen den Platz an der Sonne verlieren werde, wenn es die Schnelligkeit der „dritten industriellen Revolution“, die Technologie der Aufbereitung der Mikroelektronik und der Biotechnik, verstimmt. Auf diesen Feldern liegen Japan und die USA weit vorn, die Europäer im hinteren Mittelfeld, während die kommunistischen Länder, von der Speerspitze der sowjetischen Waffentechnologie abgesehen, weit abgeschlagen folgen. Was Genscher dazu sagt, formuliert auch schon Strauß: Wer hier nicht mithalten kann, wird auf Dauer nirgends mehr mithalten können.

Das klingt so dramatisch, wie es ist. Für die drei hauptsächlichsten Voraussetzungen: kooperative Arbeitswelt, Risikobereitschaft der Unternehmer und einschlägige Bildungselite, bieten sich in Japan und Amerika günstige, wenn auch stark unterschiedliche Voraussetzungen. Im südlichen „Sonnenrücken“ der USA sorgen soziale Zugkraft und jugendlicher Optimismus für ein geistiges Klima, in dem sich Risiko lohnt und intellektuelle Leistung auszahlt. In Dorf- und Stadtmitten steht nicht die Kirche, nicht die Eisenhütte, sondern die Universität. Sie prägt Lebens-, Siedlungs- und Produktionsstruktur.

In Japan sorgt die noch nachwirkende konfuzianische Tradition für einen Interessenskonsens zwischen Arbeit, Kapital und Staat. Die Ausbildung ist hart und spezialisiert, der Pflichtbegriff „preußisch“, der Samurai blickt heute auf die Weltmärkte. Von den geistig-kulturellen Voraussetzungen her betrachtet, sind Amerikaner und Japaner somit besser gerüstet als die Europäer: Kulturpessimismus kennen sie nicht, und sozial-entimental sind sie auch nicht. Europa, das die Zivilisation verbreitete, kann die entwickelte fremde Mentalität nicht kopieren. Es muß an sich selbst arbeiten, oder es bleibt auf der Strecke.

## WELT-Report Messen und Kongresse

Der „Messeplatz“ Bundesrepublik Deutschland demonstriert Jahr für Jahr seine internationale Bedeutung, in wichtigen Bereichen sogar seine weltweite Führungsrolle. Die komplexer gewordene Welt der Messen und Kongresse will der farbige WELT-Report vorstellen. Er will zugleich eine Handreichung für das Messe- und Kongreß-Jahr '84 sein.

## Kohl entscheidet, ob Lambsdorff bleibt

Ermittlungen gegen den „Spiegel“ / Wolff: In USA sieht man uns als Bananenrepublik

MANFRED SCHELL, Bonn. In der Bundesregierung ist nach einer Überprüfung der von der Staatsanwaltschaft erhobenen Bestechungsvorwürfe gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die Tendenz zu erkennen, der Minister solle zumindest bis zur Entscheidung des Landgerichts Bonn über die Eröffnung eines Hauptverfahrens im Amt bleiben. Der Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberg, hat - um den Kreis der Informanten klein zu halten - auf Bitten von Bundeskanzler Helmut Kohl an demselben die 104 Seiten starke Anklageschrift auf ihre „rechtliche und tatsächliche Schlüssigkeit“ hin geprüft. Schreckenberg, so hieß es gestern in Regierungskreisen, werde dem Bundeskanzler jetzt einen „Rat“ erteilen. Die Entscheidung darüber, ob Lambsdorff im Amt bleiben werde, liege beim Bundeskanzler.

Nach Informationen der WELT wird von der Staatsanwaltschaft Bonn vorgelegte Anklageschrift gegen Graf Lambsdorff zwar als rechtlich gut abgefaßt eingeschätzt, aber in der Beweisführung als „nicht sehr stark“. Hier bewege sich die Anklagebehörde auf „sehr dünnem Eis“, sowohl in objektiver als auch, auf Lambsdorff bezogen, subjektiver Hinsicht. Insofern bestünde, wie in Regierungskreisen versichert wurde, durchaus die Chance, daß der Bundeswirtschaftsminister durch seine Erklärung zu den Anschuldigungen

## Nitze spricht von Gegensätzen im Kreml

AFP, Washington. Maßgebend für die sowjetische Entscheidung, das Eintreffen der ersten Pershing-3-Raketen in Westeuropa mit dem Abbruch der Genser Verhandlungen zu beantworten, waren nach Ansicht des amerikanischen Verhandlungsleiters in Genf, Paul Nitze, nicht die sowjetischen Mithras, sondern die sowjetischen Politiker.

Wie Nitze in Washington erklärte, sei die Aufstellung einer geringen Anzahl von Pershing-3-Raketen für die militärische Führung der Sowjetunion unerheblich. Für ihre politische Führung sei jedoch die Stationierung prinzipiell unannehmbar gewesen, weil sie der Auffassung sei, daß dies eine Schwächung ihrer osteuropäischen Verbündeten bedeute. Bis auf dieses „zentrale Problem“ seien während des vergangenen Monats die bislang größten Fortschritte bei den Verhandlungen erzielt worden.

Der US-Verhandlungsleiter bei den jetzt abgebrochenen Gesprächen über Mittelstreckenraketen (INF) sagte, es habe lediglich noch Unstimmigkeiten darüber geherrscht, ob die Sowjets auf einem „groben Ungleichgewicht“ beharren würden, was ein Verhältnis von 120 sowjetischen SS 20 ohne jegliche Raketenauflistung auf amerikanischer Seite bedeuten würde. Die Formel 120 zu null sei jedoch für die Amerikaner unannehmbar. Wie Nitze erklärte, hätten die Sowjets unmissverständlich Andeutungen darüber gemacht, daß sie zu einem Verzicht auf die Einbeziehung der britischen und französischen Atomwaffen bereit gewesen seien.

## WIRTSCHAFT

**Gegenmaßnahmen:** Enttäuscht über die gescheiterten Handelsverhandlungen mit der EG, bereiten sich die USA auf Gegenmaßnahmen für den Fall vor, daß die EG amerikanische Agrarprodukte in die Gemeinschaft behindern sollte. (S. 13)

**Basara unruhig:** Trotz eines „Bombenergebnisses“ der heimischen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1982/83 rechnet Bauernpräsident von Heeren mit neuen Unruhen in der Landwirtschaft. (S. 13)

**GHE:** Mit einem Fehlbetrag von 83,94 Millionen Mark endet das Geschäftsjahr 1982/83. Grund: Verluste der MAN. Hier sieht Vorstandschef Voisard schwarze Zahlen wieder für 1984/85. (S. 15)

**Bären:** Trotz Ordermangel konnten sich die Kurse der meisten Standardaktien behaupten. Aufwärtstendenzen waren besonders gefragt. Der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 148,4 (148,2). Dollarkurs 2,7534 (2,7512) Mark. Goldpreis pro Feinunze 389,20 (391,25) Dollar.

## SEITE 14: Sorge über Subventionen

Das Gericht von seiner Unschuld überzeugen könne. V.a. allem sei aus der Anklageschrift nicht zu erkennen, wie die Staatsanwaltschaft den Beweis für Geldzahlungen des Flick-Konzerns an den Minister führen wolle.

In Bonn wurde gestern damit gerechnet, daß es schon in den nächsten Tagen ein ausführliches Gespräch zwischen Kohl und dem Bundeswirtschaftsminister geben wird. Kohl wolle, so hieß es, zunächst die Einschätzung von Graf Lambsdorff und dessen Schlussfolgerungen hören und dann sein Votum abgeben. Der

## ZITAT DES TAGES

„Wir wollen diesen Konflikt nicht, aber wir werden ihn annehmen, wenn er uns aufgezwungen werden sollte.“

Der wiedergewählte Präsident des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände, Otto Esser, zur Gewerkschaftsfortsetzung nach der 35-Stunden-Woche (S. 1 u. 2)

## Kein Asyl für „Solidarität“-Mitglied

Zimmermann: Pole nahm beim Widerstand in Kattowitz Tod anderer Menschen in Kauf

MANFRED SCHELL, Bonn. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat die „Übernahme“ des Mitglieds der inzwischen von Warschau verbotenen Gewerkschaft Solidarnosc, Wiesław Rozyk, in die Bundesrepublik Deutschland abgelehnt. Zimmermann begründete seine Entscheidung damit, Rozyk habe bei seinem Widerstand gegen das polnische Militärregime den Tod anderer Menschen bewußt in Kauf genommen.

Rozyk hatte im Dezember 1981 in einem Bergwerk in Kattowitz einen Streik angeleitet und gedroht, wenn Sicherheitskräfte gegen die streikenden Arbeiter vorgehen sollten, werde er die Sprengkörper zünden. Mit seiner Entscheidung hat sich der Bundesinnenminister gegen die Empfehlung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gewandt, der aus „humanitären Gründen“ dafür plädiert hatte, daß Rozyk und dessen Familie in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden soll.

Im Bundesinnenministerium hieß es, Zimmermann habe den Sachverhalt sorgfältig geprüft, wobei er sich nicht auf polnische Angaben, sondern auf die Unterlagen der deutschen Botschaft in Warschau und des auswärtigen Amtes gestützt habe. Daraus habe sich ergeben, daß die Verurteilung in dem Bergwerk „nach Kamikaze-Art“ erfolgt sei. Durch eine Analyse des Zündens wären nicht nur Angehörige der Sicherheitskräfte, sondern auch Bergarbeiter gefährdet worden. Rozyk sei am 16. April 1982 zu insgesamt acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. In diesem Strafmaß ist auch eine Verurteilung wegen Aufstaus zum Streik und der Verbreitung falscher Nachrichten enthalten. Im Rahmen der Generalamnestie sind ihm davon 5 Jahre erlassen worden. Nun muß er - die Untersuchungshaft abgerechnet - noch 22 Monate absitzen.

Zimmermann argumentierte, wenn Rozyk nur wegen seines Aufstaus zum Streik, zu Boykottmaßnahmen, we-

## Kabul erwartet Offensive der Mudjahedin

Regierung Karmal verschärft die Sicherheitsmaßnahmen

dpa/APP, Islamabad. In Afghanistan bereiten sich die sowjetischen Besatzungstruppen und das Karmal-Regime auf eine „Überraschung“ vor, die die Freikämpfer zum vierten Jahrestag der sowjetischen Invasion für Ende Dezember planen sollen. Akkreditierte westliche Diplomaten haben jetzt darüber berichtet, daß es in allen Regionen des Landes einschließlich der Hauptstadt Kabul derzeit ruhiger sei als sonst. Die Kämpfe im Lande hätten an Heftigkeit nachgelassen. Es gebe eine Art „Ruhe vor dem Sturm“.

Erwartet wird eine großangelegte Operation der Mudjaheddin zum 27. Dezember. Dann ist es vier Jahre her, daß die Rote Armee in das Land einmarschierte. Die Sicherheitsvorkehrungen in Kabul und in den vom Regime beherrschten Teilen des Landes sind deshalb in den vergangenen Tagen noch weiter verstärkt worden. Bereits zum Herbstanfang waren verschärfte Sicherheitsmaßnahmen in Kabul verhängt worden, die weiter gelten. So sind an allen strategisch wichtigen Punkten Straßen-

## KULTUR

**Fälschungen gefragt:** Die „Werke“ des Meisterfälschers Tom Keating kamen bei Christie's unter den Hammer und erzielten phantastische Preise: Constables „Heurwegen“ beispielsweise erzielte 5500 Pfund. (S. 3)

**Heine-Preis:** Der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Wiesacker ist mit dem Heinrich Heine-Preis ausgezeichnet worden. Vor ihm hatten Zuckmayer, Heine-Forscher Bertaux, Häfner und Jens den Preis erhalten.

## Brandt heiratete nach Feierabend

DW, Bonn. Wenige Tage vor seinem 70. Geburtstag am kommenden Sonntag hat der SPD-Vorsitzende und frühere Bundeskanzler Willy Brandt unter strenger Geheimhaltung seine langjährige Lebensgefährtin und frühere Mitarbeiterin Brigitte Seebacher geheiratet. Die Trauung wurde, wie erst gestern bekannt wurde, auf Wunsch Brandts am vergangenen Freitag „in aller Stille“ und eine halbe Stunde nach Dienstschluß im Rathaus der kleinen Weinstadt Unkel vollzogen, wo Brandt und seine neue Frau seit fünf Jahren in einem Penthouse wohnen.

Bürgermeister Hans Hafner (CDU), der bei der schlichten Trauungszeremonie als Standesbeamter fungierte, erzählte jetzt, daß es „nicht einfach“ gewesen sei, „das alles so einzufädeln, daß niemand etwas davon erfährt“. Die Trauung selbst sei „rein formell“ abgewickelt worden, „ohne Blumen, ohne Sekt“. Als Trauzeugen seien der Bonner Rechtsanwalt Wolfgang Schulz und Brigitte Seebachers Bruder Wendelin dabei gewesen. Das anschließende Hochzeitsmenü mit Lachs, Ziebacken auf Stroh und frischen Feigen in einem sardisch-französischen Bonner Altstadtlokal war wenige Tage vorher ohne Angaben über den Anlaß bestellt worden.

Die 37jährige dritte Ehefrau des SPD-Vorsitzenden war in den 70er Jahren Chefredakteurin der Berliner SPD-Zeitung „Berliner Stimme“, bevor sie als enge Mitarbeiterin Brandts in die Bonner Parteizentrale wechselte. Zur Zeit schreibt sie an ihrer Dissertation über den früheren SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer. Willy Brandt war bereits von 1941 bis 1944 im Exil mit einer Norwegerin verheiratet. Von seiner zweiten Frau Rut hatte er sich nach einem schweren Herzinfarkt im Frühjahr 1979 getrennt. Während der damaligen Rekonvaleszenz in Frankreich war Brandt begleitet und gegenüber der Öffentlichkeit abgeschirmt worden.

Auch in der „Baracke“, dem Bonner SPD-Parteiquartier, wurde man von der Nachricht über die Heirat Brandts überrascht. Oppositionsführer Hans-Jochen Heyer konnte nur telegrafisch gratulieren, da der Parteivorsitzende zu politischen Gesprächen nach London abgefliegen war.

## Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Ein Kontinent, der in die Katastrophe stürzt - Lateinamerika. Von W. Thomas. S. 2
- Wiesacker-Nachfolge: Parteifreunde bitten Diepigen im Interesse der Partei um Verzicht. S. 4
- Jugoslawien: Was tun, wenn Kommunisten die kirchliche Trauung wünschen? S. 5
- Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 7
- SPD-Plan: Herbert Ehrenberg stellt Programm zur Wirtschaftspolitik vor. S. 7
- Galepp: Der Jockey Werner Keffczyk steigt aus und wird U-Bahn-Fahrer. S. 9
- Bonn: Bundespostminister gibt deutschem Firmenkonsortium Auftrag über 815 Mill. Mark. S. 12
- Fernsehen: Mühlhens Kraftakt - Zum Stand des Münchner Kabelprojekts. S. 20
- Fotokunst: Wien zeigt die Geschichte der Fotografie in Österreich. S. 21
- Spielbanken-Projekt: „Goldfinger“ hat auch Glück vor Gericht; Anklage fällt zusammen. S. 22



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Zwei Kulturen

Von Günter Zehm

Die Einrichtung eines „Kulturzentrums der DDR“ in Paris ist an sich keine gute Nachricht, macht sie doch die gewaltsame, durch und durch künstliche Spaltung der Nation wieder einmal schmerzhaft augenfällig. Andererseits bietet sie den Schriftstellern und Künstlern in Dresden, Weimar und Ost-Berlin so manche Chance. Wenn die SED ihr Haus am traditionsreichen Boulevard Saint Germain auf Dauer einigermaßen attraktiv halten will, wird sie nicht darum herumkommen, dort auch unabhängige, ihr unbequeme Geister zu Wort kommen zu lassen. Hermann Kant und Erik Neutsch, Willi Sitte und Werner Tübke machen das Kraut nicht fett.

In der französischen Intelligenz finden zur Zeit tiefreichende Wandlungsprozesse statt. Das lange Jahre dominierende kommunistische Paradigma ist verblaßt, der KPF des Genossen Marchais laufen die Kulturträger in hellen Scharen davon. Das wird auch das „DDR“-Zentrum zu spüren bekommen. Es muß mit Besuchern rechnen, die den „Archipel GULag“ von Solchenitzyn sehr genau gelesen haben, bohrende Fragen stellen und sich nicht mit Parteiphrasen zufriedengeben.

Die Funktionäre werden natürlich – getreu der Ostberliner Doktrin von den „zwei Kulturen“ in der deutschen Geschichte, einer „fortschrittlichen“, die zum Sozialismus führt, und einer „reaktionären“, die in den Sumpf der BRD führt – das Kulturerbe höchst einseitig für sich selbst vereinnahmen; sehr dubiose Ausstellungen sind da zu erwarten. Für das Goethe-Institut der Bundesrepublik in Paris erwächst dadurch die Aufgabe, mit aller Seriosität dagegenzuhalten, der historischen Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen und in großer Sorgfalt immer wieder die Einheit der deutschen Kultur zu dokumentieren.

Dem Goethe-Institut kann also die neue Konkurrenz gar nicht schaden. Man wird es künftig mit schärferen Maßstäben als bisher messen, wird ihm keine läppischen Sporenzeichen à la mode mehr durchgehen lassen. Man wird genau hinsehen, wer besser ist, die Avenue d'Iéna oder der Boulevard Saint Germain. Schiedsrichter ist das Pariser Publikum, und das hat Urteilsvermögen.

## Drucker und Gesetz

Von Fritz Wirth

Bis vor kurzem noch redete man in Großbritannien vom großen „High Noon“, vom letzten Gefecht zwischen Regierung und Gewerkschaften. Dieses Duell sollte über Leben und Tod, über Wirksamkeit und Nutzen der neuen Gewerkschaftsgesetze der Regierung Thatcher entscheiden. Der letzte Wortschuss vor diesem Gefecht sollte ein vierundzwanzigstündiger landesweiter Zeitungsstreik durch die Druckergewerkschaft NGA am heutigen Mittwoch sein.

Am Dienstag ist dieser „High Noon“ in letzter Minute abgeblasen worden. Die Drucker, die Männer mit den stärksten Muskeln in der britischen Streikindustrie, streckten kleinlaut, grollend und verlegen die Waffen. Sie hatten rechtzeitig erkannt, daß sie hier in einen Kampf zogen, den sie nicht gewinnen können.

Der Konflikt, der diese Konfrontation herbeiführte, ist damit noch nicht beigelegt. Dennoch ist dieser Rückzug der Druckergewerkschaft ein bemerkenswertes Ereignis an der sonst so kampfwütigen britischen Gewerkschaftsfront. Denn die Drucker streckten nicht aus eigener Einsicht, sondern unter dem massiven Druck einer immer stärker werdenden Mehrheit von einstigen Gewerkschaftsverbündeten die Waffen, die entschlossen sind, die Ära der Konfrontation durch eine neue Phase der Kooperation mit der Regierung zu ersetzen. Es ist nicht zuletzt der oberste britische Gewerkschaftschef Len Murray, der bei diesem erstaunlichen Wandlungsprozeß eine höchst ehrbare und bedeutende Rolle spielt.

Für die Regierung Thatcher zeichnet sich ein bemerkenswerter Erfolg ab. Dieser Konflikt ist der erste Testfall ihrer neuen Gewerkschaftsgesetze, und es sieht so aus, als seien sie in der Lage, zum ersten Mal der Muskelkraft der Gewerkschaften zu widerstehen. Es beginnt bei diesen Gewerkschaften zu dämmern, daß sie mit ihren versammelten Streikkräften nicht über den Gesetzen des Landes stehen. Es könnte der Beginn einer Dämmern der Vernunft an der britischen Streikfront sein.

## 35-Stunden-Auftakt

Von Peter Gillies

Die Parole „35 sichert Arbeitsplätze“ lacht ungeachtet ihrer Wahrheitswidrigkeit von vielen Plakatwänden und Straßenbahnen. Sowohl die IG Metall als auch die Arbeitgeber von Gesamtmetall geben sich finster entschlossen. Die Verhandlungen haben begonnen.

Noch nicht begonnen hat dagegen der Denkprozeß in Richtung Vernunft. Für die Verhandlungen über die Arbeitszeit und jene über die neuen Löhne (beide laufen getrennt, dürften aber als bald ineinander einmünden) ist nicht die klassenkämpferische, sondern die wirtschaftliche Betrachtung geboten.

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bedeutet eine Lohnerhöhung zwischen 14 und 18 Prozent. Addiert man die daneben erhobene Forderung nach Lohnverbesserung um drei bis 3,5 Prozent hinzu, ist die 20-Prozent-Grenze überschritten oder nicht mehr fern. Aus diesen Zahlen zu schließen, die 35-Stunden-Woche sichere die Arbeitsplätze, ist ungewöhnlich kühn.

Nun, die Arbeitnehmer trauen dem Braten ohnehin nicht. Sie wittern oder wissen, daß forcierte Arbeitszeitverkürzung keine Arbeitsplätze sichert, sondern gefährdet. In der Sache ist der Kompromiß also längst vorgezeichnet: Sollte die verteilbare Masse vier Prozent betragen, so kann man daraus eine Arbeitszeitverkürzung von gut einer Stunde bei einer Lohnerhöhung von null machen, oder eine Lohnerhöhung von vielleicht drei Prozent und als Zugabe einen Vorruhestand.

Je mehr nun die Erhöhung – vor allem durch die IG Metall – voranschreitet, desto schlechter erginge es der kühlen Vernunft. Aber wir dürfen vielleicht davon ausgehen, daß man nicht nur prinzipielle Kampfserufe ausstößt, sondern auch nachrechnet. Daß die Arbeitsbesitzer zwar Arbeit abgeben, aber das dazugehörige Einkommen behalten wollen, dürfte schwerlich als Solidarität verstanden werden.

Aber es gibt auf beiden Seiten Signale der Vernunft, die man wegen der üblichen Tarifzeremonien noch unterdrückt. Die Stimmung in den Betrieben, die gegen die 35-Stunden-Woche ist, gebietet das Lauschen in diese Richtung. Oder wie Betriebsräte wissen: Wer ein Etikett aufkleben will, rechnet fest mit der Wehrlosigkeit der Flasche.



Im Namen Allahs

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

## Sechs ist kein Tabu mehr

Von Ulrich Lüke

Nun spricht Kohl von möglicher Rückkehr zu einem Europa der Sechs. Paradox? Die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft ist eine Geschichte der Paradoxien. Beabsichtigt war vor mehr als dreißig Jahren eine politische Union. Als sie nicht hergestellt werden konnte, versuchte man es mit einer Verteidigungsgemeinschaft. Daran wurde – nach dem französischen Veto gegen diesen Plan – eine Wirtschaftsgemeinschaft. Allerdings ohne den ursprünglichen Ansatz aufzugeben: Ziel blieb die politische Union. Alles andere sollte nur Mittel zum Zweck sein. Das war schon damals unrealistisch.

Doch schlimmer noch: Das Mittel – die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – hat sich verselbstständigt. Da saßen vor Wochenfrist in Athen zehn Regierungschefs der Gemeinschaft zusammen und zerstritten sich. Nicht über die Zukunft Europas, nicht über das Ost-West-Problem oder den Nord-Süd-Konflikt, nein, sie stritten über Milchquoten, Agrarmodulatoren und Soja-Importe. Paradox, wenn man bedenkt, daß nur acht Millionen der mehr als hundert Millionen Erwerbstätigen in der Gemeinschaft Landwirte sind. Und von ihnen soll der Bestand der Gemeinschaft abhängen? Die politische Realität zwischen London, Paris und Bonn, Dublin nicht zu vergessen, suggeriert es. Die EG ist dabei, eine gute, immer noch richtige Idee, die der europäischen Einigung, selbst zu ruinieren.

Die gemeinsame Agrarpolitik, so klappern es die Brüsseler Gebetsmühlen, sei eigentlich die einzige wirkliche Gemeinschaftspolitik. Wer an sie rührt, rühre an die Gemeinschaft. Wenn diese Gemeinschaft aber nicht mehr besteht, warum rührt dann keiner?

Ist es denn in der EG der Zehn wirklich so weit gekommen, daß der gemeinsame politische Nenner Westeuropas davon abhängt, daß man acht Millionen Landwirte auf ökonomisch fragwürdige Weise alimentiert? Hängen die gemeinsamen politischen Interessen dieses Kontinents tatsächlich davon ab, daß diese Agrarpolitik so erhalten bleibt? Das darf nicht wahr sein, und das ist auch nicht wahr, gleichgültig, wie oft das Tabu Agrarpolitik beschworen wird.

Die Idee hatte in den fünfziger Jahren einiges für sich. Die Versorgungslage in Westeuropa war schlecht genug. Eine gemeinsame Agrarpolitik öffnete den Ausweg aus der Mangelwirtschaft in die Überflutungslandschaft. Sie ist heute erreicht. Die Milchseen und Butterberge, bald vielleicht Oliven- und Orangenhalden, sind stumm, aber eindrucksvolle Zeugen. Die Mission ist also erfüllt. Warum weiter daran festhalten?

Die Ehrlichkeit verlangt, zu sagen, daß der EG-Etat nur gerade so groß ist wie das Budget Nordrhein-Westfalens. Die gigantischen Dimensionen, die Brüssel auch aus Bonner Sicht zuweilen gewinnt, stimmen also nicht. Aber zwei Drittel dieses Etats gehen in die Landwirtschaft. Ein Hohn für dreizehn Millionen Arbeitslose in der EG, ein Hohn für all jene, die sehen, wie Japan und die USA auf technologischem Gebiet den Europäern den Rang ablaufen.

Doch auch dieses Paradoxon regt niemand in der EG zur Kritik an. Die Verhältnisse sind nun einmal so, was können wir daran ändern? Wenn Regierungschefs mit der Höhe von Milchquoten befaßt werden, ist das ein Skandal. Wenn sie sich dann über dieses Mini-Problem wirklicher europäischer Politik nicht einigen

können, ist das aber mindestens ebenso skandalös. Sie leisten damit – Athen hat es gezeigt – nur ihren Beitrag dazu, daß eine gute Idee durch eine schlechte Praxis ruiniert wird. Sicher, es hat Bedeutung, ob die Landwirte reale Einkommensverluste haben oder nicht. Nur, mit Europa, mit der europäischen Einigung hat das herzlich wenig zu tun.

Die Bauern haben die politische Einheit Europas nicht vorangebracht. Das war möglicherweise nicht vorrangig ihre Sache. Es geht auch nicht darum, die Bauern leiden zu lassen, auf daß Europa jubiliere; landwirtschaftliche Überschüsse können auch auf nationaler Ebene gemeistert werden. Das jedenfalls kann nicht die Hauptaufgabe eines Staatenbundes mit Parlament, historischem Anspruch und ständiger Außenbedrohung sein.

Die Zeit nationaler Eigenbrötelei ist in vielen heute entscheidenden Fragen vorbei. Der Ölchock hat alle getroffen, die Arbeitslosigkeit ebenfalls. Konkurrenzfähigkeit europäischer Industrien ist im nationalen Maßstab kaum noch zu erreichen. Einzelstaatliche nationale Politik im Ost-West-Gegensatz ist zum Scheitern verurteilt. Das aber heißt, daß die Europäische Gemeinschaft einen neuen Anfang nehmen muß. Zu sechs, wie Kohl und Strauß es offenbar meinen, oder zu zehn, wie andere es wollen. Eine Rückbestimmung auf die alten Römischen Verträge von 1957 reicht dafür schon aus. Die Ziele, die dort beschworen wurden, die Mittel, um sie zu erreichen, sind weiter richtig. Nur nimmt heute niemand sie mehr ernst. Die EG verkommt in ihrem eigenen Alltag.

Der politische Zusammenhalt der Gemeinschaft ist nicht nur eine Einkommensfrage, sondern eine Frage des allgemeinen Willens. Spanien und Portugal gehören dazu, wie unbestimmt das im Moment auch sein mag. Nicht um den überflüssigen Landwirten ihre Existenz abzunehmen, sondern um der Zukunft eines Kontinents willen. Wir können uns die Gemeinschaft nicht leisten; wir können uns aber noch weniger leisten, daß sie zerbricht.



Er torpedierte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft: Frankreichs Ex-Premier Mendès France

FOTO: KEYSTONE

## Ein Kontinent, der in die Katastrophe steuert

Lateinamerika, das Gebiet der unfähigen Politiker / Von Werner Thomas

Ein Bild verdrängt alle anderen Eindrücke von Südamerika Ende des Jahres 1983: Überall halten ausgehungerte Menschen die Hände offen. Gebettelt wird selbst in Buenos Aires, der europäischsten Metropole des Subkontinents. Wer nicht bettelt, bettelt sich als Lotterieverkäufer oder Bauchladenhändler. Das arme Volk belagert die Zentren jeder Hauptstadt.

Die offene Hand symbolisiert die desolaten Situation Südamerikas. Nie zuvor ist die Region von einer so bitteren Wirtschaftskrise mit ähnlichen Konsequenzen geschüttelt worden. Ein diplomatischer Beobachter in Lima spricht von einer „Haitianisierung“ dieses Erdteils. Es gibt Gebiete, wo das Elend ähnliche Ausmaße erreicht wie auf der Karibik-Insel Haiti. Die Zeitung „O Globo“ in Rio de Janeiro schockierte ihre Leser kürzlich mit einem Foto aus den Hungerzonen des Nordostens: ein Brasilianer verzehrte eine Ratte.

Diese Welt hat andere Probleme als Raketen. Hier regt sich niemand auf über die Pershing 2 oder die Marschflugkörper. Die meisten Menschen wissen mit diesen Namen nichts anzufangen. Wer in den Slums von Lima oder Rio hausen muß, kämpft ums nackte Überleben.

Mario Vargas Llosa, einer der bedeutendsten Schriftsteller Lateinamerikas, wirft den Westeuropäern Ignoranz, Arroganz und Provinzialität vor. Er kennt sie durch einen achtjährigen Aufenthalt in Paris, Madrid und London. „Sie leben in einer kleinen Welt“, kritisierte der Peruaner. „Sie verstehen nicht unsere Situation oder wollen sie nicht verstehen.“

Das mangelnde Verständnis beruht auf Gegenseitigkeit. Viele Lateinamerikaner kultivieren ein schlechtes Feindbild: Neben der US-Regierung spielt nun auch der Internationale Währungsfonds eine Buhmann-Rolle. Selbst so renommierte Journalisten wie Castelo Branco, der Kolumnist der Zeitung „Jornal do Brasil“, sehen den Währungsfonds lediglich als Instrument kapitalistischer Interessen und verurteilen die Austerität und den Allzorn, der den aus-

ländischen Banken die Schuld an dem Schuldendilemma zugeschoben: Sie seien in den sechziger Jahren hausieren gegangen mit ihren Petrodollars und dankbar gewesen für jeden Kredit-Kunden.

Die Wirtschaftskrise hat alle Länder der Subkontinents erfaßt, unabhängig von ihren politischen Systemen. Der demokratisch regierte Oststaat Venezuela ist ebenso wenig verschont geblieben wie Chile, wo General Pinochet seit zehn Jahren die Macht ausübt. Die Demokratie bietet in diesen Breiten keine Garantie für Wohlstand und Stabilität. Ein Hang der Politiker zur Demagogie, zum Egoismus und zur Korruption hemmt den Fortschritt.

Bolivien kann als abschreckendes Beispiel gelten. Im Oktober vergangenen Jahres waren die Militärs in die Kasernen zurückgekehrt. Seitdem liefern sich die Politiker einen permanenten Machtkampf. Die Fronten der Feindschaft verlaufen selbst innerhalb der Regierung zwischen dem Präsidenten Hernán Siles Zuazo und seinem Vizepräsidenten Jaime Paz

## IM GESPRÄCH Burt Lancaster

### Pirat ins Charakterfach

Von Margarete v. Schwarzkopf

In einer amerikanischen Biographie heißt es über Burt Lancaster: „Wie alle großen Leinwand-Stars ist auch Burt Lancaster ein Naturschauspieler“, der nicht nur durch Gestik und Dialoge präsent ist, sondern vor allem durch die Art, wie er sich bewegt und wie er aussieht.“ Als Lancaster 1960 für seine Leistung in Richard Brooks' Film „Elmer Gantry“ den Oscar gewann, soll er verwundert gefragt haben: „Wieso bekomme ich einen Preis dafür, daß ich mich einfach nur selbst gespielt habe?“

Diese Bescheidenheit, so bestätigen alle, die den zwischen siebzehnjährigen Schauspielern kennen, ist typisch für ihn. Lancaster hat stets den großen Rummel gemieden und versucht, in einer Welt, in der der Wahnsinn zur Tagesordnung gehört, ein Stückchen Ruhe und Privatleben zu bewahren.

Daß er seit fast vierzig Jahren ein „Star“ ist, daß ihn Luchino Visconti einmal als „ein Genie“ bezeichnete, das alles trägt Lancaster mit fast stoischer Gelassenheit. Geärgert hat ihn allerdings, daß man ihm nach Viscontis Tod jahrelang Rollen anbot, die von ihm außer markigem Blick und geradem Rücken wenig forderten. „Luchinos Tod hat mich heimlich gemacht“, sagte Lancaster einmal, und diese „Entwurzelung“ zeigte sich auch darin, daß der Schauspieler zwischen Amerika und Europa ewig hin- und herpendelte, immer auf der Suche nach einem Ort, an dem er beruflich wie privat seinen Frieden wiederfinden könne.

Jahrzehntelang war Lancaster im amerikanischen Kino Sinnbild für männliche Entschlossenheit und Wagemut, verkörperte er Piraten und Abenteurer, raube Burschen mit Sinn für Humor und viel Herz in der breiten Brust. Er rit, sprang und focht stets ohne Stuntman, da er, ehe er seine schauspielerische Karriere 1946 mit der Verfilmung der Hemingway-Kurzgeschichte „The Killers“ begann, einige Jahre als Zirkuskroket gearbeitet hatte.

Gelegentlich allerdings gaben ihm clevere Regisseure wie Fred Zimme-



Spielt längst nicht mehr nur sich selbst: Lancaster

FOTO: DIE WELT

mann, die erkannten, daß Lancaster ein außerordentlich sensibler Darsteller ist, Rollen in Filmen wie „Verdammt in alle Ewigkeit“ (1953) oder „Der Gefangene von Alcatraz“ (1962). Als seine Karriere zu stagnieren drohte, gab Visconti ihm den Part des Fürsten in „Der Leopard“ und holte Lancaster für einige Zeit nach Europa.

Die dritte Etappe seiner Karriere begann, als Louis Malle ihm die Hauptrolle in „Atlantic City“ anbot. Der Schauspieler mimt hier einen heruntergekommenen, lebenswütigen Gamber, der allzu gerne ein großer Ganove gewesen wäre. Und siehe da – plötzlich tauchte hinter der markigen Fassade Lancasters noch eine weitere Facette seines Könnens auf – ein großes komödiantisches Talent. Und diese Gabe, die im Film nur geworden ist, nutzte nun auch der junge schottische Regisseur Bill Forsyth geschickt aus. In seiner lebenswütigen Komödie „Local Hero“ spielt Burt Lancaster einen Milliardär mit einer Leidenschaft: die Sterne. Der Film, der eben bei uns angelautet ist, zeigt einen Burt Lancaster, wie es ihn noch nie gegeben hat: einen lebenswert-charmanten älteren Herrn mit Mut zur Schürlichkeit und Selbstironie. Eine Rolle, die diesem Superstar auf den noch immer kräftigen Leib geschrieben wurde.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die den Anschlägen in Kuwait folgenden verschiedenen Reaktionen:

### Le Quotidien de Paris

Die Kunst der Destabilisierung ist, im rechten Moment am richtigen Ort zuzuschlagen. Man muß den schwächsten und symbolträchtigsten Punkt treffen. Aus dieser Sicht ist die gestrige Anschlagsserie in Kuwait ein Modell. Diejenigen, die die Terroristen bewacht und motiviert haben, können sich rühmen, ... zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen zu haben. Sie lassen Kuwait einmal für sein Eintritten zugunsten Iraks im Krieg gegen Iran bezahlen. Sie fordern die Macht der USA heraus. ... Sie bestrafen Frankreich, das Bagdad unterstützt und sich der Aufhebung des Libanon widersetzt. ... Die gestrigen Anschläge gehen weit über den regionalen Rahmen hinaus. ... Die westliche Präsenz im Nahen Osten, nicht nur in Beirut, steht auf dem Spiel.

### KURIER

Der Bombenbegriff von Kuwait ist das bisher bedrohlichste Feuerzeichen für den Westen im Orient. Denn erstmals haben damit jene antiamerikanischen Gewalttaten, die bislang nur unter Duldung amerikanfeindlicher Regimes oder im Chaos des Libanon möglich waren, auch auf westliche Araberstaaten übergriffen. Sie gefährden dort die konservativen Herrschaftsstrukturen der Ölstaaten weit mehr als die Amerikaner. Das ist es wohl, was Washington in der Geburtsstunde seiner neuen „strategischen Allianz“ mit Israel und bei seinem jüngsten Konfronta-

tionskurs mit Syrien unterschätzt hat: jene mörderische Bedrohung, der es damit seine treuesten Freunde innerhalb der arabischen Welt aussetzt. Sie nämlich stehen jetzt als „Verärrter“ und als Handhanger Israels da.

### Rhein-Zeitung

Israelis wissen, was islamischer „Heiliger Krieg“ ist. Hier bei uns bezieht man das als sektiererischen Karneval. Spätestens seit den Attentaten auf die Friedensgruppe in Beirut, denen über 300 Soldaten zum Opfer fielen, weiß, wer es denn wissen will: Zum Heiligen Krieg brauchen fanatische Moslems nur einen Führer: Den gibt Khomeini ab. Und eine militärische Leitfigur. Das ist der Sowjetstern Assad. Es nutzt nichts mehr, daß sich die Regierung Kuwaits die Hetzpredigten aus den Moscheen vorlegen läßt. Die Mehrheit der Studenten ist Khomeini-treu und bestimmt in Erziehungsfragen mit. Wie einst in den PLO-Lagern werden auch in Kuwait Kinder zum mordenden Hasses trainiert.

(Koblenz)

### SÜDWEST PRESSE

Dafür, daß die Terroristen wohl weiterhin im Nahen Osten zuschlagen werden, spricht auch, daß sie zugleich ein zweites Ziel erreichen können: die Destabilisierung der konservativen Herrschaftshäuser in den Golf-Staaten. ... Langfristig dürfte diese Untergrundkampf gegen die Scheichs und Könige am Golf dem Westen noch größere Sorgen bereiten.

(Ulm)



Burt Lancaster  
Charakterfach  
Kopie

# Kuwait – Arabiens goldenes Fenster zur Sowjetunion

Eine Serie von Attentaten erschüttert Kuwait. Nicht nur die Wucht der Bombenexplosionen macht den Kuwaitis Sorgen, sondern mehr noch die Unberechenbarkeit der 900 000 Gastarbeiter.

Von GÜNTHER DESCHNER

Als der deutsche Dichter Günter Eich ein Hörspiel über die Bedeutung des Oils schrieb, gab er ihm den Titel „Geh nicht nach El Kuwait“. Er ließ darin einen Wüstenerzählen, der in den Wüsten beschreibt: „Mancher Ort sieht ähnlich aus. Es ist nichts Besonderes daran: Häuser, Gärten, Dattelpalme.“ Das war vor dreißig Jahren – vor dem Öl und dem damit verbundenen Reichtum. Damals war Kuwait ein rückständiger und drittangestrichelter Ort. Heute erinnert überhaupt nichts mehr an das Kuwait von einst. Wo immer man in den vierzig Jahren verweilt hat, findet man immer wieder Öl – und gleich so viel davon, daß man es seit den Fünfzigern in ungeheuren Mengen exportiert.

Als mit dem Erdöl auch die Staatseinnahmen answollen, sollte Kuwait nach dem Willen der herrschenden Familie der as-Sabah nach westlichem Vorbild modernisiert werden – mit dem Vorschlaghammer. Bulldozer zogen Schneisen durch die Lehmhäuserdörfer; alles Alte wurde mit ausgeräumt. Ein durch Zufall stehengebliebenes Stadttor wird heute als einziges Relikt arabischer Baukunst heilig gepflegt. Ein Bauboom überlagert die schiefen Hochhäuser, Verwaltungspaläste, Moscheen aus Beton und Glas, Häfen und Autobahnen.

Kuwait City ist heute die modernste und größte Geschäftsmetropole am Golf, bedeutendes Finanzzentrum im Nahen Osten, Universitätsstadt und Erdölzentrum, überlagert von seinem Wahrzeichen, drei nahezu zweihundert Meter hohen, Minaretten nachempfundenen Al-Türmen mit kugelförmigen Wassertanks.

## Dramatischer Anstieg der Bevölkerung

In der Stadt und ihren Vororten leben heute um die 800 000 Einwohner – zehnmal soviel wie vor 30 Jahren. Noch dramatischer war der Bevölkerungsanstieg für das ganze Land, das mit seinen 18 000 qkm gerade die Größe Schleswig-Holsteins entspricht: Von 1951 bis zur letzten Volkszählung 1981 stieg die Gesamtbevölkerung von 100 000 auf 1,5 Millionen Menschen an.

Und keinem davon geht es schlecht: Lohn- und Einkommensteuer wird nicht erhoben, Studieren und Telefonieren sind ebenso gebührenfrei wie die ärztliche Versorgung.

Das Pro-Kopf-Einkommen ist das höchste der Welt, fast doppelt so hoch wie in der Schweiz und in der Bundesrepublik und wird für 1983 voraussichtlich mehr als 50 000 Mark je Einwohner betragen. Kuwait, das Land aus Sand und Öl, ist damit der wohl modernste, wohlhabendste und immer noch freizügigste Staat des arabischen Gürtels – das Gegenstück zu Rückständigkeit, Verwaltungschaos, Unterdrückung und Armut et-

wa der Syrischen Arabischen Republik. Und dennoch ist das Land nicht ohne Sorgen. Innere und äußere Probleme stellen sich von Jahr zu Jahr schärfer. Nur 600 000 Einwohner beizubehalten, besitzen die kuwaitische Staatsbürger: 900 000 sind Gastarbeiter vorwiegend aus der Staatenwelt des Islam.

Das Hauptkontingent der Ausländer stellen derzeit etwa 300 000 Palästinenser – eine kritische Masse, von der niemand recht weiß, ob und wann und unter welchen Umständen sie von einem zuverlässigen Arbeitsmarkt in ein unberechenbares Aufwühlpotential umschlagen wird.

Sie stellen in Wirtschaft, Handel und Verwaltung das Gros der Arbeitskräfte und sind auch aus höchsten staatlichen Stellen nicht mehr wegzudenken. Lediglich aus dem Sicherheitsbereich, aus Polizei und der kleinen, etwa 14 000 Mann starken Armee werden sie wohlweislich ferngehalten.

## In der Presse geben Palästinenser den Ton an

Auch in der erstaunlich vielfältigen Presse des Landes geben Palästinenser, zumeist mit jordanischem Paß, den Ton an. Sie sind es vor allem, die in der öffentlichen Meinung Kuwaits für die als progressiv geltende und sehr häufig antiamerikanische Linie sorgen. Wie kein zweites Element des kuwaitischen Geistes des Staates Kuwait zeigen diese Journalisten den engen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik des modernsten aller arabischen Golfstaaten auf.

Die Bewahrung des Wohlstands, die innere Sicherheit und die Unabhängigkeit nach außen sind für den Herrscher der as-Sabahs offenkundig ein und dasselbe. Trotz erkennbarer Rivalitäten auf anderen Gebieten sind sich der Emir, Scheich Dschaber al-Ahmed as-Sabah, sein Kronprinz und zugleich Ministerpräsident Scheich Saad al-Abdullah as-Salem as-Sabah und dessen Stellvertreter und Außenminister Scheich Sabah al-Ahmed in dem einen Punkte einig, daß der Sicherheit des Landes am besten gedient ist mit möglichst guten Beziehungen zu möglichst vielen Seiten. Blockfreiheit wurde in den Rang einer Staatsidee erhoben.

Dies und auch eine gewisse Rücksicht auf die unruhige palästinensische Linke im Lande sind auch die Gründe dafür, daß Kuwait als erstes und nach wie vor einziges Land der konservativen Golfregion volle diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen Staaten des Ostblocks aufgenommen hat, die seit ihrem Beginn im Jahr 1961 frei von größeren Belastungen geblieben sind. Mehrfach in den vergangenen Jahren reiste Außenminister Sabah al-Ahmed nach Moskau.

Seit 1975 kanft Kuwait auf rein kommerzieller Basis auch immer wieder Waffen in der Sowjetunion ein. Die sowjetischen Angebote, auch Berater und Techniker für die erbetenen Waffensysteme zur Verfügung zu stellen, lehnte Kuwait stets freundlich ab. Selbstverständlich hat die kuwaitische Führung, deren Petrodollar vorwiegend in den USA und der Bundesrepublik festgelegt sind, nicht die

Absicht, sich auch nur entfernt in die Abhängigkeit von Moskau zu begeben. Ihre „Ostpolitik“ hat vielmehr präventiven und demonstrativen Charakter. Es wird nicht etwa den Regierungen in Moskau oder Ost-Berlin Tür und Tor geöffnet, sondern die nach vielen Seiten offene Außenpolitik des Olands soll gerade bewirken, daß diese Mächte nicht in absehbarer Zeit mit der Tür ins Haus fallen können.

Staatsbesuche und Waffenkäufe im Ostblock, so der Außenminister, seien vielmehr eine praktische Antwort auf Versuche, Zweifel über Kuwaits zwischen Ost und West ausbalancierter Politik zu verbreiten. Immer wieder ist der Kauf sowjetischer Waffen auch an die Adresse der USA gerichtet. Angesichts des demütigenden Tauschens, dem selbst saudiarabische Nachfragen nach modernen Waffen in Washington wiederholt ausgesetzt waren, lassen Beamte des kuwaitischen Außenamts im Gespräch durchblicken, daß das Rüstungsgeschäft mit der UdSSR nicht nur die Blockfreiheit Kuwaits demonstriert und dem Land größere Unabhängigkeit gewähre, sondern sich auch als Druckmittel zu größerer politischer Unterstützung seitens der USA auszuwirken könne.

Die kuwaitische Außenpolitik ist sich bewußt, daß sie im Spannungsbereich zwischen West und Ost nicht ganz für die als progressiv bewährten kann. Das Land versteht sich vielmehr sowohl als Stellvertreter der sechs Mitgliedstaaten des Golfrats als auch als Vorreiter, dem andere Staaten des Rats irgendwann einmal folgen sollen. Gegenwärtig hat sich eine Art Arbeitsvertrag herausgebildet: Während Saudi-Arabien und Oman das Gespräch mit den USA führen, ist Kuwait für den Dialog mit der Sowjetunion zuständig. Ist Ried nach wie vor der Angelpunkt westlicher Interessen in der Golfregion, ist Kuwait Arabiens vergoldetes Fenster zur Sowjetunion.

## Gute Absprache bei den Golfstaaten

Bemerkenswert ist dabei der erreichte Grad an Abstimmung unter den Golfstaaten. Schon 1981 war der Besuch von Scheich Sabah al-Ahmad in Moskau mit Saudi-Arabien abgesprochen und zeitlich so gelegt worden, daß er unmittelbar nach dem Besuch des damaligen US-Außenministers in Riad und noch während der Golfreise der britischen Premierministerin Thatcher stattfand. Nach der saudisch-amerikanischen Militärkonvention ging es den Golfpolitikern offenbar auch darum, Befürchtungen Moskaus zu zerstreuen, der Golftrat werde nun zu einem reinen Instrument der US-Politik in der Region.

Und als beim Gipfeltreffen der sechs Regierungschefs der konservativen Golfstaaten, das im November dieses Jahres in Qatars Hauptstadt Doha stattfand, der Emir von Kuwait erneut verlangte, auch seine Bündnispartner sollten nun endlich diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion eröffnen, war die bisherige Zurückhaltung deutlich abgebaut. Bahrain, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate, so hieß es, wollten diesem Schritt jetzt nachtreten.



Der „Fälscher“ und sein Selbstbildnis: Tom Keating im Stil von Degas. FOTO: AP

# Ob Rembrandt, Degas oder Tizian – gemalt hat immer Tom Keating

Fälschungen mag es beim renommierten Auktionshaus Christie's schon mal gegeben haben. Aber daß die Werke eines „Fälschers“ bewußt versteigert wurden, das war etwas Neues; Tom Keating machte ein gutes Geschäft.

Von HEIDI BÜRKLIN

Auktionsabend bei Christie's. Der Raum in der Londoner Dependence South Kensington ist vollgepackt. Rasch folgen die Auktionen: Ein Degas-Pastell klettert auf 320 Pfund, Tizians „Lukretia und Tarquinius“ auf 650 Pfund, Constables „Heurwagen“ auf 5500 Pfund. Jeder der 137 Nummern findet einen Käufer.

Es ist eine Auktion wie keine andere. Denn jede dieser Zeichnungen, jedes dieser Gemälde, stammt von dem gleichen Meister. Dem Meisterfälscher Tom Keating. Daß Christie's, diese geheiligte Institution, ihm einen ganzen Montagabend widmet, hat auch die Fernsehkamera aufmarschieren lassen. Die Ironie ist nicht zu übersehen: Mancher Keating ist Auktionshäusern unwillkürlich durch die Hände gegangen. Doch diesmal weiß Christie's, was es tut. Überwiegend in den letzten Jahren hat der weißbärtige Maler diese Arbeiten in seinem Studio fabriziert, und die meisten zeigen es auch: Nicht nur seine Signatur verrät das zeitgenössische Datum, auch die spiegelblanken Acrylfarben, seine Vorliebe für zuckersüße Töne und sein eingemalter Humor machen es augenscheinlich. Da protestet zum Beispiel auf der Nummer drei Rembrandt Keatings Mutter mit Guinness-Bier zu, und silberblinkende Heringe liegen auf der „Times“ von 1978 mit Schlagzeilen über Keating.

„Zuletzt habe ich ihn im Old Bailey gesehen“, bemerkt mein zweigedundeter Nachbar und hebt gleich seine schwarze Nummer für einen Blumenstrauß à la van Gogh. Daß Tom Keating dort, in Londons ehrwürdigem Gerichtshof, im Jahre 1978 aufgetreten ist, hat ihn zur Berühmtheit und jetzt auktionswürdig gemacht. Bis dahin hatte er sich mehr schlecht als recht als Restaurator durchgeschlagen.

Als Restaurator und in Abendkursen hatte Keating sich mit den diversen Techniken seiner illustren Vorgänger vertraut gemacht. Fleißig üb-

te er sie in seiner Freizeit. Und eines Tages erkannte er seine Mission: Um seine meist in Armut verstorbenen Brüder an der ausbeuterischen Gilde der Händler posthum zu rächen, nicht aus Geldgier, so beteuert der sozialistische Gesinnte, begann er, Bilder eben dieser Brüder nachzumalen und zu verschreiben. Von Büchern und Postkarten inspiriert, malte er sich durchs holländische 17. und 18. Jahrhundert, durch seine englischen Landgenossen, bis zu den französischen Impressionisten und deutschen Expressionisten durch. Die letzten findet er im übrigen am langweiligsten und leichtesten nachzumalen: An einem Wochenende gingen ihm zum Beispiel fünf 21 einseitige Bilder von der Hand.

An die 2000 Werke von 150 diversen Meistern verließen auf diese Weise seine Werkstatt. Wohl befohl ihm sein künstlerischer Ehrgeiz, so getreu wie möglich im Geist seines Vorgängers – der soll ihm zuweilen auch selbst beschieden haben – zu arbeiten. Materialien wurden möglichst alt beschafft, und einen gehäuferten Löffel Nescafé über die noch nasse Leinwand zu streuen, kann Keating zur Erzielung einer sofortigen Patina empfehlen.

Doch hat er – und das rettete ihm den Kragen – nie mit dem Namen seiner Vorbilder signiert. Das besorgten später Zwischenhändler, die Keatings Arbeiten zum Teil erfolgreich in das System der Provinzgalerien und Auktionshäuser einfließen ließen. Für Experten hatte er sogar gut gelaunt Hinweise in die erste Grundierung eingemalt wie „Dies ist eine Fälschung“ oder „Mister Palmer wird dies Donnerstag vier Uhr abholen“. Dieser Samuel Palmer, Englands hochdotierter Romantiker, wurde ihm im übrigen zum Schicksal. 13 seiner Zeichnungen entlarvte die „Times“ als Fälschungen. Der Fall Keating kam ans Licht und amüsierte die Nation.

Seitdem blieb er im Scheinwerferlicht. Er diktierte seine Geschichte in einem Buch. Im letzten Jahr gab er launigen Fernstudienunterricht in der Technik alter Meister, und eine ähnliche Serie über Impressionisten wird gerade vorbereitet. Reich gemacht hat ihn das alles jedoch nicht. Und deshalb auch gab der 66jährige jetzt 137 Arbeiten aus seiner Werkstatt zu Christie's, um sich endlich sein eigenes Häuschen auf dem Lande zu kaufen. Mit den 72 000 zusammengeklappten Pfund kann Keating das nun auf ehrliche Weise tun.

# In Saint Germain startet Ost-Berlin eine Kulturoffensive

In Paris eröffnete Ost-Berlin sein erstes Kulturinstitut auf westlichem Boden. Das Bonner Goethe-Institut ist vor allem wegen des kostenlosen Sprachunterrichts besorgt.

Von JOCHEN LEIBEL

Die Korrespondenten aus der Bundesrepublik Deutschland mußten bei null Grad Celsius draußen auf dem Boulevard bleiben. Zur Einweihung des Kulturinstituts der „DDR“ in der französischen Hauptstadt waren nur geladene Gäste willkommen. Unter ihnen der eigens aus diesem Anlaß eingeflogene Ostberliner Außenminister Oskar Fischer und sein französischer Kollege Claude Cheysson. Normale Sterbliche müssen noch bis zum Wochenende warten, bevor sich ihnen die Tore dieses ersten Instituts seiner Art in der westlichen Welt öffnen.

Ursprünglich sollte das „DDR“-Kulturinstitut in Paris nur der zweite Schritt eines Austauschs sein, der im Jahr 1980 in einem Abkommen beschlossen worden war. Schon Anfang Dezember hätte in Ost-Berlin das erste französische Kulturinstitut eröffnet werden sollen. Doch die Franzosen machten in letzter Minute einen Rückzieher. Die Ostberliner Gastgeber – so war später im Pariser Außenministerium angedeutet worden – wollten Bedingungen stellen. Ein lokales „Kultur-Gremium“ sollte ein Mitspracherecht bei der Programmgestaltung haben. Außenminister Cheysson reagierte brüsk. Er sagte seinen Besuch in Ost-Berlin ab; die Eröffnung wurde verschoben. In Geheimverhandlungen hat man inzwischen angeblich einen Kompromiß gefunden, und Cheysson wird nun voraussichtlich Ende Januar nach Ost-Berlin fliegen, um die Einweihung nachzuholen.

## Zwischen Bank und Herrenausstatter

Die „DDR“ hat bei ihrem ersten Kulturinstitut in einem westlichen Land an nichts gespart. Am Boulevard Saint-Germain, mitten im intellektuellen Viertel mit seinen Literaten-Cafés und seinen Verlagsbüros, entstand man das Haus Nummer 117. Früher war hier der französische Verlegerverband untergebracht. Steinernen Inschriften unter dem Dach erinnern noch an das literarische Erbe. Eine breite Marmortreppe mit einem gußeisernen Geländer gibt dem Gebäude historische Schwere, denn die Treppe wurde von Charles Garnier entworfen, dem Erbauer der Pariser Oper.

Ein riesiges weißes Schriftband mit blauen Lettern gibt heute zweisprachig an, wer jetzt hier untergebracht ist: „Centre Culturel de la République Democratique Allemande“. Im Inneren des Hauses zwischen ein paar teuren Herrenausstatter und einer Bank befinden sich Konferenzsäle, Ausstellungsräume, ein Filmvorführungsraum, ein Konzertsaal und eine Bibliothek.

Die hervorragende Lage im lebendigen Saint-Germain-Viertel bereitet

den Kulturverantwortlichen der Botschaft der Bundesrepublik in Paris schon Kopfzerbrechen. „Wir beobachten dies mit einer gewissen Sorge“, meinte ein Botschaftsmitglied. Das westdeutsche Gegenstück nämlich, das „Goethe-Institut“, liegt verkehrsmäßig sehr viel ungünstiger im ruhigen 16. Arrondissement. Außerdem ist das Gebäude sehr viel weniger attraktiv. Der kritischste Punkt aber ist nicht die Lage: Westdeutsche Diplomaten befürchten, daß die Konkurrenz aus Ost-Berlin in ihrem Institut kostenlosen Sprachunterricht geben wird. Im „Goethe-Institut“ dagegen muß der Sprachschüler den Unterricht – wenn auch nicht kosten deckend – bezahlen. „Der kostenlose Unterricht könnte uns eine große Anzahl von Schülern kosten“, heißt es aus Botschaftskreisen.

## Diskreter sozialistischer Nachhilfeunterricht

Außerdem wird befürchtet, daß die Kulturreinrichtungen Bonns an der Seine ungewollt in einen politischen Zweikampf gezwungen werden könnten. Daß Ost-Berlin den Begriff Kultur sehr viel weiter faßt, wurde schon am Eröffnungsbild des neuen Instituts deutlich. Außenminister Oskar Fischer in seiner Eröffnungsrede: „Unser Kulturinstitut ist die Verlängerung der humanistischen, antifaschistischen Tradition, die unsere beiden Völker verbindet.“ Auch Erich Honecker, der eine Grußadresse verlesen ließ, erinnerte im Zusammenhang mit der Französischen Revolution von 1789 an den „heroischen Widerstand des französischen Volkes gegen die faschistische Barbarei“.

Die eigentliche Arbeit des Ostberliner Kulturinstituts beginnt am Freitagabend, wenn das Haus – ohne Einladung – zur Besichtigung von zwei Ausstellungen lädt. Zum einen werden Manuskripte und Fotos von Arnold Zweig gezeigt, zum anderen Skulpturen, Aquarelle und Zeichnungen von Fritz Cremer. Überraschenderweise handelt es sich vor allem um biblische Kreuzigungszenen – auf den ersten Blick also keinesfalls typisch „sozialistische Kunst“. Deshalb gaben „DDR“-Funktionäre auch schon diskret Nachhilfeunterricht. Nur auf den älteren Werken ist der „Martyrer“ wirklich als Kreuz genagelt. In den jüngeren Werken dagegen befreit er sich und schüttelt die Dornen ab, mit denen man sein Haupt gekrönt hatte.

Die französische Öffentlichkeit erfuhr bisher nur sehr wenig über dieses erste östliche Kulturzentrum. Die staatliche Nachrichtenagentur AFP berichtete nur in einem Nebensatz im Rahmen eines Artikels, der dem Besuch von „DDR“-Außenminister Fischer bei Staatspräsident Mitterrand gewidmet war. Von der Tagespresse war es nur das kommunistische Parteiblatt „L'Humanité“, das am Dienstag einen großen Artikel über die Eröffnungsfestlichkeiten publiziert. Das KP-Blatt versprach seinen Lesern: „Wir werden unsere Leser natürlich ständig über das reiche Programm informieren.“ (SAD) Seite 2: Zwei Kulturen



# Mit dem Krugerrand sind Sie gut bedient. Bei uns sind Sie auch gut beraten.

Denn hinter dem Rat, den Sie von uns bekommen, steht langjährige Erfahrung: 1970 haben wir den Krugerrand in Deutschland eingeführt.

Aufgrund dieser Erfahrung sagen wir Ihnen, wo und in welcher der vier Münzgrößen Sie den Krugerrand kaufen sollten und welchen Teil er in Ihrer Geldanlage insgesamt einnehmen sollte.

Der Krugerrand ist die bekannteste Goldmünze der Welt. In allen unseren Geschäftsstellen leicht zu kaufen und zu verkaufen.



Sprechen Sie mit uns über den Krugerrand – auch wenn Sie kein Konto bei uns haben.



## Parteifreunde bitten Diepgen im Interesse der Partei um Verzicht

„Nachfolge-Frage nicht im Handstreich lösen“ / Heute TV-Duell der beiden Kandidaten

HANS-R. KARUTZ, Berlin  
In der Berliner CDU drängen jetzt wohlmeinende Parteifreunde CDU-Fraktionschef Eberhard Diepgen, im „wohlverstandenen eigenen und im Interesse der Partei“ auf eine Kampfkandidatur um das Amt des Regierenden Bürgermeisters zugunsten von Hanna-Renate Laurien zu verzichten. In einem offenen Brief an die Partei sprach sich der frühere Alterspräsident des Parlaments, Willi Oesterlein, dafür aus. – Helmut Kohl und von Weizsäcker erörterten am Montag in einem Vieraugengespräch die Lage in Berlin. Dabei kam auch die breite Zustimmung für Frau Laurien in der Partei und bei den Bürgern zur Sprache.

Am Tage vor dem für heute abend vereinbarten Fernseh-Duell zwischen Hanna-Renate Laurien und Eberhard Diepgen im SFB-Studio faßte jetzt der 74-jährige Stadthalter von Berlin, Willi Oesterlein, die Gedanken und Sorgen vieler der 16 000 CDU-Mitglieder in Berlin in einem vier Seiten langen Brief an alle Parteifreunde zusammen. Oesterlein wendet sich darin energisch gegen die Manipulationen der „Beton-Riege“, die Diepgen favorisieren: „Ich bezweifle ehrlich, daß jene Funktionsträger, die jetzt – sozusagen im Handstreich –

die Nachfolgefrage geklärt zu haben glaubten, aus einer Mischung aus Arroganz und Ignoranz überhaupt noch Kontakt mit weiten Kreisen der Mitbürger haben.“

Er streite seinem Freund Diepgen keine der Fähigkeiten ab, „die jetzt herausgestellt werden“. Aber ein Jahr bis zur nächsten Wahl werde nicht ausreichen, ihn vom Nimbus des Mächers zu befreien und als visionär befähigten Politiker, abgehoben von der beschriebenen „Funktionärsriege“ auszuweisen. Frau Laurien hingegen sei „frei von den geschilderten Belastungen“ und finde ein starkes Echo in der Bevölkerung. Oesterlein beschwört seine Partei: „Ein auf absehbare Zeit CDU-geführtes Berlin – das ist doch das gemeinsame Ziel. Es kann nicht erreicht werden ohne die Zustimmung der Wähler, auf die es zu guter Letzt einzig und allein ankommt. Auch die Basis unserer Partei selbst ist ein Querschnitt dieser Wähler. Ich appelliere an Sie: Hören Sie darauf, hören Sie auf die mehrheitliche Meinung!“

Sicherem Vernehmen nach hat Helmut Kohl in seinem vertraulichen Gespräch mit Frau Laurien und Diepgen eindringlich erklärt, nicht die Nominierung, sondern der Sieg bei den Wahlen im April 1985 sei das

Entscheidende. Er wünsche im übrigen keinen weiteren Satzungsstreit. Am Rande des Jahresessens der „Berliner Pressekonferenz“, an dem Kohl am Montagabend teilnahm, wurde ihm im kleinen Kreis auch die Frage gestellt, wie er denn als Mitglied des CDU-Landesauschusses votieren würde, der am Freitag tagt. Kohl begab sich nicht auf dieses Glatteis, machte jedoch deutlich, daß schließlich er es war, der Frau Laurien im Frühjahr 1981 gebeten habe, ihre Aufgabe in Berlin zu übernehmen. „Das ist doch nicht mein Job“, antwortete er auf die Frage der WELT, wie er den Kandidaten-Konflikt in Berlin zu lösen gedenke.

Frau Laurien ließ inzwischen intern keinen Zweifel daran, daß sie CDU-Chef Diepgen im Sinne einer „Tandem-Lösung“ als Senator in ihr Kabinett aufnehmen, falls sie die Weizsäcker-Nachfolge antreten sollte.

Im CDU-Landesauschuss schmilzt inzwischen die Diepgen-Mehrheit, so daß Insider sogar eine Patt-Situation errechnen. Die „Beton-Riege“ schwor inzwischen durch Anrufe und Einzelgespräche ihre Delegierten ein, ungeachtet der Basis-Stimmung zu der schon vor Wochen getroffenen Absprache zugunsten von Diepgen auch zu „stehen“.

## Hoher Bonner Beamter in vorzeitigem Ruhestand

PETER JENTSCH, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nannte den Fall „degoutant“, der gestern in Bonn mit der Entlassung eines hohen Beamten der Bundesregierung endete. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm überreichte seinem 54-jährigen Abteilungsleiter Krankenversicherung, Ministerialdirektor Albert Holler, die Urkunde, die ihn auf eigenen Antrag in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Damit wird einer der anerkanntesten sozialpolitischen Fachleute der Bundesrepublik zum teuren Spezierring.

Eine Spätfolge der Wende in Bonn. Denn der Volkswirt und Bankkaufmann Holler, den Anfang 1969 Bundesarbeitsminister Hans Katzer (CDU) berief und der diesem wie seinen Nachfolgern Walter Arendt, Herbert Ehrenberg und Heinz Westphal (alle SPD) loyal diente, sah jetzt in seiner Aufgabe keine Zukunft mehr. Zwar verstand er sich mit seinem neuen Dienstherrn, Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU), der die Kompetenz seines Abteilungsleiters schätzte. Doch für seine Pläne, die Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung durch eine Strukturreform finanziell sicherzustellen und damit ohne staatliche Kasse zu erhalten, fand Holler in der CDU/CSU-Fraktion keine Unterstützung.

So suchte er nach neuer Betätigung. Er fand sie zunächst in einem Angebot der sieben führenden Pharmaunternehmen, die Leitung der Medizinisch-Pharmazeutischen Studiengesellschaft (MPS) in Mainz zu übernehmen (die WELT berichtete am 5. Oktober). Lambsdorff erklärte damals öffentlich: „Ich finde es ziemlich degoutant, daß dieser Versuch, die Interessen der Pharmagroßindustrie durch einen Lobbyisten aus den Reihen der Ministerialbürokratie vertreten zu lassen, auch noch auf Kosten der Steuerzahler gehen soll.“

Auf Grund der WELT-Veröffentlichung scheiterte die MPS-Berufung Hollers. In seiner Position des Abteilungsleiters Krankenversicherung war er natürlich auch nicht mehr zu halten. Abgang eines Mannes, der die Kostendämpfungsgesetze in der Krankenversicherung schuf. Sein Nachfolger ist bereits bestimmt: Karl Jung, zur Zeit Ministerialdirektor im baden-württembergischen Sozialministerium.

## Tumulte bei den Verhandlungen zwischen Grünen und der SPD

Unterhändler bestanden die bisher härteste Belastungsprobe / Vorwürfe gegen Polizei

D. GURATZSCH, Wiesbaden  
Die Verhandlungen zwischen SPD und Grünen über eine dauerhafte Zusammenarbeit in Hessen haben am Wochenende ihre bisher härteste Belastungsprobe bestanden. Zu Anfang dieser fünften Verhandlungsrunde war es zu tumultartigen Szenen im Verhandlungsraum gekommen, als sich Teilnehmer einer vierköpfigen Blockadeaktion gegen eine amerikanische Militäreinrichtung in Frankfurt-Hausen lautstark über das Vorgehen der Polizei beschwerten und den Abbruch der Verhandlungen gefordert hatten.

Der grünen Verhandlungsdelegation war es nur mit Mühe und durch eine Unterbrechung der Sitzung gelungen, die Störer zu beruhigen. Am Ende stellte Ministerpräsident Holger Börner (SPD) dann demonstrativ fest: „Ich glaube, wir haben in den Verhandlungen schon eine gute Plattform erreicht. Für meine Delegation kann ich sagen, daß wir nach wie vor an einem guten sachlichen Ergebnis interessiert sind.“ Für die Grünen erklärte Karl Kerschgens: „Chancen für eine Einigung sind weiterhin vorhanden, aber der Konkretisierungsstand unserer Vereinbarungen, besonders zu Fragen der Energie- und

Straßenbaupolitik, reicht noch nicht.“

Zur Vorgeschichte der jüngsten Auseinandersetzungen unter den Anhängern der Grünen gehören die vergeblichen Störversuche grüner „Fundamentalisten“ am ersten Verhandlungstag vor vier Wochen. Diese Gruppierung verfolgt seitdem die Verhandlungen der grünen Delegation mit der SPD mit unverborgener Skepsis. Sie hat auch die Blockadeaktionen vom Wochenende zusammen mit einem „Friedensplenum“ vorbereitet und warf gestern der Polizei noch einmal „systematisch geplante Brutalität“ und den Einsatz von „Provokateuren“ in Zivil vor.

Insgesamt sind nach dem Polizeibericht bei der Blockadeaktion 333 Demonstranten vorübergehend festgenommen worden. Es habe Verletzte auf beiden Seiten gegeben. Die Polizei meldete darüber hinaus Beschädigungen von Polizeifahrzeugen und Lastwagen sowie Farbschmierereien. Die Demonstranten beschwerten sich ihrerseits über den Einsatz von Hochdruckwasserwerfern und von Schlagstöcken. Zu den Verletzten gehörte auch der grüne Bundestagsabgeordnete Milan Horacek, der nach eigenen Angaben beim Vorzei-

gen des Personalausweises von einem Schlagstock an Kopf und Hand getroffen worden war.

Für die grüne Verhandlungsdelegation meinte der Rechtsanwalt und Landtagsvizepräsident Roland Kern, der Polizeieinsatz habe gegen die Verhältnismäßigkeit der Mittel verstößen. Die Grünen forderten deshalb einen Untersuchungsausschuß. Es müßten Rahmenbedingungen geschaffen werden, daß sich derartige Vorkommnisse nicht wiederholen könnten.

Ministerpräsident Börner bemühte sich bei seiner Erwiderung um größte Verbindlichkeit. Er werde sich immer vor die Polizei stellen, aber es könne in jeder Organisation zu menschlichem Fehlverhalten kommen. Der hessische Innenminister solle den Grünen im Parlament „Rede und Antwort stehen“. Zur Entsendung einer gemischten Kommission aus Vertretern beider Parteien nach Frankfurt-Hausen, wo sich am Abend nach Meinung der Grünen erneut etwas „zusammenbraute“, mochte sich Börner indessen nicht verstehen. Tatsächlich kam es dann erneut zu „Ranggeleien“ – diesmal aber zwischen den Demonstranten. „Gemäßigte“ wollten andere daran hindern, Sprühpistolen anzubringen.

## Vogel: Vorgänge liegen 20 Jahre zurück

Früherer Münchner OB als Zeuge im Untersuchungsausschuß zum Thema „Terrafinanz“

PETER SCHMALZ, München  
Der Zeuge Hans-Jochen Vogel wird begrüßt als Herr Bundesminister außer Diensten. Er muß aber auf dem Zeugenstuhl des parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag Platz nehmen, weil er über ein Dutzend Jahre Münchner Oberbürgermeister war.

Unübersehbar war die Freude der CSU gewesen, ausgerechnet im Endspurt des Bundestagswahlkampfes eine alte Münchner Weste des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel gefunden zu haben, an der einige dunkle Flecken zu vermuten waren. Und worauf die CSU-Fraktion flugs einen Untersuchungsausschuß beantragte zur Prüfung „aller Vorgänge beim Bau der Trabantenstadt Neu-Perlach in Folge der Einschaltung der nicht gemeinnützigen „Terrafinanz“ und der „Neuen Heimat“ durch die Landeshauptstadt München in der Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Hans-Jochen Vogel“.

Hatte Vogel etwa mitgedreht an dem krummen Ding, als Manager der

„Neuen Heimat“ über Strohmänner die Firma „Terrafinanz“ gründeten, exklusiv den Grund für die Trabantenstadt kaufen durften und damit Millionengewinne in die eigenen Taschen lenkten? Ein Gutachten bescheinigte dem gewerkschaftsfeindlichen Baukonzern allein durch diese Machenschaften einen Verlust von fast 50 Millionen Mark.

Aber Vogel bestreitet jede Schuld: Der damalige Wohnungsbaureferent habe ihm 1982 die „Terrafinanz“ empfohlen, weil eine kleine Gesellschaft, an deren Spitze ein im Grunde erfahrener ehemaliger Mitarbeiter der „Neuen Heimat“ stand, flexibel sei als ein großer Konzern. Zudem habe ihr eine renommierte bayerische Bank einen beachtlichen Kreditrahmen eingeräumt.

Aber hat nicht sein damaliger Dauerkritiker, der Stadtrat Ludwig Schmid, schon damals über mögliche unsaubere Verbindungen der „Terrafinanz“ gemunkelt und dies in einem Brief und in einer internen Sitzung bekundet? Da blühtet Vogel in Ver-

mutungen und kombiniert sie mit seinen reichen Leidenserfahrungen, die sich um den Namen Schmid ranken: „Wenn der dem Vogel eines am Zeug flicken konnte, hat er viel geringere Anlässe bemüht. Hätte Schmid mehr gewußt, wäre er sofort auf den Marienplatz gegangen.“

Dann aber muß der Ex-OB sich doch korrigieren: Nachdem der Skandal publik wurde, erklärte Vogel in der Presseerklärung, die „Terrafinanz“ sei von Anfang an als eine zum Bereich der „Neuen Heimat“ gehörende Gesellschaft aufgetreten. Im Stadtrat hatte er aber vor 20 Jahren jede Verbindung bestritten. Die Presseerklärung, so Vogel heute, sei mißverständlich, sie beziehe sich auf die Zeit nach dieser Stadtratssitzung, in der ein Vertrag zwischen Stadt, „Neue Heimat“ und „Terrafinanz“ beschlossen wurde.

Im übrigen gibt der Zeuge sich selbst Absolution: Die Vorgänge liegen 20 Jahre zurück, die Erinnerung an alle Einzelheiten sei nicht mehr möglich.

## Kritik an Energiepolitik von Späth

Auch innerhalb der CDU wachsen Bedenken gegen mehr Strom aus Frankreich

XING-HU KUO, Stuttgart  
Die Energiepolitik des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) wird nicht nur von den Oppositionsparteien, Energieversorgungsunternehmen und Teilen der Wirtschaft skeptisch beurteilt. Auch in der CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag entsteht Unbehagen gegen einzelne Aspekte der Energiepolitik des Regierungschefs.

In einem WELT-Gespräch erläuterte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende und energiewirtschaftliche Sprecher der Regierungspartei im Stuttgarter Parlament, Werner Baumhauer (53), „Bedenken“ hinsichtlich der jüngsten Vereinbarungen, die Späth Anfang dieses Monats in Paris in Sachen Strombezug aus Frankreich mit dortigen Regierungsmitgliedern ausgehandelt hat.

In den nächsten Jahren soll der Strombezug Baden-Württembergs aus dem Nachbarland von gegenwärtig 400 auf 800 bis 1000 Megawatt bis Anfang der 90er Jahre gesteigert werden. Dies bedeutet, daß etwa 25 Pro-

zent der im Grundlastbereich benötigten Strommenge aus französischen Kernkraftwerken geliefert werden.

Baumhauer erklärte, er stimme zwar Lothar Späth zu, daß ein solcher erhöhter Stromimport dazu beitragen könne, den unausgewogenen Außenhandel mit Frankreich – der Export aus der Bundesrepublik dorthin ist weitaus größer als der Import französischer Waren – zu verbessern, jedoch sei dies „energiepolitisch problematisch“. Mit 31 Prozent an Stromimporten aus anderen Bundesländern und dem Ausland sei der Südwesten schon heute überproportional „abhängig“.

Die geplante drastische Erhöhung des Strombezugs aus Frankreich hält die Fraktion deshalb um so bedenklicher, denn dadurch sei die „Versorgungssicherheit“ im Lande zumindest nicht völlig gewährleistet. Baumhauer erinnerte daran, daß es gerade in Frankreich einige „Unsicherheiten“ wie die hohe Inflationsrate gebe, die eine langfristige Ver-

sorgung mit „billigem“ Strom nicht garantierte.

Sehr vorsichtig äußerte sich Baumhauer zum Kernkraftwerk Wyhl, dessen Bau nach den Worten von Lothar Späth nunmehr „nicht vor 1995“ erfolgen werde. Der CDU-Fraktions-Vize: „Wir werden Wyhl langfristig vermutlich brauchen“, erklärte er. Immer mehr sei die Energiepolitik für Baden-Württemberg zu einer der zentralen Fragen der Zukunft geworden. Baumhauer erinnerte daran, daß gerade die CDU-Fraktion in Stuttgart – und hier gebe es eine völlige Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten – bereits Ende Oktober dieses Jahres zu einem „Ausstieg“ aus dem Kohle-„Jahrdauervertrag“ aufgefordert hat. Dieses Abkommen sieht unter anderem eine Kohle-Abnahmeverpflichtung Baden-Württembergs vor, um die Kohlehalde, auch in anderen Bundesländern, abzubauen. Baumhauer erklärte, auch in diesem Fall werde der Südwesten zu Unrecht immer wieder zur Kasse gebeten.

## MAZDA 323

## ZUM VERGLEICH:

# Beispielhaftes Verhältnis von Preis und Leistung

Mit diesem Anspruch fordert Mazda den Vergleich mit den Spitzenzeugnissen des internationalen Automobilbaus seiner Klasse heraus.

Seit David und Goliath gehört die Bewunderung den starken, fuchtigen Kleinen. Im Automobilbau sind sie sogar zu Favoriten der sportlich jungen, kostenbewußten Fahrer aufgestiegen. Aber sie müssen sich gefallen lassen,

Funktionen. Das Auto vermittelt ein angenehmes direktes Fahrgefühl. Und: Man spürt die Sicherheit des Frontantriebs. Die Räder ziehen, der Wagen folgt spurenau. Auch auf schwieriger Fahrbahn, bei Nässe und Schnee. Das bringt nicht jedes Fahrwerk in dieser Perfektion.

Gesoben mit sparsamem Pedaldruck. Der Motor kommt sofort, läßt sich gutmütig hochziehen, läuft rund und kraftvoll in jedem Bereich. Bei 4.000 Touren auf der Autobahn: Fünfter Gang – Spargang mit Kraftreserven. Hohe Reisegeschwindigkeit, niedrige Tourenzahl. Weniger Kraftstoff für mehr Kilometer.

Ein Mazda 323 fährt sich in mancher Hinsicht vorteilhafter als ein großer Wagen. Was aber, wenn plötzlich viel Gepäckraum gebraucht wird? Man legt die rückwärtigen Lehnen um, einzeln oder beide und der halbe Wagen wird zum Kofferraum. Schrägheck- oder Stufenheck-Karosserie, sie beeindrucken beide in Raumangebot und Fahrleistung.

nach harten Maßstäben beurteilt zu werden. Die Konkurrenz ist groß unter den Kompakten. Einsteigen, Türzuschlagen. Manche Autos klingen nach Blech. Dieses nicht.

Man sitzt mit Komfort. Neigungsverstellung, vier Möglichkeiten der Körperanpassung per Hebeldruck. Pluspunkte für Fahrerfreundlichkeit. Fahren: Kuppeln, schalten, lenken. Präzise, leichtgängige Technik in allen

Ein beispielhaftes Verhältnis von Preis und Leistung? Ein Vergleich bringt den Beweis.

Preis: DM 13.300,-. Unverbindliche Preisempfehlung des Importeurs ab Auslieferungslager, zuzüglich Überführungskosten.

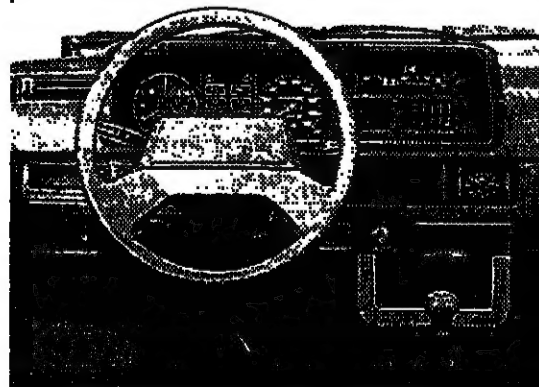
Finanzierung oder Leasing: Ihr Mazda-Partner vermittelt Ihnen gerne ein günstiges Angebot.

Mazda 323 – 5-Jährige – Details: 1,3 l, 44 kW (160 PS), 5-Gang-Getriebe, Höchstgeschwindigkeit 145 km/h. Verbrauch nach DIN 70030-1 bei 90 km/h 5,6 l, bei 120 km/h 8,1 l, Stadt 8,4 l, Normalbenzin.

Weitere Mazda 323-Modelle: 1,1 l, 3-türig, 4-Gang-Getriebe, 1,3 l, 3-türig, 5-Gang-Getriebe, 1,3 l, 3-türig, Automatik.

Serienmäßig: Wärmegedämmte Colorverglasung, H4-Scheinwerfer, 2 Nebelschlussleuchten, Fahreritz mit Neigungsverstellung und Lendenstütze, von innen verstellbarer Außenspiegel, Kofferraum- und Tankklappe von innen zu öffnen, beleuchteter Kofferraum, Rücksitzlehnen einzeln umklappbar (50:50), integrierte Werkzeugbox.

Weitere Informationen über die Mazda 323-Modelle und Prospekt-Material erhalten Sie von einem der über 900 Mazda-Partner in Deutschland oder direkt von MAZDA MOTORS (DEUTSCHLAND) GMBH, Weidenstr. 2, 5090 Leverkusen 1.



Mazda 323

**mazda**  
Beispielhaftes Verhältnis von Preis und Leistung







## Waigel bekräftigt CSU-Anspruch

AP/DW, Bonn  
Die Vorsitzenden der CDU und CSU, Bundeskanzler Helmut Kohl und Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, sind gestern nachmittag in Bonn erneut zu einem Meinungsaustausch zusammengekommen. Beide Politiker hatten zuletzt vor einer Woche in der Bundeshauptstadt aktuelle Fragen erörtert. Dabei geht es um die Frage des politischen Einflusses des Vorsitzenden der „Koalitionspartei“ CSU auf die Politik der Bundesregierung.

Ein aktueller Diskussionspunkt ist die Anklage gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Unmittelbar vor dem Treffen der beiden Politiker hat der CSU-Landesgruppenvorsitzende im Bundestag, Theo Waigel, in mehreren vorab veröffentlichten Tageszeitungs-Interviews noch einmal die Meinung der CSU bekräftigt, daß unbestritten feststeht, daß der Vorsitzende der zweitstärksten Koalitionspartei ein Recht darauf habe, im Kabinett vertreten zu sein.

## Carlos-Brief blieb liegen

Drohung gegen Zimmermann geriet in Botschafter-Post

ms. Bonn  
Der Drohbrief des internationalen Terroristen Ijtisch Ramires Sanchez, genannt „Carlos“, gegen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (siehe Bericht der WELT vom 9. November) lag eine Woche bei der deutschen Botschaft in Dschidda. Nach Informationen der WELT ist der in englischer Sprache abgefaßte Brief vom 7. September datiert und am 4. Oktober in Riad aufgegeben worden. Bei der deutschen Botschaft in Dschidda ist er dann am 10. Oktober eingetroffen, aber erst am 17. Oktober im Auswärtigen Amt in Bonn angekommen. Der Brief war in die persönliche Post des Botschafters geraten und dort liegengeblieben, weil in diesen Tagen die Aktivitäten der deutschen Vertretung im Zeichen des Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl in Saudi-Arabien standen.

Das Schreiben enthält eine Morddrohung gegen Zimmermann für den

Fall, daß der in der Schweiz inhaftierte Terrorist Gabriele Kröcher-Tiedemann Anfang 1984 in Köln der Prozedur gemacht wird. Gleichzeitig soll sich „Carlos“, der den Brief mit seinem Fingerabdruck „echt“ machte, zu dem schweren Sprengstoffanschlag auf das französische Kulturzentrum „Maison de France“ in Berlin am 25. August dieses Jahres bekannt haben. Die Sicherheitsbehörden gehen allerdings davon aus, daß „Carlos“ selbst nicht mehr aktiv ist, sondern nur noch mit seinem Namen operiert. Tatsächlich Einfluß auf die internationale Terrorzone wird ihm nicht mehr beigemessen.

Gabriele Kröcher-Tiedemann wird von der Schweiz ausgeliefert, nachdem die Bundesrepublik auf eine Anklage wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ verzichtet hat. Einen solchen Strafparagraphen gibt es in der Schweiz nicht. Die Terroristin hat sich nun wegen der Tötung zweier Sicherheitsbeamten zu verantworten.

## Teure Führungen an „DDR“-Grenze

B. HUMMEL, Eschwege

Der Bundesrechnungshof hat bei einer Prüfung der Personalausgaben im Bereich des Grenzschutzkommandos Mitte (Kassel) die finanziellen Aufwendungen für Führungen entlang der „DDR“-Grenze durch den BGS gerügt. Da der Gesamtaufwand für die Führungen jährlich Millionenbeträge erreichte, sollte das Bundesinnenministerium auf Empfehlung des Rechnungshofes nun prüfen, ob für Grenzführungen, die von öffentlichen Stellen veranlaßt werden, künftig Kostenersatzung verlangt werden soll. Gleichzeitig wird jedoch festgestellt, daß das Interesse an der Einweisung von Besuchergruppen entlang der „DDR“-Grenze deutlich zugenommen habe. Im Bereich der Grenzschutzabteilung Eschwege hätten im Vorjahr 13 200 Personen an den Führungen teilgenommen. Im 1. Halbjahr 1983 waren es schon 8400 Personen. Ein BGS-Kommandeur zur geforderten Kostenersatzung: „Damit wird das Interesse deutlich nachlassen.“

## Ministerin verabschiedet

Rau nimmt Donnepp gegen Tandlers Vorwürfe in Schutz

WILM HERLYN, Düsseldorf  
Die erste Justizministerin in der Geschichte der Bundesrepublik, Inge Donnepp, ist gestern nach sechsjähriger Dienstzeit vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau auf eigenen Wunsch zu ihrem 66. Geburtstag entlassen worden. Bei einem Empfang in der Düsseldorf-Stadtkanzlei würdigte er die „Sorgfalt und Gradlinigkeit“ von Inge Donnepp und dankte ihr ausdrücklich „gerade mit Blick auf die aktuellen, ungeheuerlichen Angriffe auf die Justiz“. Damit spielte Rau auf Bemerkungen des CSU-Generalsekretärs Tandler zum Ermittlungsverfahren und zur Anklage gegen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff in der Flick-Affäre an. Der amtierende Vorsitzende der Justizministerkonferenz, der hessische Justizminister Günter (SPD) dazu: „Wohl dem, der nicht ein Verfahren dieser Brisanz durchzuführen hat.“ Kein Amtskollege werde den Stab über Inge Donnepp brechen.

Ihr Ressort wird von dem jetzigen Bundesratsminister Dieter Haak übernommen. An dessen Stelle in Bonn rückt der bisherige Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag, Günter Eiert. Mit ihrem Auszug aus dem Kabinett sitzt nun keine Frau mehr in der Runde. Das brachte Johannes Rau, der als stellvertretender Bundesvorsitzender seiner Partei auch Chef der SPD-Gleichstellungskommission ist, geharnischte Kritik seiner Genossen ein. Inge Donnepp hatte sich besonders um die Justizenausbildung, um die Humanisierung des Strafvollzuges und die Arbeit für straffällige Jugendliche verdient gemacht. Als eine der ersten Verantwortlichen erkannte sie die Gefahr, die für Jugendliche von gewaltverherrlichenden Video-Filmen ausgeht. Bundesweite Beachtung fand ihr Vorschlag, einen „Kinder-Anwalt“ einzusetzen, um die Mithandlung von Kindern und Jugendlichen einhalten zu gebieten.

## Gyger tritt von Amt zurück

dpa, München

Der Vorsitzende der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (PAG) der nicht im Landtag vertretenen bayerischen FDP, Julian Gyger, hat gestern sein Amt zur Verfügung gestellt. Damit erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt, der in der vergangenen Woche durch eine Stellungnahme Gygers zu der umstrittenen Auflösung von CSU-Generalsekretär Gerold Tandler über die Ermittlungen in der Flick-Spendenaffäre in der FDP ausgelöst worden war. Gyger hatte – im Gegensatz zu anderen FDP-Politikern wie dem bayerischen Landesvorsitzenden Brunner und Bundesjustizminister Engelhard – die Auflösung Tandlers gebilligt, in der dieser das Vorgehen der Behörden gegen Wirtschaftsminister Lambsdorff mit der Ermordung von Wirtschaftsführern durch Terroristen verglichen hatte. Gyger hatte sogar festgestellt, daß diese Bewertung des CSU-Politikers „hoffnungsvoll“ stimme. Dies hatte bei der bayerischen FDP heftige Proteste ausgelöst.

Tiefbewegt geben wir davon Kenntnis, daß Herr

## Arnold Zimmermann

Direktor unseres Unternehmens, am 9. Dezember 1983 nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 55 Jahren verstorben ist.

Herr Zimmermann gehörte 33 Jahre unserem Unternehmen an, davon die letzten 13 Jahre als Organisationsdirektor. Mit ihm haben wir eine hervorragende Persönlichkeit verloren, die sich mit unermüdlichem Einsatz, hohem Verantwortungsbewußtsein und großem Erfolg für unser Unternehmen eingesetzt hat. Seine hohen menschlichen Qualitäten und seine Kontaktfähigkeit waren die Grundlagen seiner allseitigen Beliebtheit. Sein Rat und sein abgewogenes Urteil werden uns sehr fehlen.

Ein guter Freund und Mitarbeiter hat uns verlassen.

Wir werden ihn sehr vermissen und seiner stets in Dankbarkeit gedenken.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter  
der  
**KARSTADT Aktiengesellschaft**

Essen, 12. Dezember 1983

Das Sterbeamt ist am Donnerstag, dem 15. Dezember 1983, 9.00 Uhr, in der Herz-Jesu-Pfarrkirche zu Essen-Burgaltendorf. Anschließend erfolgt die Beisetzung von der Friedhofskapelle (Vattersberg) aus.

Statt zugedachter Kränze und Blumen wird um eine Spende auf das Sonderkonto „Hermann-Gmeiner-Fonds e. V., München“, Postscheckkonto Nr. 121-805, Postscheckamt München, zugunsten des SOS-Kinderdorfes Karstadt Rio gebeten.

Trauerhaus: Frau Ingeborg Zimmermann, Am Hang 10, 4300 Essen 17.

Wir trauern um unseren Vater und Großvater und gedenken seiner in Liebe und großer Dankbarkeit.

Malermmeister

## Hans Neusel

Träger des Bundesverdienstkreuzes  
I. Klasse

25. Juli 1898 – 12. Dezember 1983

Hans Neusel  
Karin Neusel geb. Rose  
Susanne Neusel

5300 Bonn-Röttgen, Am Kottenforst 50  
den 12. Dezember 1983

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 15. Dezember 1983, um 11.30 Uhr auf dem Friedhof in Bonn-Röttgen statt.

**Liebe ist...** wenn Sie ein Kind vor dem Verhungern retten.

Wir vermitteln Ihnen die persönliche Patenschaft mit einem hungrigen Kind. Das kostet Sie nur ein wenig Liebe und DM 45,- im Monat (steuerlich absetzbar).

CCF Kinderhilfswerk  
Deutscher Patentreis e.V.

Postfach 1105, 7440 Nürtingen, Postscheckkonto  
1710-702 PSA Stuttgart. CCF ist eine der größten  
internationalen Kinderhilfsorganisationen der Welt  
und betreut schon über 200.000 Kinder.

## Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:  
Hamburg  
(0 40) 3 47-43 80,  
-39 42 oder -42 30

Berlin  
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig  
(0 20 54) 1 01-5 18  
und 5 24

Telex:  
Hamburg  
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

**Anteigert Hensover, den 30. 11. 1983** 9 C 75/81  
Die EYTG Grundstückswertungs-Ges. mbH, vert. d. d. Geschäftsführer Rudolf Hensover und Günter W. Teufel, in 3000 Hannover 1, Königstr. 33, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Friedt u. a., Hannover, klagt gegen Herrn Ernesto Krieg, c/o C. V. Lucos, Avenida Venezuela 1-3, Apartado Nr. 1863, Caracas/Venezuela, mit dem Antrage, 1. den Beklagten zu verurteilen, die im Hause Uhlenmeyerstr. 10, 3000 Hannover gelegene Einzimmerwohnung, 2. Obergeschoss rechts, bestehend aus 1 Zimmer, 1 Diele und 1 Bad zu räumen und an die Klägerin herauszugeben, 2. den Beklagten zu verurteilen, an die Klägerin 8120,- DM nebst 4 % Zinsen seit Klagezustellung zu zahlen. Dem Beklagten wird aufgegeben, binnen eines Monats dem Gericht schriftlich anzuzeigen, ob er sich gegen die Klage verteidigen will oder ob er den Anspruch ganz oder teilweise anerkennt.  
Hannover, den 30. 11. 1983  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hannover, Abt. 9

**Alles 1a!**  
● 16 Semeltüte  
● 40 Löffel  
● 105 km Abfahrten  
● 3 Skigebiete – 3-Teller-Skischaukel  
● 30 Skilifte mit einem Skilift  
Jeder Komfort, Spitzenastronomie, Unterhaltung, Abwechslung im neu eröffneten Alpenland-Hotel. Direkt über die Tauernautobahn, ab München in 2 Stunden erreichbar.  
● Draht führt wer kann – nach St. Johann  
Unser Wellnessangebot:  
1 Woche 12/24/72/TV/Fel. DM 681,-  
inkl. 2-Teller-Skibus DM 820,-  
inkl. 2 Tennishütten DM 860,-  
**HOTEL ALPENLAND**  
A-5880 St. Johann, Salzburger Land  
Tel. 00 43 / 84 12 / 70 21 / 4 14 10 oder 00 43 / 8 63 / 4 34 85

**Liquidität**  
ist für ein Unternehmen entscheidend.  
Spätestens, wenn sie knapp wird, sollte man mit uns sprechen.  
**NORDLAND KREDIT**  
Stockerstrasse 38 CH-8039 Zürich

**FINANZANZEIGE**

**HYPOBANK**  
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank  
Aktiengesellschaft  
München  
Wertpapier-Kenn-Nummern 802 000, 802 003

**Bezugsangebot**

In Österreich:  
Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft, Wien.

Auf je 8 Stück alte Aktien im Nennbetrag über je 50,- DM (Wertpapier-Kenn-Nummern 802 000, 802 003) kann eine neue Aktie über 50,- DM zum Ausgabepreis von 175,- DM börsenmarktspezifisch bezogen werden. Der Bezugspreis ist spätestens am 13. 1. 1984 fällig.

Das Bezugsrecht wird in der Zeit vom 27. 12. 1983 bis 11. 1. 1984 ausschließlich bei allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Erfolgt der Bezug während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle unter Vorlage des Gewinnanteilscheins Nr. 41 und ist damit kein weiterer Schriftverkehr verbunden, so wird keine Provision erhoben; andernfalls wird die übliche Provision berechnet.

Die neuen Aktien erhalten die Wertpapier-Kenn-Nummern 802 001 und die Bezugsrechte die Wertpapier-Kenn-Nummern 802 002. Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 43-50 und Erneuerungsscheinen versehen.

Die neuen Aktien sind in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Bayerischen Wertpapierbank Aktiengesellschaft, München hinterlegt worden ist. Die Bezugsrechte der neuen Aktien erhalten die Eintragung des Bezugspreises zunächst Gültigkeit auf dem Markt. Ein Anspruch auf Auslieferung von Einzelaktien ist ausgeschlossen, bis die neuen Aktien mit den alten Aktien unserer Bank dividentengleich sind. Der Ausdruck von Aktienbüchern ist zur Zeit nicht vorgesehen, da genügend Einzelaktien der alten Aktien zur Verfügung stehen.

Die Zulassung der neuen Aktien (Wertpapier-Kenn-Nummern 802 001) sowie weiterer Aktien im Nennbetrag von insgesamt 3225 000,- DM (Belegabschnitten aus den Kapitalerhöhungen 1981 bei Odenwald, 1982 WK-Nr. 802 003) zum Handel und zur amtlichen Notierung sämtlichen deutschen Wertpapierbörsen ist erfolgt. Mit Zustimmung des Handels und der amtlichen Notierung am 19. 1. 1984 werden die genannten Belegabschnitte den alten Aktien (Wertpapier-Kenn-Nummern 802 000) gleich.

München, im Dezember 1983

هكذا من اجل



هفتا من الحرف

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Unterschied bei Professoren

Kardinal: Urteil über den Professor? Die WELT vom 4. November  
Sie berichten in diesem Artikel, daß das Bundesverfassungsgericht für Recht befunden hat, für die Amtsbezeichnung „Professor“ eine Unterscheidung bei unterschiedlichen Aufgaben und Qualifikationen auf Grund des Artikels 33, Absatz 5 des Grundgesetzes (Universitäts- und Fachhochschulen), vorzusehen.

In einer späteren Ausgabe bringen Sie zu dieser Meldung einen Beitrag, der sich im Wesentlichen mit den Leistungen beschäftigt, die ein Bewerber um einen universitären Lehrstuhl im Gegensatz zu einer Fachhochschulprofessur zu erbringen hat, und stellen damit auch die vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgestellte Unterschiedlichkeit der in Rede stehenden 2 Professuren zueinander heraus.

Nun komme ich auf meinen Leserbrief, den Sie in der Ausgabe vom 30. 1. 1981 unter dem Stichwort „Ingenieur“ veröffentlicht hatten, zurück. Damals sah ich mich veranlaßt, ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Az. 1 BvR 409/80) zur Diskussion zu stellen, das insbesondere auf dem Gebiet der Ingenieurwissenschaften die berufsqualifizierende Abschlussprüfung sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen gleichwertig gemacht hat, nach Paragraph 18 des HRG.

Bis heute ist die genannte Gleichwertigkeit nicht geschehen.

Die Eingangsvermutungen sind unterschiedlich, universitär Vollbildung, das auch zu jedem anderen universitären Studium berechtigt, gegen Fachschulabschlüsse an Fachhochschulen.

Die Dauer des Studiums, universitär 9 bis 11 Semester, Fachhochschule 6 Semester.

Die Dauer der praktischen Ausbildung ist in beiden Fällen reduziert worden, in der einen weniger, in der anderen mehr, zum Schaden des Berufsbildes „Ingenieur“.

### Was Preußen war

„Der Staat, der nur aus Minderheiten bestand“, GEISTIGE WELT vom 2. Dezember  
Das waren zwei erfreuliche Beiträge in der GEISTIGEN WELT. Das Bekenntnis Professors Helmut Diwalds zum föderativen deutschen Staat und Professor Kurt Kluxens Artikel über Preußen!

Entgegen vieler Darstellungen in den Medien vom „bösen Untertanenstaat“ ist klargestellt, daß Preußen immer ein Rechtsstaat war. Die Könige waren Diener ihres Staates und hatten Herz und Verstand für ihr Volk. Neben der Religionsfreiheit stand die Öffnung des Landes für Flüchtlinge aus Europa. Die Schaffung einer Verwaltung, die wegen ihrer Güte und Sparsamkeit weit über 100 Jahre bestand, wurde von den Gebiets- und Verwaltungsreformen der Ära Brandt abgelöst, die eine Volkskammer, unnötige Aufblähung des Verwaltungsapparats und der erheblichen Verzerrung zur Folge hatte.

Walter Sieglitz  
Bremen

### Eigene Meinung

„Theologie als Hilfe zur Entscheidung“, WELT vom 2. Dezember

Zu ergänzen ist: Helmut Thielicke hat sich noch nie von der herrschenden Tagesmeinung trennen lassen. Als eine große christliche Zeitung Heilmann aus der Synode hinausgeschloß, war es Thielicke, der Heilmann bescheinigte, daß er Politik von Glauben zu scheiden wisse. Als Löhle für viele nur eine Witzfigur geworden war, fand Thielicke noch ein paar anerkennende Worte zu seinem Abschied.

Er hat nie die leider in der Kirche eingerissene Unsicherheit mitgemacht, seine Studenten gegen ihm nicht freundlich gesonnene Kollegen einzunehmen. Daraus folgt, daß er der Polemik, die gelegentlich seine Arbeit begleitet hat, nicht entgegengetreten ist.

Richard Krause  
München 21

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe abkürzend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

### Psycho-Terror

„Vom Protest zum Widerstand – ein Weg voller Gefahr“, WELT vom 22. November  
Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn denn alles stimmen sollte, was im oben genannten Bericht an physischen und psychischen Pressionen gegenüber Bundestagsabgeordneten – und ihren Familien! – zusammengetragen worden ist, so erscheint es an der Zeit, daß der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland sich auftritt und gegen solchen „Widerstand“, wie ihn bestimmte Kreise innerhalb wie außerhalb des Parlaments propagieren, seinerseits Widerstand leistet. Nicht im Sinne Winkelederschen physischen Einsatzes, wohl aber im Sinne eindeutiger Distanzierung – auch öffentlich.

Makabre „Mahnwachen“ unseligen Andenkens („Deutsche, kauft nicht bei Juden“), Telefonator und Sachbeschädigungen sollten zumindest diejenigen alarmieren, die sich ausdrücklich verpflichtet haben, für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten: Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes – immerhin mehr als vier Millionen Bürger. Oder mit den Worten des Schweizer Gottfried Keller: „Keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht instand ist, selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt“...

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. K.-A. Hernekeup  
Hamburg 61

### Wort des Tages

„Es ist gut, wenn wir bisweilen Widerspruch zu ertragen haben und man ungünstig und schlecht von uns denkt, auch wo wir recht gehandelt oder es gut gemeint haben. Das kommt oft der Demut zugute und schützt uns gegen Eitelkeit.“  
Thomas von Kempen, Theologe (1390-1471)

## Ehrenberg stellt Programm zur Wirtschaftspolitik vor

Im neuen SPD-Konzept gibt es „viele alte Bekannte“

GISELA REINERS, Bonn  
Es sei „Mode“ geworden, das inzwischen erreichte „leichte Wachstum“ schon Aufschwung zu nennen, sagte gestern der Vorsitzende der SPD-Kommission für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Herbert Ehrenberg, in Bonn. Doch bei einem Wachstum von zwei bis drei Prozent in 1984 und einem gleich großen Produktivitätsfortschritt bleibe ein Beschäftigungseffekt aus.

Mit 2 bis 2,3 Millionen Arbeitslosen werde sich die SPD jedoch nicht abfinden. Deshalb habe die Kommission unter dem Titel „Arbeit für alle“ die Zukunft gestalten: ein Programm zur Verknüpfung von Struktur- und Finanzpolitik, von Wirtschafts- und Umweltpolitik. Ehrenberg, der Parteivorsitzende Willy Brandt habe es als „Startschuß“ für eine intensive wirtschaftspolitische Diskussion bezeichnet, die den Höhepunkt des Parteitag im Mai bilden solle.

Der frühere Arbeits- und Sozialminister der sozial-liberalen Koalition verheißt nicht, daß in seinem Konzept „viele alte Bekannte“ anzutreffen seien. Das Neue sei jedoch die Verbindung einzelner Programmpunkte zu einem gemeinsamen Ganzen. Damit „Landsdorff und andere“ nicht wieder, wie nach dem Münchner Parteitag, Formulierungen wie „sozialistische Markterzeugnisse“ erfinden, betonte Ehrenberg, daß man zur Marktwirtschaft, aber mit sozialer Verpflichtung stehe. Schließlich sei der soziale Konsens lange Zeit der wichtigste Produktionsfaktor gewesen. Er gerate jetzt in Gefahr.

Sechs Schwerpunkte nannte Ehrenberg unter insgesamt 15 Abschnitten.

ten, die die wichtigsten Elemente der Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen sein sollen. So sei es unumgänglich, die Wirtschaftsstrukturen zu verbessern, allerdings mit staatlichen Hilfen zur Anpassung und Modernisierung. In manchen Branchen sei Kapazitätsabbau auf mittlere Sicht unvermeidbar; andere könnten durch Modernisierung gesichert werden und wieder andere könnten durch konsequente Innovation Wachstumspotenziale tragen. Doch bedeute Strukturwandel mehr als Modernisierung. Neue Arbeitsplätze könnten durch das Angebot neuer Dienstleistungen entstehen, zum Beispiel im sozialen und im Freizeitbereich. Zwar müsse die Bundesrepublik ein Industriestaat bleiben, doch stelle der Austausch von Dienstleistungen am Markt ebenfalls Produktion dar. Hier lägen noch große Reserven.

Weiter setzt die Ehrenberg-Kommission auf Beschäftigungseffekte durch Umweltschutz. Sie fordert eine Umweltauflage nach dem Muster des Wasserabgabengesetzes. Aus den Erträgen könne ein Sondervermögen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgebaut werden, das mit Zinsschüssen Umweltschutzmaßnahmen finanzierbar mache. So würden z. B. in den nächsten zehn Jahren 10 Milliarden für die Luftreinhaltung und 15 Milliarden für den Gewässerschutz benötigt. Die Entwicklung neuer Umwelttechnologien erschleie neue Export- und damit Beschäftigungsmöglichkeiten.

In diesem Zusammenhang setzte sich Ehrenberg für eine „Qualifizierungsoffensive“ der Arbeitnehmer ein.

### Differenzen in Ost-Berlin mit Berlinguer

hsk. Berlin  
Ausgesprochen zurückhaltend und anscheinend über interne Äußerungen ihres Gastes aus Italien nicht glücklich, berichtete gestern die SED-Presse über den Besuch des Generalsekretärs der KPD, Enrico Berlinguer, in Ost-Berlin. Er traf mit seinem SED-Kollegen Erich Honecker und dem für andere kommunistische Parteien zuständigen Politbüro-Mitglied Hermann Axen zusammen.

In einer ADN-Meldung hieß es gestern lediglich, die Repräsentanten der beiden Parteien hätten einen „ausführlichen Meinungsaustausch“ über die Politik ihrer Parteien zu internationalen Fragen geführt. Die Aussprache habe in einer „offenen und herzlichen Atmosphäre“ stattgefunden. In der Regel umschreibt die Vokabel „offen“ in derartigen Veröffentlichungen deutliche Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen. Berlinguer und Honecker trafen sich zum ersten Mal nach zehnjähriger Pause wieder. Auf der internationalen Karl-Marx-Konferenz im April dieses Jahres in Ost-Berlin ließ sich die KPD lediglich durch einen Funktionär der zweiten Reihe vertreten. Nach dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings war es zwischen der SED und der KPD zum Bruch gekommen.

### Abkommen über Rheinarmee

rmc. Bonn  
Bonn und London haben die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten britischen Verbände der Rheinarmee im Falle einer politischen Krise mit Hilfe deutscher Unterstützungsleistungen beschleunigt auf ihren doppelten Umfang verstärkt werden können. Ein entsprechendes Abkommen wurde in Bonn vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Lautenschlager, und vom britischen Botschafter Taylor unterzeichnet.

Unter Inanspruchnahme der deutschen Leistungsgesetze sieht das Abkommen unter anderem vor, daß die deutsche Seite aus zivilen Quellen für Transport von Personal, Material, Munition und Betriebsstoff sorgt, desgleichen Instandsetzung sowie Fernmeldeanlagen bereitstellt und die nötigen Arbeitskräfte zur Verfügung hält. Botschafter Taylor erklärte, Großbritannien werde in „mindestens“ 55 000 Mann Heeres- und 10 000 Luftwaffen-Soldaten unterhalten. London sei sich der gegenseitigen Abhängigkeit mit der Bundesrepublik in Fragen der äußeren Sicherheit voll bewußt. „Die Vorverteilung in der Bundesrepublik Deutschland ist die Vorverteilung Großbritanniens.“

## Britische Drucker sagen Streik ab

AP/DW. London  
Die britische Druckergewerkschaft NGA hat gestern einen geplanten landesweiten 24stündigen Streik abgesagt, nachdem sich die Führer des britischen Gewerkschaftsbundes TUC nicht auf eine geschlossene Unterstützung des Ausstandes einigen konnten. Wenige Stunden vor dem für 17 Uhr (MEZ) angesetzten Beginn des Streiks in der Londoner Fleet Street gab der stellvertretende Vorsitzende der NGA die „Aussetzung“ bekannt.

Dem Entschluß war eine stürmische Sitzung des TUC vorausgegangen, die in der Nacht zum Dienstag mit einem offenen Bruch zwischen dem einflußreichen Ausschuß für Beschäftigungspolitik und dem Generalsekretär des Dachverbands, Len Murray, endete. Murray hatte im Anschluß an die Sitzung seinen erbitterten Widerstand gegen den mit neun gegen sieben Stimmen gefällten Entschluß des Komitees angekündigt, den Ausstand der NGA zu unterstützen.

Acht britische Verlagshäuser hatten am Montag beim Obersten Gerichtshof in London eine einstweilige Verfügung gegen den Druckstreik erwirkt. Murray sagte, das Komitee habe „nicht die Befugnis“, den Streik zu unterstützen, weil dies einen Beschluß des erweiterten Vorstandes des TUC entgegenstehe, der illegale Gewerkschaftsaktionen verbiete. Ferner warnte er davor, daß die Frage des Druckstreiks den TUC in eine schwere Krise stürze und den Zusammenhalt des Verbandes gefährden könnte.

Die NGA wollte mit dem Streik die Wiedereinstellung von sechs Arbeitern im Unternehmen des Verlegers Selim Shah erzwingen. Die sechs Drucker hatten gegen das neue Gewerkschaftsgesetz verstoßen, daß den Einsatz von betriebsfremden Personen als Streikposten vor anderen Unternehmen untersagt. Die betriebsfremden Streikposten wollten von dem Besitzer einer kleinen mittelenglischen Zeitungsgesellschaft die Zusage erzwingen, daß er in seinem Betrieb nur noch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einstellt.

Ein Gericht hatte die NGA daraufhin wegen illegaler Streikpraktiken zu Bußgeldzahlungen von insgesamt 675 000 Pfund (rund 2,7 Millionen Mark) verurteilt. Wegen Mißachtung richtiger Verfügungen wurde außerdem das Gewerkschaftsvermögen von ungefähr 40 Millionen Mark vorerst dem Zugriff der NGA entzogen – die Gewerkschaft hatte schon zwei betriebsfremde Streikposten eingesetzt. Schlichtungsverhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Verlag waren am Freitag voriger Woche gescheitert, nachdem die NGA vom Verlag auf drei Millionen Pfund Schadenersatz verklagt worden war.

In einer Rede vor dem Unterhaus in London hatte Arbeitsminister Tom King erklärt, daß die Regierung nicht beabsichtige, in diesen Arbeitskampf einzugreifen. Zugleich hatte er aber die Gewerkschaft aufgefordert, den Streik abzusagen. Ein Streik könne nicht zu einer Lösung des Konflikts zwischen der NGA und dem Verlagshaus von Shah beitragen.

Seite 2: Drucker und Gesetz

## Personalien

### VERANSTALTUNGEN

„Sooft ich an München denke, ist mir, als ob Sonntag wäre und das schönste Wetter“, zitierte Ministerialdirektor Dr. Oskar Klemmert. Der Stellvertreter von Bayerns Staatsminister Peter Schmidbauer in Bonn, warb in der Bayernvertretung am Rhein dieses Mal für München als Stadt der Touristen und Kongresse. Der bayerischen Fremdenverkehrsamt und seine großen Hoteliers an. Mit 40 Theatern, 30 Museen und 250 Tagungsräumen für 40 000 Gäste hat sich München auch im Jahr 1983 als großer Anziehungspunkt erwiesen. Zum zweiten Mal in diesem Jahr wird die Landeshauptstadt die Fünf-Millionen-Grenze bei ihren Übernachtungen überschreiten. Rund eine halbe Million Übernachtungen in dieser Zahl verankert man Besuchern der internationalen Gartenschauausstellung, 1360 registrierte Kongresse und Seminare mit rund 250 000 Teilnehmern.

mern, die Mediziner stehen hier an vorderster Stelle, runden diese positive Bilanz mit ab. Münchens zweiter Bürgermeister, Dr. Winfried Zehetmayer, erinnerte daran, daß seine Stadt für Besucher noch mehr tun wolle: In Bonn präsentierte er den ersten umfassenden Münchner Museumsführer durch seine kostbaren Sammlungen. München wirbt auch fernab von Bonn mit seinen schönsten jungen Damen. Zu Gast im Bayernkel-

ler war Michaela Pfeffer, Verkaufsleiterin im Sheraton und diesjährige Faschingsprinzessin der Stadt.

Nathan Natke Nir, Brigadegeneral d. R. der israelischen Streitkräfte und Vorsitzender von „Mitefander“, der Vereinigung, die sich mit 400 Angehörigen und 20 000 ehrenamtlichen Mitarbeitern um die Fürsorge für die Soldaten der israelischen Armee kümmert, hält sich in dieser Woche in der Bundesrepublik auf. Nir kam auf Einladung des Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst a. D. Helmut Volland. Der israelische General ist nicht nur soziale Einrichtungen der deutschen Streitkräfte besuchen, sondern ist vor allem auch interessiert, Panzerverbände des Heeres zu sehen. Nir gehörte mit ein paar Soldaten zu der kleinen Truppe, die 1984 in Münster, „verkleidet“ in deutsche Uniformen, am Patton Panzer vom Typ M-48 ausgebildet wurde. Unter großer Geheimhaltung unterstützte damals die Bundesrepublik so den Staat Israel. Später, im Jom-Kippur-Krieg, führte Nir den Panzerverband, der als erster den Suezkanal überwand und die Ägypter im Rücken erfaßte. Wenn heute Nir davon erzählt, schwingt kaum Stolz über vollbrachte soldatische Taten in seiner Stimme. Im bewegt vielmehr die wehmütige Erkenntnis, daß Israel, so lange es existiert, sich seine Sicherheit mit dem Blut seiner Soldaten erkaufen mußte.

Die Maß bleibt voll, auch zum Jahresende im Bayernkeller. Auf den nächsten Münchner Fasching stießen Dr. Oskar Klemmert, hsk, und Faschingsprinzessin Michaela Pfeffer an. Rechts: Münchens Zweiter Bürgermeister Dr. Winfried Zehetmayer. FOTO: KAI

# Dipl.-Ing. Kaiser baut Anlagen im Ausland. Wer kümmert sich zu Hause um seine Geldanlage?



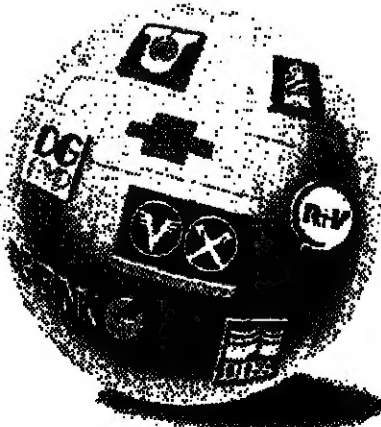
Seit Monaten lebt Georg Kaiser in Saudi-Arabien. Sein Job ist hart: Tag für Tag Staub und brütende Hitze. Aber es lohnt sich. Während er mit seinen Männern ein Werk aus der Wüste stampft, wächst zu Hause sein Vermögen. Rechtzeitig vor der Abreise setzte sich Herr Kaiser mit unseren Anlageberatern zusammen, präzierte seine Möglichkeiten und Erwartungen. So konnten wir ihm Anlagevorschläge nach Maß machen. Als „Mann vom Bau“ entschied sich Dipl.-Ing. Kaiser für unseren offenen Immobilienfonds, der bringt Wertzuwachs, sichere Erträge und interessante Steuervorteile. Wie vereinbart erwerben wir für unseren Kunden jeden Monat neue Fondsanteile. Seine Vermögensverwaltung ist damit genauso wie die Betreuung des laufenden Kontos in guten Händen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

**Der Verbund: Alles aus einer Bank.**  
Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der

20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

**Ihre Sache ist unsere Sache.**  
Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,5 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK  
Deutsche Genossenschaftsbank  
8 regionale Zentralbanken  
Bausparkasse Schwäbisch Hall  
DG HYP  
Deutsche Genossenschaftshypothekbank  
DIFA  
Deutsche Immobilien Fonds AG  
Münchener Hypothekbank AG  
R + V Versicherung  
Union-Investment-Gesellschaft



**Volksbanken Raiffeisenbanken**

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.



# Die Welt kostbarer Parfums



Seit 1979 bietet das Haus 4711  
einmal im Jahr ein Parfum an,  
das mit seinem Duft  
dem jeweiligen Trend entspricht.  
Ferd. Müllhens,  
Inhaber und Parfumeur  
des Hauses 4711,  
hat diesen Duft geschaffen.  
Er nennt ihn Parfum Parfum.



## NACHRICHTEN

### Stener-Nachzahlung

Hamburg (id) - Der deutsche Fußball-Meister Hamburger SV muß für den Zeitraum von 1976 bis 1982 eine Körperschaftsteuer in Höhe von 1.000.000 Mark nachzahlen. HSV-Schatzmeister Helmut Kallmann erklärte, der Klub habe mit dieser Nachzahlung gerechnet und dafür einen Betrag zurückgestellt.

### München will Willmer

München (id) - Der Fußball-Bundesliga-Klub Bayern München will Holger Willmer vom 1. FC Köln verpflichten. Köln fordert für den B-Nationalspieler 800.000 Mark, München möchte aber nur 500.000 zahlen.

### Höher nach Nürnberg?

Nürnberg (id) - Nach den Absagen von Paul Csernai, Friedhelm Rausch und Rüdiger Michels ist der Fußball-Bundesliga-Klub 1. FC Nürnberg an der Verpflichtung von Heinz Höher für den entlassenen Trainer Rudi Kröner interessiert. Höher, der in der Bundesliga bei Borussia Dortmund und Borussia Mönchengladbach spielte, arbeitet zuletzt bei Olympique Marseille.

## ZAHLEN

**SKI NORDISCH**  
Weltcup-Springen, 90-m-Schanze in Thunder Bay/Kanada: 1. Oppas (Kanada) 200 Punkte (117,5+122,5), 2. Ry-land (Frankreich) 184 (115,5+119), 3. Baud (Kanada) 172 (114+118), 4. Unga (Jugoslawien) 161,5 (115+116), 5. Bauer (Deutschland) 161,5 (110+116). - Stand im Weltcup nach zwei Wertungen: Springen: 1. Oppas, 2. Ryland und Baud, je 40 Punkte, 4. Bauer 18.

**BOXEN**  
Länderkampf in Hull/England: England - Deutschland 16:8. Fliegen: Nolan PS - Meßen; Bantam: S. Certei PS - Bauer; Feather: England PS 3, Rd. - Vachop; Leicht: Gies PS - Wille; Halb-welter: Jennings BSC 1, Rd. - Schäfer; Welter: H. Certei BSC 1, Rd. - Hutchinson; Halbmittel: Douglas PS - Zie-lacher; Mittel: PS 3, Rd. - Bauer; Mittel-schwamer: PS - Weizand; Halbschwerer: Wilson PS 3, Rd. - Spitzing; Schwerer: Greenwood PS - Stünge.

**GEWINNQUOTES**  
Lotto-Klasse 1: 1.971.940,- 2. 98.807,20, 3. 1700,50, 4. 131,70, 5. 2,50. Toto: Extrawette: Klasse 1: 12.626,90, 2. 248,50, 3. 31,40, - Auswahlwette: 6 aus 45: Klasse 1: 3.550.941,70, 2. 115.933,50, 3. 6069,20, 4. 147,40, 5. 10,80. - Renn-wette: Rennen A: Klasse 1: 1058,40, 2. 98,59, - Rennen B: Klasse 1: 1062,50, 2. 171,80. - Kombinations-Gewinn: un-besetzt, Jackpot 138.918,80 (ohne Gewähr).

**TENNIS**  
Turnier in Sydney, erste Runde: David Riggs (Australien) (13/7, 6/3) - Hoever (Brasilien). - Gehung (Deutschland) 8:1, Aufgabe von Gehung.

## GALOPP / Der Entschluß des Werner Krafczyk

# Ein Jockey steigt aus und wird U-Bahn-Fahrer

KLAUS GÖNTZSCHE, Bonn  
Am 12. August 1979 erschien in der Münchener Galopper-Fachzeitung „Turf“ ein Jockey-Interview mit Werner Krafczyk. Im letzten Absatz war zu lesen: „Der ruhige, aber ehrgeizige Werner Krafczyk hat bis heute mit seinem Gewicht keinerlei Probleme und sieht deshalb der Zukunft gelassen entgegen.“ Am 13. Dezember 1983 beginnt bei der Stadt München ein Lehrgang für U-Bahn-Fahrer. Einer der Teilnehmer: der Jockey Werner Krafczyk, 31 Jahre alt, 102 Siege im Rennsattel.

Vom gefragten Jockey der bayrischen Turfzene zum U-Bahn-Fahrer in die Anonymität. Sicher ein ungewöhnlicher Ausstieg. Krafczyk wählte allerdings auch einen nicht alltäglichen Einstieg in die Berufswelt. Der gelernte Werkzeugmacher aus Augsburg war bereits 18 Jahre alt, als er mit einem Halbfinger einen Ausritt unternahm. Er hatte sich bereits zur Technikerschule angemeldet, fuhr aber im Winter 1973, gegen den Willen der Mutter, nach München und trat eine Lehrstelle als Jockey beim Trainer Richard Staudte an. Drei Jahre später bestand er die Prüfung als Lehrgangsbester. Der größte Erfolg gelang 1980: mit dem Schimmel Hohlritzt aus dem Stall Orient gewann er den Großen Preis der Badischen Wirtschaft, das Haupttrennen des Frühjahrs-Meetings in Iffezheim bei Baden-Baden.

Kurz nach dem großen Erfolg mit Hohlritzt lernte er aber auch gleich die Schattenseiten kennen: Hohlritzt Besitzer, Oskar Beutemüller aus Rottach-Egern, warf ihm vor, er beschäftige sich zuviel mit seiner Freundin (die er kurz danach heiratete) und zu wenig mit den Pferden. Die Wege des

Besitzers und des Jockeys trennten sich.

Krafczyk: „Ich habe in den letzten Jahren die Höhen und Tiefen in diesem Sport ausgiebig kennengelernt. Aber schon vor einem Jahr habe ich mich bei der Stadt München beworben, jetzt kam der Beschluß. Viele Kollegen erklären mich für verrückt. Aber ich habe in letzter Zeit viele Jockeys kennengelernt, die später Trainer wurden. Diesen Job möchte ich nicht machen - und ein Leben lang im Stall arbeiten macht auch keinen Spaß. Schließlich kann man nicht ewig Rennen reiten.“

Werner Krafczyk zieht die soziale Hängematte als U-Bahn-Fahrer bei der Stadt einer ungewissen Zukunft im Rennsattel vor. Aber er gesteht auch ein: „Mein Herz hängt immer an den Pferden. Ich werde bestimmt in meiner Freizeit oft auf der Rennbahn sein, wenn es der Schichtdienst erlaubt. In der U-Bahn kommt dann eben keiner mehr an mir vorbei, da habe ich stets die Nase vorn.“ Nach Ablauf einer Frist von drei Jahren besteht im übrigen für Krafczyk die Möglichkeit, eine Lizenz als Amateur-Reiter einzuziehen.

Der Jockey aus München ist nicht der erste Aussteiger aus dem Sattel. Sein Kollege Manfred Kosman, 1976 in den Bestechungskandal verwickelt, betreibt mit seiner Ehefrau in Duisburg-Meiderich eine Imbissstube. Kosman hat immerhin über 400 Rennen gewonnen. Michael Rath aus Neuss gewann mit der Stute Alaria 1979 die beiden klassischen Prüfungen Schwarzgold-Rennen und Preis der Diana. Dann beendete er die Jockeylaufbahn (allerdings vornehmlich aus Gewichtsgründen) und begann einen Job bei der Bundespost.

## EISHOCKEY / Wieder Remis gegen Kanada

# Kühnhackl: „Das ist eine sensationelle Entwicklung“

W. NIESEBACH, Vancouver  
Mit seinem 114. Länderspiel-Treffer sicherte sich Kühnhackl der Deutschen Eishockey-Nationalmannschaft im dritten Duell mit Kanadas Olympia-Team das zweite Unentschieden. Nach dem 1:1 von Edmonton und dem 5:5 von Calgary hieß es nun in Vancouver an der kanadischen Pazifikküste 2:2 (1:1, 1:1, 0:1). Und so sicher, wie er mit einem herrlichen Rückhandschuß genau in den Torwinkel getroffen hatte, nannte der Kapitän aus Lands-bout sein Fazit: „Früher haben wir in Kanada brav verloren und sind oben-dreien verdroschen worden. Jetzt spielen wir mit. Das ist eine sensationelle Entwicklung.“

Die Rückkehr des jahrzehntelangen Klassenunterschiedes hatte Xaver Unsinn befürchtet. Denn während der deutsche Bundestrainer seine Schützlinge praktisch erst am Flughafen versammeln konnte, hatte der kanadische Widersacher Dave King seit August 35 Tests mit seinen Sarajewo-Kandidaten absolviert. Von der besseren Vorbereitung war jedoch nichts zu sehen. Vielmehr meinte der Landschuter Helmut Steiger: „Nur die einheimischen Schiedsrichter haben unsere Siege verhindert. Leider sitzen die Kanadier immer noch auf dem hohen Ross und halten sich für die Größten, weil sie irgendwann einmal das Eishockey erfunden haben.“

Sicherlich bildete die sehr gute Kondition die Basis für das erstaunlich gute Abschneiden. Genauso wichtig aber waren die vielen Einzelgespräche, die Xaver Unsinn auf den Zimmern der Spieler, in der Hotelhalle, im Bus oder noch am Tag des

letzten Spiels beim Air-Canada-Flug nach Vancouver führte. Thema Nummer eins: Die Härte, ja Brutalität zwischen Nationalspielern, die unmittelbar vor der Abreise im Bundesliga-Spiel Mannheim - Rosenheim erneut eskaliert war. Dazu Erich Kühnhackl: „All das, was unheimlich in der Luft lag, ist ausgeräumt worden. Die Moral und der Geist der Mannschaft haben unter den Vorkommnissen in der Bundesliga nicht gelitten.“

Xaver Unsinn (Hoffentlich werden nun noch einige fanatische Vereinfunktionäre verübt) will einen Strich unter die leidigen Ergebnisse gezogen sehen. Zwangsläufig richtet sich seine Konzentration nach der Nordamerika-Tournee, die offiziell erst am Samstag mit einem Spiel beim US-Universitätsmeister in Madison endet, auf das Personal-Puzzle. Talente wie die Mannheimer Niederberger, Obres und Adam drängten sich auf, außerdem erwähnt er neben den 23 Nordamerika-Fahrern noch daheimgebliebene Kandidaten wie Torwart Weisshaupt, Verteidiger Scharf und das Rosenheimer Stürmertalent Ahne. Unsinn olympisches Kernproblem: Im Gegensatz zur WM dürfen nicht 23, sondern nur 20 Spieler nominiert werden.

Diese Reduzierung bringt es mit sich, daß durchaus nur mit drei Sturmreihen operiert werden kann. Diesen Sarajewo-Erntestall mußte Unsinn vor 3582 Zuschauern in Vancouver im letzten Drittel durchsetzen. Die Erkenntnisse machten ihm Mut. Denn nach einem 0:2-Rückstand führte die Aufholjagd, die Marcus Kohl in der 35. Minute nach dem Anschlußtor eingeleitet hatte, zum erhofften Gleichstand durch Erich Kühnhackl.

## SKI ALPIN

# Ingemar Stenmark hat das Siegen doch nicht verlernt

dpa, Courmayeur  
Das Pech des Andreas Wenzel war diesmal das Glück des Ingemar Stenmark. Der 27-jährige Schwede gewann im italienischen Courmayeur den zweiten Weltcup-Slalom des Olympiawinters und feierte damit seinen ersten Saisonerfolg. „Das war der Ausgleich“, schmunzelte Stenmark, nachdem der klar führende Liechtensteiner Wenzel im zweiten Durchgang an einer Torstange scheiterte. Elf Tage zuvor hatte Andreas Wenzel beim Weltcup-Auftakt in Kranjska Gora gesiegt, weil Stenmark im zweiten Lauf „ausstieg“.

Weltmeister Stenmark, der in Sarajevo wegen der B-Lizenz nicht starten darf, lag nach dem ersten Lauf deutlich zurück, nur an dritter Stelle, bot aber wieder einen seiner berühmten zweiten Durchgänge, mit denen er die Konkurrenz distanzierte. Auch der Jugoslawe Bojan Krijac, hinter dem Schweden Zweite, vermochte angesichts dieser Leistung nur noch den Kopf zu schütteln. Dritter wurde der durch ständig wechselnde Schneeverhältnisse schwierigen Piste der Amerikaner Steve Mahre. Mit seinem vierten Rang verdrängte der Schweizer Pirmin Zurbriggen mit 72 Punkten seinen bisher im Gesamtweltcup führenden Landsmann Franz Heinzer (65 Punkte) vom ersten Platz. Der Allrounder Zurbriggen gilt als einer der Favoriten für die Trophäe.

Auf der „katastrophalen Piste“, wie der österreichische Trainer Peter Prodinger schimpfte, gab es serienweise Ausfälle. Nur knapp ein Drittel der Teilnehmer kam in die Wertung. Auch Stenmark, der seinen Vorjahreserfolg in Courmayeur wiederholte und die Zahl seiner Weltcup-Siege auf 73, davon 35 im Slalom, schraubte, anerkannte die Nachteile für die Läufer mit hohen Startnummern: „Bei den späteren Fahrern ist die Piste teilweise gebrochen.“

Zu den Opfern dieses Slaloms zählten zahlreiche Weltklassefahrer wie die Schweden Stig Strand und Bengt Fjällberg, die Österreicher Christian Orlandsky und Klaus Heidegger, Marc Girardelli (Luxemburg), der Bulgare Peter Popangeloff und der Weltcupverteidiger Phil Mahre sowie der Schweizer Max Julien, der am Vortag den Riesenslalom gewonnen hatte.

## SCHACH

# Kasparow fehlt jetzt noch ein Punkt zum Sieg

dpa, London  
Gari Kasparow (UdSSR) fehlt zum Einzug in das Finale des Kandidatenturniers um die Schach-Weltmeisterschaft nur noch ein einziger Punkt. In der 8. Partie gelang dem 20-jährigen am Montag in London bereits der dritte Sieg gegen seinen 32 Jahre älteren Gegner Wiktor Kortschnoi und damit vor den letzten drei Runden die 5,5:3,5-Führung.

Der mit den schwarzen Figuren spielende Kortschnoi, vor Jahren aus der UdSSR über Holland in die Schweiz emigriert, gab bereits nach dem 30. Zug - in völlig aussichtsloser Position - resigniert auf. Der Sieger hatte mit der katalanischen Verteidigung eröffnet, aber schon hierauf antwortete Kortschnoi nach Auffassung von Großmeister Leonid Schamkowsch, „völlig unverständlich“.

Es waren noch nicht einmal vier Stunden und gerade erst der 30. Zug gespielt, als Kortschnoi seinem Kontrahenten zum Sieg gratulierte.

Der Sieger aus Kasparow - Kortschnoi trifft im Finale auf den Gewinner aus Wassili Smyslow (UdSSR) - Zoltan Ribli (Ungarn). In diesem Halbfinale führt Kasparows Landsmann ebenfalls 5,5:3,5.

Lesen Sie morgen in der WELT die Notation der 8. Partie und den Kommentar von Großmeister Luděk Pachman.

## BOXEN

# Die Talfahrt hält weiter an

dpa, Hull  
Bei den deutschen Amateurbokern ist ein halbes Jahr vor Los Angeles ein Ende der Talfahrt nicht in Sicht. Das 6:16 in der Nacht zum Dienstag im Länderkampf gegen England in der Hafenstadt Hull bedeutete nach den Enttäuschungen bei den Europameisterschaften im Mai in Varna und den Deutschen Meisterschaften vor drei Wochen in Köln erneut ein Rückschritt. In elf Kämpfen durchbrachen nur der Olympia-Kandidat Stefan Gertel (Worms) mit einem souveränen Punktsieg im Bantamgewicht und Weltgewichtler Helmut Gertel (Worms) sowie Reiner Gies (Kaiserslautern) im Leichtgewicht die Siegespaläste der kampfstarken Briten.

# Goldenes Lenkrad.

Der neue Audi 200 gewinnt auf Anhieb einen der bedeutendsten Preise der internationalen Fachjury.

21 Juroren aus sieben Ländern wählten unter 25 Automodellen die Klassenbesten des Auto-Jahrgangs 1983 unter strengen Maßstäben aus.

Die Entscheidung fiel auf der größten Teststrecke Europas.

Die besten Autos des Jahres gewannen jetzt in Berlin das „Goldene Lenkrad“, eine der begehrtesten internationalen Auszeichnungen. Drei Modelle aus deutscher Produktion und ein französischer Wagen erhielten den „Auto-Oscar“, der in drei Klassen eingeteilt wird.

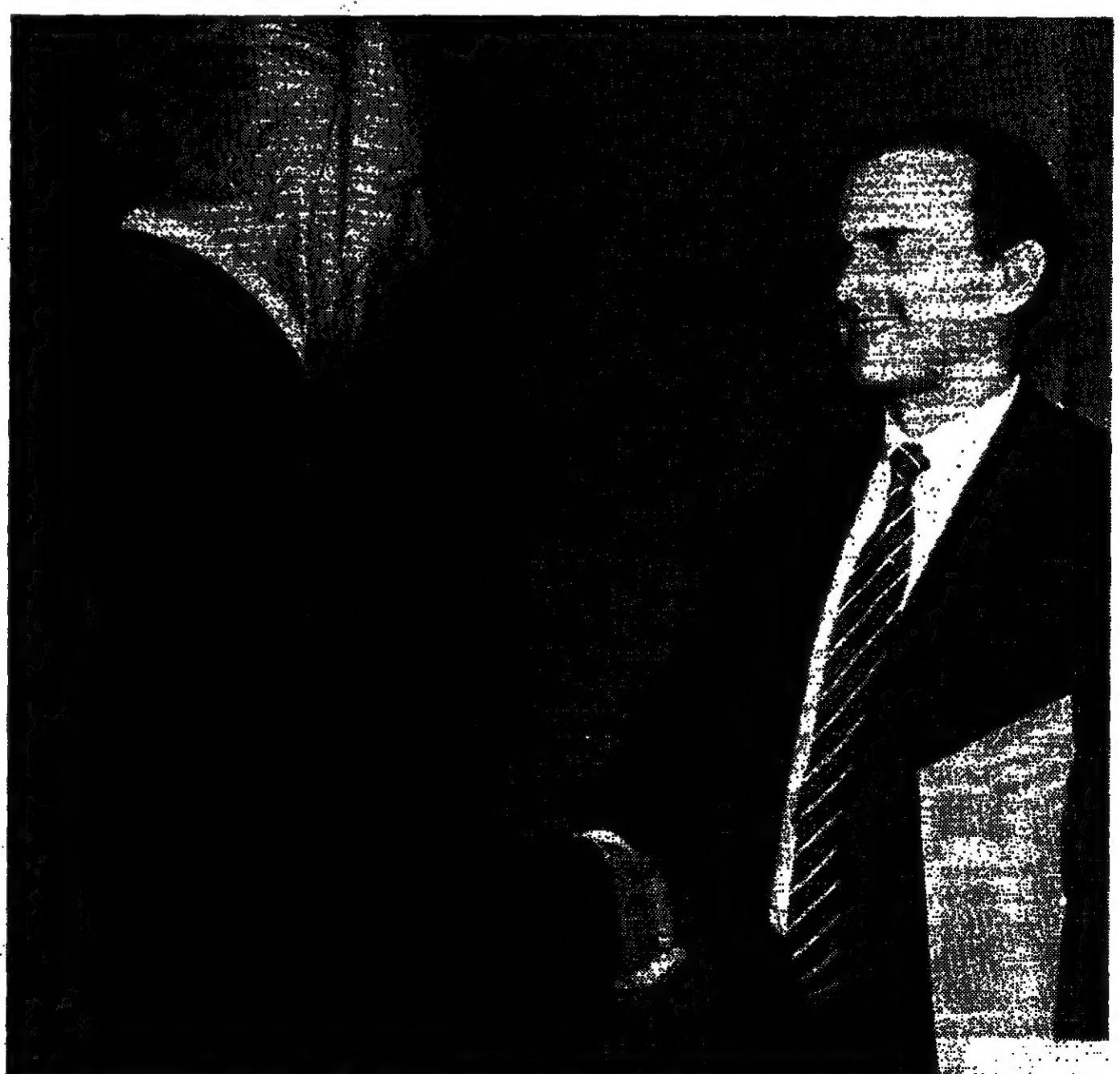
## Der neue Audi 200 ist nicht nur technisch Spitzenklasse.

Der neue Audi 200 überraschte und überzeugte die Fachwelt auf der ganzen Linie. Er

bekam bei den Wertungspunkten Motor und Leistung, innere Sicherheit und Ausstattung und beim optischen Eindruck jeweils die beste Wertung in der Spitzenklasse. Mit deutlichem Abstand vor den namhaften Wettbewerbern. Und auch sein technologischer Wert, seine Wirtschaftlichkeit und Fahrersicherheit wurden besonders hoch eingestuft. Das brachte dem neuen Audi 200 verdientmaßen - zusammen mit einem anderen Fahrzeug der deutschen Spitzenklasse - den ersten Platz ein und damit als Auszeichnung das „Goldene Lenkrad“.

## Das stärkste Argument in der Spitzenklasse.

Die Auszeichnung des neuen Audi 200 ist wieder ein Beweis für die technische Höchstleistung von Audi und setzt die Serie der Erfolge fort: Nach der Sensation des Audi Quattro, der mit seinem permanenten Allradantrieb die Rallye-Markenweltmeisterschaft 1982 gewann. Und mit dem 1983



Ferdinand Piëch, Vorstandsmitglied der Audi NSU Auto Union AG und verantwortlich für die technische Entwicklung, nimmt den begehrtesten Preis „Das Goldene Lenkrad“ für den Sieg des Audi 200 Turbo entgegen. Damit holte sich Audi diese Auszeichnung seit 1976 schon zum 6. Mal.



Der neue Audi 200 Turbo, eine der schnellsten Limousinen der Welt, wurde kritisch unter die Lupe genommen. Er überzeugte die internationale Jury auf der ganzen Linie und ist damit der jüngste Beweis für Vorsprung durch Technik von Audi.

die Rallye-Fahrerweltmeisterschaft gewonnen wurde. Nach der Entwicklung des neuen Audi 100, der mit seinem hervorragenden aerodynamischen Design und überlegenen Fahrleistungen die begehrtesten Auszeichnungen bekam. Und jetzt der große

Erfolg des neuen Audi 200, der mit bemerkenswerter Technik und ungewöhnlichem Komfort Schlagzeilen macht. Er hat in seiner Klasse die weltbesten aerodynamischen Eigenschaften, einen extrem niedrigen Kraftstoffverbrauch, eine der großzügigsten

serienmäßigen Ausstattungen und ein einmalig großes Raumangebot, und er ist eine der schnellsten Limousinen der Welt. Der jüngste Beweis für technologischen Fortschritt und Innovation von Audi.

Audi. Vorsprung durch Technik.









Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen  
(Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:  
DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36



## Kommission legt Vorschläge für Harmonisierung der Renten vor

Über „Neuregelung der Besteuerung von Alterseinkommen“ keine Einigung erzielt

**GISELA REINERS, Bonn**  
Eine Sachverständigenkommission zur Harmonisierung der Alterssicherungssysteme hat vorgeschlagen, daß sich Beamte schrittweise an der Finanzierung ihrer Alterssicherung beteiligen sollen. Entsprechende Gehaltsanteile der Beamten sollten in ihren Bezügen offen ausgewiesen werden. Nach Ansicht der Kommission sollten sich die Beiträge an den Bruttoeinkommen bemessen, um einen gleichgerichteten Verlauf der künftigen Entwicklung in der Beamtenversorgung und der gesetzlichen Rentenversicherung herbeizuführen.

Die Kommission unter Leitung der Professoren Helmuth Meinhof und Hans-Jürgen Krupp war 1981 eingesetzt worden, um Vorschläge zu erarbeiten, wie die bestehenden Alterssicherungssysteme besser aufeinander abgestimmt werden könnten, um die Leistungsfähigkeit „angesichts der sich verändernden wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen“ zu erhalten. Offenbar hat es in der 20köpfigen Kommission zahlreiche Meinungen gegeben, die

schwer auf einen Nenner zu bringen waren. In der Frage „Neuregelung der Besteuerung von Alterseinkommen“ konnte keine Übereinstimmung erzielt werden. Der Bundesregierung wird vorgeworfen, keinen Referentenentwurf zur Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung und der sozialen Sicherung der Frau vorgelegt zu haben.

Die Kommission macht jedoch deutlich, daß „aktueller, sofortiger Handlungsbedarf“ in Sachen Harmonisierung der Alterssicherung besteht, weil die Vorschläge tiefe Struktur- und Leistungsänderungen notwendig machen.

Neben den Beiträgen von Beamten schlägt die Kommission vor, die für die Pension anrechnungsfähigen Zeiten „von Anfang bis Ende“ gleich, also linear, zu behandeln. Die Mehrheit spricht sich für eine volle Harmonisierung der Anrechnung und Bewertung beitragsloser Zeiten in der Rentenversicherung wie in der Beamten- und in der Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst aus. Auch sollten die Möglichkeiten des Hinzuverdienstes vereinheitlicht und dyna-

misiert werden. Die den öffentlichen Dienst betreffenden Vorschläge werden von einer Minderheit wegen verfassungsrechtlicher Bedenken abgelehnt.

Da die Zusatzversorgung für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst eingeführt worden sei, um sie gegenüber Beamten nicht zu benachteiligen, müßten umgekehrt alle Veränderungen bei der Beamtenversorgung sich auf die Zusatzversorgung auswirken. Abweichungen seien bei Abgeordneten und Ministern zulässig.

Für den Fall einer Neuregelung der Besteuerung werden drei Modelle zur Wahl gestellt: die modifizierte Ertragsanteilsteuern; die Vollbesteuerung mit Sonderfreibeträgen; und eine „belastungsäquivalente“ Rentenformel, d. h., hohe Renten steigen weniger stark als niedrige. Für den Fall, daß man sich für eines der ersten zwei Modelle entscheidet, müßte durch flankierende Gesetze sichergestellt werden, daß das Geld aus dem Steueraufkommen wieder in die Rentenkasse fließe.

## Bonn wagt Satelliten-Alleingang

Postminister gibt deutschem Firmenkonsortium Auftrag über 815 Millionen Mark

**KAREN SÖHLER, Bonn**  
Im Alleingang will die Bundesregierung bis 1987 ein nationales Satelliten-System aufbauen. Wie Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling gestern in Bonn erklärte, sei ein entsprechender Vertrag Anfang der Woche unterzeichnet worden. Vergeben ist der Auftrag an ein rein deutsches Industriekonsortium.

Für 815 Millionen Mark – das Haushaltsvolumen der Bundespost beträgt im kommenden Jahr 66,9 Milliarden Mark – sollen die beteiligten Firmen ANT Nachrichtentechnik, MBB/Erno GmbH und Standard Elektrik Lorenz AG unter der Führung der Siemens AG zwei Betriebs- und einen Ersatz-Satelliten sowie 34 Erdstationen entwickeln und herstellen. Welcher Anteil den einzelnen Unternehmen zufließen wird, ist bislang noch ungeklärt. Fest steht nur, daß ausländische Zulieferfirmen mit

etwa 15 Prozent an dem Geschäft partizipieren. Es sind vor allem französische, italienische und amerikanische.

Begründet wird der nationale Alleingang unterschiedlich. Während ein Sprecher der Siemens AG vor allem von Prestigegegründen sprach, verwies der Postminister darauf, daß der deutschen Wirtschaft damit ein Dienst erwiesen werde: Sie habe durch diesen Auftrag die Möglichkeit, ihre Leistungsfähigkeit auf dem Sektor Informations- und Kommunikationstechnik zu beweisen. Mit dieser Überlegung habe er auch den Auftrag direkt vergeben, unter Ausschluß des internationalen Wettbewerbs. Das Geschäft sei den beteiligten Unternehmen quasi in den Schoß gefallen. Allerdings, betonte Schwarz-Schilling, sei diese Form der Auftragsvergabe einmalig und bleibe es auch. Bei allen folgenden

Projekten müsse sich die deutsche Wirtschaft dem Wettbewerb stellen.

Mit dem Auftrag soll ein Fundament geschaffen werden, von dem aus weitere internationale Aufträge ins Land gezogen werden können. Auf die „Mund-zu-Mund-Propaganda“ will der Postminister sich dabei nicht verlassen. Eine Gesellschaft, die das neue System vermarkten hilft, soll gegründet werden: die Gest – German Satellit.

Außer einem kleinen Knaul wird der Verbraucher von diesem Abschluß allerdings nichts weiter bemerken. Die Qualität der Telefongespräche, der Text- und der Datenübermittlungen, die über das neue digitale Fernmeldesystem laufen, mag sich in Nuancen verbessern. Eine neue Dienstleistung wird jedoch nicht geboten. Aber: Die Bundesrepublik kann ab 1987 auf ein eigenes Prunkstück im All verweisen.

## US-Kriegsschiffe beschießen Syrer in Mittellibanon

dpa/AP/AF, Beirut

Die vor der libanesischen Küste liegenden amerikanischen Kriegsschiffe haben am Dienstag Stellungen in dem von Syrien kontrollierten Gebirgsnastiv in Mittel-Libanon beschossen. Dies meldete der staatliche libanesischen Rundfunk. Die palästinensischen Gegner des PLO-Chefs Arafat wollen ihn und seine 4000 Gefolgsleute mit Gewalt aus der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli vertreiben, wenn die für den Abzug festgelegte Zwei-Wochen-Frist verstreicht. Ein Sprecher der PLO-Rebellen beschuldigte Arafat, den Abzug absichtlich zu verzögern, indem er immer neue Forderungen nach Schutzgarantien stelle. Frankreich bemüht sich angeblich in Kontakten zu den USA und Israel um eine Aufhebung der israelischen Seeblockade vor Tripoli.

In Washington bekräftigte die US-Regierung, daß sie israelischen Einwänden zum Trotz die baldige Evaluierung der Arafat-Einheiten unterstützen wird. In Riad erklärte ein Sprecher Arafats, die PLO hoffe, daß Syrien die Evakuierung aus Tripoli über syrisches Gebiet ermöglichen wird. Bisher war von einer Evakuierung auf dem Seewege die Rede.

## Tarifverhandlung ergebnislos

AP, Hamburg/Balingen

Die ersten regionalen Manteltarifverhandlungen in der Metallindustrie der Bundesrepublik Deutschland über die von der Industrie gewerkelt Metall geforderte 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich sind nach zweistündiger Dauer gestern ergebnislos auf den 17. Januar vertagt worden. Sowohl bei den Gesprächen in Hamburg für die 138 000 Metallarbeiter in der Hansestadt und Schleswig-Holstein als auch in Balingen für die 125 000 Beschäftigten im Tarifbezirk Süd-Württemberg-Hohenlohe gab es nach Angaben des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und der Gewerkschaft keine Annäherung der kontroversen Standpunkte. Bei den Verhandlungen in Hamburg bekräftigten die Gewerkschaftsvertreter ihre Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

## „EG soll auf zweiter Konferenz in Messina neuen Anfang machen“

Ratspräsident Papandreu mahnt zu Einigkeit über die wirklichen Ziele der Gemeinschaft

**ULRICH LÜKE, Straßburg**  
Der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreu hat gestern vor dem Straßburger Europaparlament in aller Schönmöglichkeit die Krise der Europäischen Gemeinschaft und das Scheitern des Athener EG-Gipfelfesthaltens vor einer Woche eingestanden. Nur „unter Bedingungen der Krise und des vollständigen Fehlschlags“, so sagte Papandreu, lasse sich in der heutigen EG offenbar der notwendige Impuls für eine grundlegende Reform der Gemeinschaft finden. Seit Jahren habe sich in der EG die Unsicherheit eingeprägt, Entscheidungen nicht um fünf vor zwölf, sondern um fünf nach zwölf zu treffen. Die französische Präsidentschaft, die am 1. Januar die EG-Geschäfte übernimmt, stehe jetzt zwischen diesen beiden Zeitpunkten.

Papandreu regte erneut eine zweite Konferenz von Messina an. Auf der ersten war in den fünfziger Jahren

der Grundstein für die EWG gelegt worden. Der wahre Grund für das Scheitern des Athener Gipfels liegt nach Papandreu Ansicht nicht im Streit um Milchquoten und Festsetzungen, sondern in der tiefgreifenden Uneinigkeit der einzelnen EG-Mitglieder über die wirklichen Ziele der Gemeinschaft. Die einen wollten eigentlich nur einen Zollverein – hier meinte Papandreu wohl die reichen nördlichen Mitgliedstaaten. Die anderen, wozu er offenbar sein Land rechnet, wollten eine wirklich solidarische Gemeinschaft in zahlreichen Bereichen.

Der griechische Ratspräsident kritisierte in scharfen Worten, daß die Gemeinschaft in den letzten Jahren „so gut wie nichts“ im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geleistet habe, daß sie „so gut wie nichts“ zum Abbau des technologischen Rückstands der Europäer gegenüber den Japanern und Amerikanern und zum Ab-

bau des Wohlstandesgefälles zwischen armen und reichen Ländern in der Gemeinschaft beigetragen habe.

Völlig offen ist nach den zweitägigen Beratungen des Europaparlaments über den EG-Haushalt 1984 der Ausgang der Schlußabstimmung am Donnerstag. Gestern Abend begannen letzte Kompromißgespräche zwischen EG-Kommission, Ministerrat und dem Parlament. Möglicherweise findet heute in Straßburg eine Sondersitzung des Finanzministerrates statt. Das Parlament hatte in der ersten Lesung des 57-Milliarden-Mark-Entwurfs im Oktober ultimativ gefordert, fünf Prozent der Agrarmittel und die rund 1,7 Milliarden Mark Beitragsrückstattung für Großbritannien zu blockieren, bis eine langfristige Lösung der Agrar- und Finanzprobleme der Gemeinschaft gefunden worden ist.

Seite 2: Sachs ist kein Tabu mehr  
Seite 5, Seite 14: Weitere Beiträge

## Warschau greift jetzt schärfer durch

20 Oppositionelle verhaftet / „Radio Solidarnosc“ ruft zu Kundgebungen am Freitag auf

**DW, Warschau**  
Der polnische Arbeiterführer Lech Wałęsa hat gestern die goldene Medaille des Friedensnobelpreises der Schweden Madonna von Tschestochau geweiht. Etwa 300 Menschen nahmen am Morgen an der feierlichen Messe im Nationalheiligtum der Polen teil. Der Seelsorger Wałęsa, Pfarrer Henryk Jankowski, versicherte in seiner Predigt, in Wałęsa sei die ganze polnische Nation ausgedrückt worden.

Er erinnerte daran, daß die Zeremonie der Weihe auf den zweiten Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 falle und rief erneut zu einem Dialog über alle ideologischen Gegensätze hinweg auf.

Die polnische Regierung hat unterdessen zum wiederholten Mal Verhandlungen mit dem Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc“ abgelehnt. Regierungssprecher Jerzy Urban bezeichnete Wałęsa als polnischen Sprecher amerikanischer Interessen. Urban bestätigte außerdem,

daß der Warschauer Priester Jerzy Popieluszko sich seit Montag mittig in einem Warschauer Gefängnis in „Polizeigewahrsam“, jedoch nicht in Haft befindet. Dem für sein Eintreten für die Demokratie bekannten Priester wird vorgeworfen, durch Predigten zugunsten der „Solidarnosc“ die Religionsfreiheit mißbraucht zu haben.

Am Montag hat „Radio Solidarnosc“ in einer etwa fünf Minuten dauernden Sendung zur Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen am 16. Dezember aufgefordert, zu denen die Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft aufgerufen hatte. Der 16. Dezember ist der Jahrestag der Arbeiteraufstände von 1970 und 1981, die in der Folge von Erhöhungen der Lebensmittelpreise entstanden waren.

Die Warschauer Regierung hat indes überall im Lande die Sicherheitsmaßnahmen verschärft. Unter Vorsitz von General Jaruzelski tagte am Montag das Komitee für Landesverteidigung. Die Polizei gab die Festnahme von mehr als 20 Angehörigen der politischen Opposition in Warschau, Bromberg, Katowitz und Waidenburg bekannt. Ihnen wird Widerstandstätigkeit im Untergrund vorgeworfen.

H. M., Köln

Trotz der Verurteilungskampagne der Regierung habe sich die „Solidarnosc“ in Polen weiter festigen können; es entstehen sogar „neue Zellen und Strukturen“. Das erklärte gestern der Vorsitzende des Hilfskomitees „Solidarnosc“, Andrzej Wyrka, in Köln. Seine Informationen beziehen er nach eigenen Angaben direkt aus dem polnischen Untergrund. Aus seiner vom polnischen Helsinki-Komitee verfaßten Analyse der Situation seit Abschaffung des Kriegsrechts und einer von der einstweiligen Koordinationskommission der „Solidarnosc“ erstellten Lagebeschreibung der Gewerkschaften in Polen geht nach Wyrka die „Unvereinbarkeit der Verordnungen für die polnischen Gewerkschaften mit den internationalen Bestimmungen“ hervor.

## Genscher: Den Anschluß gewinnen...

Fortsetzung von Seite 1

be es dort die Möglichkeit, für risiko- bereite junge Unternehmer das nötige Kapital zur Betriebsgründung zu erhalten. Beide Vordriller wandelte Genscher auf die Bundesrepublik Deutschland ab und verlangte die Gründung privater Elite-Hochschulen sowie entscheidende staatliche Anstöße durch Schaffung gesetzlicher und steuerlicher Rahmenbedingungen für die Gründung von Unternehmen mit Risikokapital.

Der FDP-Vorsitzende stellte fest, dieses Risikokapital sei bei uns vorhanden, nur legten die Risikokapitalgeber ihr Geld „in Baubankmodellen oder in texanischen Ölbohrschürern an“.

Als am schwierigsten zu lösen bezeichnete der Minister in seiner Rede vor der BDA die Frage, wie sich genügend Menschen finden, „die die Chance und das Risiko einer selbstständigen Existenz der Nestwärme des Beamten- und Angestelltenstandes vorziehen“. Deshalb gehöre zur geistigen Wende in der Bundesrepublik Deutschland auch der Aufbruch von der Anspruchs- zur Verantwortungsgesellschaft. Voraussetzung für risikobereite Menschen ist deshalb nach seiner Darstellung ein leistungsfähiges, auf die Zukunft orientiertes Bildungs- und Forschungssystem.

In der Schul- und Berufsschulpolitik sei es nötig, die Vertrautheit mit der Technik zu einem Ziel der Allge-

meinbildung zu machen. In der Universitäts- und Forschungspolitik sollten, so Genscher, naturwissenschaftliche Spitzenleistungen nachhaltig gefördert werden. Genscher sagte: „Die Wende muß in den Schulen beginnen. Die Schule soll erziehen zu Toleranz, zu Leistungen und Verantwortungsbereitschaft und zum sozialen Engagement.“ Sie dürfe nicht zum ideologischen Ausbildungsplatz für politische Veränderungen werden. Als eine der Ursachen für die „Irrationale Technologieförderung“ der Menschen nannte er die Abschottung der Schulen von der technischen Entwicklung.

Als „Gebot der Stunde“ bezeichnete er deshalb sowohl die Förderung privater Universitäten als auch privater Schulen. Neue Impulse seien von der Konkurrenz zwischen privaten und öffentlichen Hochschulen zu erwarten. Schließlich regte Genscher auch die Schaffung von zwei privaten naturwissenschaftlichen „Elite-Instituten“ an, die sich jeweils auf Mikroelektronik/Optoelektronik sowie Biotechnik konzentrieren sollten.

Eine langanhaltende Konflikt um die wöchentliche Arbeitszeit würde nach Ansicht von Arbeitgeber-Präsident Otto Esser, der gestern auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung in Bonn einstimmig für zwei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt wurde, die Aussichten auf eine bessere wirtschaftliche Entwick-

lung zunichte machen und schlimme Auswirkungen auf das Wachstum und den Arbeitsmarkt haben. Esser wörtlich: „Wir wollen diesen Konflikt nicht, aber wir werden ihn annehmen, wenn er uns aufgezungen werden sollte. Und wir werden ihn dann gemeinsam annehmen.“

Die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bezeichnete Esser als verhängnisvoll. Die mit der Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich verbundenen Kosten der Unternehmen würden die Beschäftigung nicht fördern, sondern vermindern. In der Bundesrepublik sei Arbeit in vielen Bereichen bereits unbezahlbar geworden. Es habe für ihn etwas Abscheuliches, eine Verbesserung der Beschäftigungslage davon zu erhoffen, daß man die Arbeit weiter – und zwar dramatisch – verteuere. Die unternehmerische Wirtschaft dürfe dies nicht zulassen.

Die Arbeitgeber böten jetzt den Gewerkschaften Verhandlungen über die Vorrückstufungsregelung an. Diese Initiative entspringe der Einstellung, nach Möglichkeit junge Menschen in dadurch freierwerdende Arbeitsplätze zu bringen. Dabei müsse die beiderseitige Freiwilligkeit gewährleistet sein. Sie sei auch auf der Arbeitgeberseite unverzichtbar, weil nur so den betrieblichen Notwendigkeiten, besonders der kleinen und mittleren Unternehmen, Rechnung getragen werden könnte.

## Kohl entscheidet, ob Lambsdorff im Amt bleibt

Fortsetzung von Seite 1

treffe, von der CSU nicht kommentiert.

Namhafte CSU-Politiker, die in Bonn wichtige Ämter und Funktionen haben, nahmen in Gesprächen Graf Lambsdorff ausdrücklich in Schutz und plädierten dafür, die nächsten Monate bis zur Entscheidung über eine Eröffnung des Hauptverfahrens „durchzustehen“. Freilich, auch darüber gibt es zwischen Kohl und Lambsdorff und den Koalitionsparteien FDP, CDU und CSU Übereinstimmung der Minister müsse zurücktreten, falls das Verfahren gegen ihn zugelassen werde.

CDU und CSU, die in den letzten Tagen häufig zu hören, wünschen allerdings den Verbleib von Graf Lambsdorff in diesem Ministeramt auch deshalb, weil die FDP mit ihm eben jene Koalitionspartei darstelle, die man sich gewünscht habe. Ohne Graf Lambsdorff würde, so lauten Argumente, die FDP ein „anderes Gesicht“ erhalten und programmatisch möglicherweise in eine andere Richtung streben. Das Profil als liberale Wirtschaftspartei wäre ohne den Minister kaum aufrechtzuerhalten.

Ratschläge an Graf Lambsdorff, sein Amt zur Verfügung zu stellen und in einem Hauptverfahren einen „sauberen Freispruch“ zu erzielen,

werden, auch in der CSU, als grotesk und lebensfern betrachtet.

In der Union rechnet man damit, daß – falls es doch zu einem Rücktritt von Graf Lambsdorff früher oder später kommen sollte – die FDP die Wiederbesetzung dieses Ressorts zu einer „Koalitionstrage“ machen werde. Allerdings, so ist vor allem in der CSU zu hören, müsse darüber im Kreis der Koalitionsparteien gesprochen werden, denn es gebe für diesen Fall weder schriftliche noch mündliche Koalitionsvereinbarungen. Die Zuordnung der Ministerämter sei „nach Personen“ erfolgt.

Ermittlungen aufgenommen

**AP, Hamburg**  
Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat gestern ihre Ermittlungen gegen die Verantwortlichen im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ aufgenommen, gegen die der Verdacht besteht, im Zusammenhang mit dem jüngsten „Spiegel“-Bericht über die Flick-Spendenaffäre gegen den Paragrafen 353 des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben. Der „Spiegel“ hatte über die Anklageschriften gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, den früheren Wirtschaftsminister Hans-Friedrichs, den ehemaligen nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer, den einstigen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch und den

Unternehmer Manfred Nemitz berichtet.

Der Hamburger Oberstaatsanwalt Peter Beck teilte mit, daß ein Beauftragter der Staatsanwaltschaft Bonn gestern in Hamburg die Anklageschriften im Fall Brauchitsch, Nemitz, Friedrichs und Riemer vorgelegt habe. Bei der anstehenden Prüfung gehe es auch darum, daß es sich bei dem „Spiegel“-Bericht nicht um Veröffentlichungen aus der Anklageschrift gegen Minister Lambsdorff handle. Die Staatsanwaltschaft werde jetzt die Anklageschriften während der kommenden Tage mit dem „Spiegel“-Bericht vergleichen. „Dann muß man sehen, was das für ein Ergebnis hat“, sagte Beck.

In Mißkredit geraten

**HANS-JÜRGEN MAHNEKE, Köln**

„Wir werden in den USA als Bananenrepublik angesehen“, erklärte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelslages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, zu vorgelegter Stunde gegenüber Journalisten im Kölner Altstadt-Restaurant „Die Keule“, als er auch auf die Parteidspenden-Affäre in der Bundesrepublik einging. Angesprochen auf Berichte über Bargeldübergaben an deutsche Politiker meinte er, das

Schlimmste sei der Mißkredit, in dem die Bundesrepublik dadurch in den Vereinigten Staaten gerate. Angesichts der Summen, die gesandt werden, siehe die Bundesrepublik in den Augen mancher Amerikaner nicht besser da als San Salvador.

Wolff sprach von unmöglichen Verhältnissen. Er prangerte die Parteidspendenpraxis in der Bundesrepublik scharf an. Zu der ganzen Angelegenheit sei es nur gekommen, weil über lange Zeit kein vernünftiges System für die Parteienfinanzierung habe gefunden werden können. Auf den Fall Flick selbst wollte Wolff nicht eingehen.

„Sehr bedauern“ würde Wolff einen Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Es sei schade, wenn „ein solcher Mann, der in schwierigen Zeiten so entschlossen marktwirtschaftliche Thesen vertreten hat, über diesen Fall stolpern sollte“. Der DIHT-Präsident meinte allerdings auch, ein unter Anklage stehender Minister könne sein Amt nicht voll wahrnehmen und sei „eigentlich untragbar“.

Wolff wies jedoch auch auf die internationalen Folgen eines eventuellen Rücktritts hin: „Ganz zweifellos würde ein solcher Schritt sowohl in den USA als auch in der Sowjetunion beträchtliche Verunsicherung schaffen.“

# Finanzierungs-Schätze: kurze Laufzeit - gute Zinsen

Sie suchen eine gewinnbringende Geldanlage. Aber Sie möchten Ihr Geld nicht lange festlegen. Sie können beides haben: kurze Laufzeit von 1 oder 2 Jahren und sicheren, festen Zinsgewinn mit Finanzierungs-Schätzen des Bundes.

Sie zahlen z. B. 868,- DM ein und erhalten nach zwei Jahren 1000,- DM zurück. Ihr Zinsertrag: 132,- DM. Das sind 7,33% Rendite pro Jahr. Bei einjähriger Laufzeit beträgt



die Rendite 6,04% (heutige Zinsverhältnisse).

Eine vorzeitige Rückgabe ist nicht möglich. Finanzierungs-Schätze gibt es ab 1.000,- DM bei allen Landeszentralbanken, bei Banken und Sparkassen. Dort erhalten Sie auch ausführlichere Informationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

Die „kurz & gut“ Anlage

Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28 - 8000 Frankfurt, Tel. (06 11) 55 07 07 schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere.

Name:

Adresse:

هنا من لا حول



...die Wirtschaft...  
...die Wirtschaft...  
...die Wirtschaft...

...härfer durch  
...Kundgebungen am...

...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...

...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...

...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...

...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...

...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...

...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...  
...der Wirtschaft...

## Faire Lösung

**fa (London)** – Bereits am 1. April kommenden Jahres will die Regierung in London den ersten Schritt zur Privatisierung der Fluggesellschaft British Airways unternehmen. Sie wird eine neue Gesellschaft bilden, die British Airways plc, die mit einem Anfangskapital von 50 000 Pfund ausgestattet wird. Die Privatisierung selbst erfolgt voraussichtlich schon im Frühjahr 1985.

Doch wichtiger als diese Fakten selbst ist die Tatsache, daß die Regierung bereits jetzt einige der Beschwerden der privaten Konkurrenz über unfaire Wettbewerbsbedingungen nach einer Privatisierung von British Airways anerkennt – zumindest indirekt. Jedenfalls hat sie die Zivilflugverkehrsbehörde des Landes aufgefordert, umgehend den Luftfahrtmarkt unter den Gesichtspunkten einer übermäßigen privaten British Airways unter die Lupe zu nehmen.

Dieser Ansatz ist sicher richtig. Denn immerhin kontrolliert der Staat etwa 80 Prozent des Luftverkehrsaufkommens in Großbritannien. Eingedeckelt mit den lukrativsten und gewinnträchtigsten Strecken würde die mit der Privatisierung von British Airways pte. kleine Konkurrenz höchstwahrscheinlich bald ins Trudeln kommen lassen. Warum sollte also nicht den anderen

## Grüne Milliarden

**Wh.** – Jede zehnte Investitionsmark der deutschen Chemie floß 1982 in den Umweltschutz. Insgesamt wurde ein Volumen von 671 Millionen erreicht, sieben Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Doch damit waren die „grünen Ausgaben“ noch nicht am Ende. Die Investitionen der vorangegangenen Jahre – immerhin fast 5 Milliarden Mark seit 1974 – „räckten“ sich in Gestalt laufender Kosten für den Betrieb der Umweltschutzanlagen in der ansehnlichen Höhe von 2,8 Milliarden Mark, noch einmal zwei Prozent mehr als 1981. Damit wurden zwei Prozent vom Umsatz nur für den laufenden Aufwand ausgegeben, deutlich mehr, als die Chemie in den vergangenen Jahren an Erträgen vorweisen hatte, von den Dividenden ganz zu schweigen.

Und in diesem Jahr, so rechnet die Branche, dürfte das Vorjahresniveau erneut überschritten werden. In der Chemie scheint man sich aber mit der Notwendigkeit solcher Belastungen inzwischen abgefunden zu haben. Inwiefern wäre es freilich, wenn umgekehrt wäre die Umweltbewußtsein der Nation einmal die erbrachten Leistungen zur Kenntnis nähmen.

## EINZELHANDEL / Mit Zuversicht ins kommende Jahr

### Der scharfe Wettbewerb sorgte weiter für Ruhe an der Preisfront

**INGE ADHAM, Frankfurt**

Die Preise im Einzelhandel werden im nächsten halben Jahr voraussichtlich nicht schneller steigen als 1983. Dafür sorgt einmal eine moderate Entwicklung bei den Einkaufspreisen des Handels, aber auch die zunehmend preisbewußter einkaufenden Kunden, um deren Gunst der Handel mit zunehmender Schärfe im Wettbewerb untereinander steht.

Durchschnittlich zwei bis drei Prozent mehr mußten die Einkäufer des Handels für jene Waren bezahlen, die längerfristig bestellt und im ersten Halbjahr 1984 verkauft werden. Diese Steigerung liegt nur leicht über der des zweiten Halbjahres 1983 (plus 1,5 bis 2,5 Prozent). Nicht enthalten sind in diesen Preisen die Frischwaren, die kurzfristig eingekauft werden und deren Preise saisonalen Schwankungen folgen.

Bei der Vorlage der Einkaufspreis-Statistik, die bei Fernsehgeräten, Hi-Fi-Komponenten, Taschenrechnern, Kleincomputern, Digitaluhren und Wein sogar billigeren Zeiten signalisiert, erinnerte Heinrich W. Heyer, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG), daran, daß damit die Verkaufspreise noch nicht festliegen. Allein der Wettbewerb entscheidet darüber, was an Preissteigerungen weitergegeben werden kann“, betonte Heyer. Und daß dieser überaus scharf ist, verdeutlicht auch die Tatsache, daß es dem Handel bisher nicht gelungen ist, die Mehrwertsteuer-Erhöhung vom 1. Juli voll an seine Kunden weiterzugeben.

Insgesamt wird der Einzelhandel ohne Kraftfahrzeughandel, Mineral-

öl, Brennstoffe und Apothekenumsätze in diesem Jahr 356 Milliarden DM umsetzen. Das ist bei Preissteigerungen von 2,5 Prozent real ein Minus von einem halben Prozent. Wieder 19 Milliarden Mark davon werden übrigens auf das Weihnachtsgeschäft entfallen, das sich von einer besseren Seite zeigt als ursprünglich angenommen. Mit einem Umsatzplus von 1,7 Prozent sind die vier Warenhauskonzerne dabei in diesem Jahr wieder im Gleichschritt mit dem übrigen Einzelhandel marschiert, dagegen mußte der Versandhandel mit einem Rückgang von drei Prozent nach Jahren des Wachstums erstmals deutlich Federn lassen.

Trotz der moderaten und in den einzelnen Sparten durchaus differenzierten Entwicklung – bei Getränken und Tabakwaren zum Beispiel stieg der Umsatz nominal nur um ein Prozent – sind die 1800 Mitgliedsunternehmen der BAG, die rund zehn Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes auf sich vereinen, recht zufrieden. Sie hatten eine schwächere Entwicklung befürchtet. Besonders im zweiten Halbjahr hat der private Verbrauch zur Stabilisierung der Konjunktur und ihrer Belebung beigetragen, betonte Heyer, der freilich auch einräumte, daß man „bescheiden“ geworden sei. Immerhin konnten 65 Prozent der BAG-Mitgliedsbetriebe (40 Prozent davon sind Kauf- und Warenhäuser) für das zweite Halbjahr 1983 von steigenden Umsätzen berichten, erwarteten hatten das aber nur 40 Prozent. Das sorgte auch dafür, daß der Beschäftigtenabbau bei den BAG-Mitgliedern mit 2,5 Prozent auf rund 260 000 Mitarbeiter geringer blieb als befürchtet.

In das neue Jahr gehen die Mitgliedsfirmen, wie Heyer betonte, mit einer gewissen Zuversicht. Eine Verschlechterung werde von niemand befürchtet, 30 Prozent rechnen mit höheren Umsatzsteigerungen als 1983, 70 Prozent mit gleichen Steigerungsraten. Beim Ertrag freilich klemmt es noch im Handel. Deshalb liegt das Schwerkraft der geplanten Investitionen nach wie vor bei der Rationalisierung.

Eine grundlegende Verbesserung der Ertragskraft der Unternehmen hält Heyer aber nur für möglich, wenn es gelinge, ein „weniger beschäftigungsfreudiges Sozialsystem und ein insgesamt investitionsfreundlicheres Steuersystem“ durchzusetzen. Ansätze seien zwar vorhanden, „allerdings scheinen die Zusammenhänge zwischen Ertragskraft der Wirtschaft, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung nicht überall bekannt zu sein“, monierte Heyer. Mit niedrigen Preissteigerungen, bei einem niedrigen Zinsniveau und einem sich festigenden Vertrauen in die Wirtschaftspolitik gehe man aber mit Zuversicht in das nächste Jahr.

## AGRAPOLITIK

### Heereman: Die Bauern haben keinen Grund zum Jubeln

**HANS-J. MAHNKE, Bonn**

Trotz eines „Bombenergebnisses“ rechnet der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Heereman, mit neuen Unruhen in der Landwirtschaft. Immerhin ist der Gewinn je Familienarbeitskraft im Wirtschaftsjahr 1982/83, das am 30. Juni beendet wurde, nach den jetzt vom Verband vorgelegten Zahlen um 28,6 Prozent auf 24 585 Mark gestiegen. Für das laufende Wirtschaftsjahr 1983/84 sagt Heereman den vollen Abbau dieses Zuwachses bereits jetzt voraus. „Es besteht überhaupt kein Grund zum Jubeln, zumal im laufenden Wirtschaftsjahr die landwirtschaftliche Nettowertschöpfung je Arbeitskraft nur knapp das niedrige Niveau aus dem Jahre 1981/82 erreichen wird“, betonte Heereman in Bonn.

Nach dem jetzt veröffentlichten Situationsbericht hat der Gewinn je Familienarbeitskraft im Wirtschaftsjahr 1982/83 real um 20 Prozent unter dem bereits 1975/76 erreichten Niveau gelegen. Trotz der Zunahme blieb der Gewinn je Familienarbeitskraft im abgelaufenen Wirtschaftsjahr nach Angaben des Verbandes um mehr als 25 Prozent unter dem gewerblichen Vergleichslohn, eine Rechnung, deren Aussagekraft von den Experten des Landwirtschaftsministeriums bezweifelt wird.

Ausschlaggebend für den Anstieg im letzten Wirtschaftsjahr sei das Zusammenspiel günstiger Einzelfaktoren gewesen. So seien die Aufwendungen für Energie, Dünger und Fut-

## Entwicklungshilfe in Not

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Um die Entwicklungshilfe ist es schlecht bestellt. Die Hilfsbereitschaft der Geberländer hat in letzter Zeit beträchtlich nachgelassen. Das überrascht etwas, weil es den meisten Ländern wieder besser geht. Bahnt sich doch nach der Krise der letzten Jahre ein Wirtschaftsaufschwung an, der eigentlich verstärkte Leistungen an die Entwicklungsländer erlauben sollte.

Aber gerade die Vereinigten Staaten, die gegenwärtig die höchste Wachstumsrate aufweisen, sind besonders zurückhaltend. Sowohl im DAC, dem Entwicklungshilfeausschuß der OECD, in dem die 17 reichsten westlichen Industriestaaten ihre Leistungen abstimmen, als auch in der 33 Geberländer umfassenden Weltbankkredit-IDA, die langfristige Kredite zinslos an die ärmsten Entwicklungsländer gewährt, haben die USA überraschend starke Ausgabeneinsparungen angekündigt.

Hier wie dort bleiben sie zwar weiterhin den absoluten Beträgen nach das größte Geberland. An ihrer Wirtschaftskraft gemessen liegt die öffentliche Entwicklungshilfe der USA aber weit unter dem Durchschnitt. Sie erreichte 1982 gerade 0,23 Prozent des amerikanischen Sozialprodukts gegenüber noch 0,25 Prozent 1977, während alle DAC-Staaten zusammen genommen 0,37 nach 0,33 Prozent erreichten. 1985 wollen die USA nur noch 0,20 Prozent bereitstellen.

## AUF EIN WORT



Johannes Jauch, Geschäftsführer des Präsidiums der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher e. V.  
FOTO: JULIUS C. SCHMIDT

## Beistandskredit für IWF perfekt

**AP, Basel**

Die Zentralbanken von 19 Industrieländern und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) haben in Basel ihre Zustimmung zu einem Beistandskredit in Höhe von drei Milliarden Sonderziehungsberechtigten (3,12 Milliarden Dollar) für den Internationalen Währungsfonds (IWF) gegeben. Der Kredit soll zusammen mit einer gleich großen Tranche Saudi-Arabiens die Liquiditätsspanne des IWF beheben. Wie aus Notenbankkreisen verlautete, wird die Deutsche Bundesbank mit 415 Millionen SZR (432 Millionen Dollar) den größten Einzelanteil des Kredits übernehmen. Die BIZ selber wird sich dem Vorgehen nach auf eigene Rechnung mit 300 Millionen Dollar beteiligen.

## LOHN- UND EINKOMMENSTEUER

### Entlastungen sind nicht ohne Umschichtungen möglich

**HANS-J. MAHNKE, Bonn**

Umstrukturierungen des Steuersystems, die dazu beitragen, die Leistung des wirtschaftlich Tätigen zu belohnen, werden auch in Zukunft im Mittelpunkt der Überlegungen der Bundesregierung stehen. Vor der Industrie- und Handelskammer in Hagen wies Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg darauf hin, daß die geplanten Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer sowohl Arbeitnehmern als auch dem Mittelstand zugute kommen sollen. Vor allem komme es darauf an, den leistungsbegleitenden Verlauf des Steuerentlastungs zu entschärfen, der durch das Zusammenwirken von Progressionswirkung und Inflationsentwicklung entsteht. Überdies gehe es um eine gerechtere steuerliche Behandlung von Familien mit Kindern.

Kein Zweifel könne daran bestehen, daß die Entlastungen bei der Einkommensteuer den begrenzten Konsolidierungsprozeß nicht gefährden dürfe. „Eine wirklich spürbare Entlastung wird nicht ohne steuerliche Umschichtungen und den Abbau von Steuervergünstigungen möglich sein“, erklärte Stoltenberg. Die Bundesregierung werde ihr Konzept im ersten Halbjahr 1984 zusammen mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 1985 vorlegen. Die Bundesregierung nehme die selbst gestellte Aufgabe, alle Subventionen auf ihre Berechtigung hin zu prüfen, sehr ernst. Der Minister lehnte den vom Deutschen Industrie- und Handelskammern (DIHT) gemachten Vorschlag einer linearen Kürzung der Subventionen jedoch ab. Stoltenberg zieht aus solchen Überlegungen heraus gezielte Kürzungen vor. In der Realität der nächsten Jahre werde es aber vor allem darauf ankommen, viele neue Subventionsforderungen abzuwehren.

## HANDEL

### Washington droht der EG mit Vergeltungsmaßnahmen

**H.A. SIEBERT, Washington**

Enttäuscht über die gescheiterten Handelsgespräche am vergangenen Freitag in Brüssel, bereiten sich die USA auf Gegenmaßnahmen für den Fall vor, daß die EG amerikanische Agrarprodukte in die Gemeinschaft behindert. Nicht hinnehmen wird Washington eine Festsetzung, die auf Kosten der Sojabohnen-Exporte gehen würde, und Lieferbeschränkungen für billige Getreidesubstitute.

Auf der Liste stehen bereits wie Landwirtschaftsminister John Block der stellvertretende Handelsbevollmächtigte des Weißen Hauses, Robert Lighthizer, und andere Mitglieder der Reagan-Administration übereinstimmend in einem Anhörungsverfahren des Finanzsausschusses des Senats erklärten, höhere Zölle und mengenmäßige Importrestriktionen (Quoten) für Süßigkeiten aus Deutschland, Whisky aus Schottland, Fleischwaren aus Holland sowie Wein und Weichkäse aus Frankreich. Genannt wurden auch Gie und Bier. Vorgehen will die Administration nach dem „Gleichheitsprinzip“, das heißt, im Ernstfall richtet sich der Vergeltungsstoß gegen ein für den Amerika-Handel wichtiges Agrarprodukt aus jedem der zehn EG-Länder. „Wir wollen keinen Handelskrieg. Um jedoch Mißverständnisse vorzubeugen, legen wir unsere Karten auf den Tisch“, sagte der republikanische Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Beziehungen, Senator Charles Percy. Der Ausfuhrwert der aufgeführten Produkte wurde von Block auf nahezu fünf Milliarden Dollar jährlich veranschlagt. Das wären 60 Prozent der amerikanischen Agrarimporte in die Gemeinschaft. Einfuhrbeschränkungen für Wein und Bier würden dem Wert der US-Maisfelder und Zitrusabfälle entsprechen: 700 Millionen Dollar.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Arbed-Konzern zieht sich zurück

**Saarbrücken (dpa/VWD)** – Der luxemburgische Arbed-Konzern hat zugesagt, seine 100prozentige Beteiligung an der Arbed-Saarstahl auf eine Minderheitsbeteiligung von 24 Prozent zurückzuführen. Dies bestätigte Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) gestern vor dem Landtag in Saarbrücken. Bund und Land würden die Luxemburger für die Dauer von fünf Jahren eine unwiderrufliche Option auf 76 Prozent des Gesellschaftskapitals einräumen. Die Transaktion bedeute jedoch keine Abkoppelung der Arbed-Mutter von den Betrieben im Saarland. Zeyer gab auch bekannt, daß sich der Bund von 1984 an bei den direkten Zuwendungen an Arbed Saarstahl mit zwei Dritteln und bei der beschlossenen Übernahme von Zinsen und Tilgungsleistungen mit 50 Prozent beteiligen werde. Zuletzt waren Bund und Land jeweils zur Hälfte an den Hilfen beteiligt.

### Wirtschaftsplan genehmigt

**Bonn (Mk.)** – Im zweiten Anlauf hat der Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn den Wirtschaftsplan des Unternehmens für 1984 genehmigt und dem Vorschlag zugestimmt. Knut Reimers zum neuen Vorstandsvorsitzenden. Auf der letzten Sitzung des Plenums fand dieser Vorschlag von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger noch keine Zustimmung, wobei sich das Votum nicht gegen die Person, sondern das kurzfristig eingeleitete Verfahren gerichtet hatte.

### Mittelstand investiert wieder

**Bonn (dpa/VWD)** – Die konjunkturelle Belebung hat die mittelständische Wirtschaft in voller Breite erfasst, stellt der Bundesverband der Volksbanken und Raiffeisenbanken in seinem jüngsten Konjunkturbericht fest. So habe sich die Investitionstätigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen sowie ihre Bereitschaft zur langfristigen Verschuldung verstärkt. Dies zeige auch die deutlich beschleunigte Nachfrage nach Krediten mit längerer Laufzeit während der ersten zehn Monate 1983. In diesem Zeitraum seien gegenüber 1982 bei den Genos-

senschaftsbanken die langfristigen Kredite um 9,1 Prozent, die kurzfristigen Kredite dagegen nur um ein Prozent gewachsen.

### Post-Haushalt

**Bonn (Rel.)** – Der Postverwaltungsrat hat den Haushalt der Bundespost für 1984 mit einem Volumen von 66,8 Milliarden Mark am Montagmittag verabschiedet. Das sind 1,9 Milliarden mehr als 1983 oder plus 2,9 Prozent. Für Investitionen werden insgesamt 14,8 Milliarden angesetzt. Damit sollen 200 000 Arbeitsplätze in der deutschen Industrie gesichert werden. Der Nettokreditbedarf liegt bei 4,1 Milliarden unter dem des Vorjahres. Für den Haushaltsjahr 1983 wurde ein Nachtragshaushalt durch das im November abgeschlossene Postabkommen mit der „DDR“ notwendig. Es betraf eine Erhöhung der Pauschale von 85 auf 200 Millionen für die Bezahlung von Mehrleistungen der „DDR“-Postverwaltung im gegenseitigen Post- und Fernmelddienst.

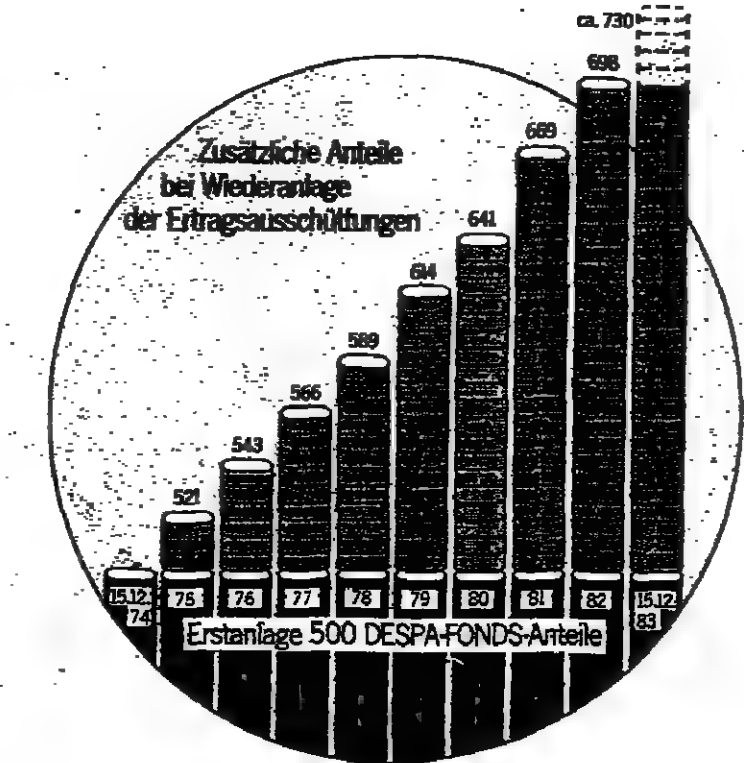
### Satelliten-Kooperation

**München (rt)** – Der deutsche Luft- und Raumfahrt-Konzern Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB) und der französische Staatskonzern Aerospatiale haben ein Kooperationsabkommen zur Entwicklung, Herstellung und Kommerzialisierung von Nachrichtensatelliten unterzeichnet. Wie MBB bekanntgab, wollen beide Konzerne die gesamte Breite von Nachrichtensatelliten abdecken und die Systeme in einer sogenannten „Spacebus“-Familie international vermarkten. MBB und Aerospatiale sind oder waren den Angaben zufolge bereits am Bau von mehr als 48 Satelliten beteiligt, von denen derzeit 18 in Betrieb sind.

### Wochenausweis

	7.12.30.11.7.11.
Netto-Währungs-kredite (Mrd. DM)	62,3 68,6 71,0
Kredite an Banken	75,3 70,6 71,6
Wertpapiere	7,9 7,7 7,8
Bargeldumlauf	106,4 103,6 100,9
Einkl. v. Banken	49,6 47,3 47,2
Einkl. v. öffentl. Haushalten	1,3 0,9 3,6

## ☛ Drei gute Gründe sprechen für eine Wiederanlage Ihrer DESPA-FONDS-Ertragsausschüttung. ☛



Für das Geschäftsjahr 1982/83 schüttet DESPA-FONDS, der offene Immobilienfonds der Sparkassen, DM 0,30 pro Anteil mehr aus als im Vorjahr. Die Daten im einzelnen:

Ausschüttung je Anteil	DM 3,40
Ausschüttungs-Datum	15.12.1983
Ertragschein	Nr. 16
Wiederanlage-Rabatt	3 Prozent
Wiederanlage-Zeitraum	15.12.1983-13.4.1984

Unsere Empfehlung: Kaufen Sie mit Ihrer Ertragsausschüttung zusätzliche DESPA-FONDS-Anteile mit Rabatt. Aus drei guten Gründen:

1. Sie erhalten im Wiederanlage-Zeitraum einen Vorzugspreis.
2. Die neuen Anteile stärken Ihre Vermögenssubstanz und nehmen sofort an der weiter-

ren Wertentwicklung des Fonds teil. Sie sichern sich dadurch einen Zinseszins-Effekt.

3. Ihr langfristiges Anlageergebnis verbessert sich bei Wiederanlage der Erträge beträchtlich.

Wie vorteilhaft sich die Wiederanlage bei einer 10.000,- DM-Anlage in DESPA-FONDS seit Fondsgründung (3. November 1967) bis 30. September 1983 auswirkte, zeigen die Ergebnisse:

Ohne Wiederanlage der Erträge — DM 24.154,- oder +141,5%.

Mit Wiederanlage der Erträge — DM 30.205,- oder +202,1%.

Die Wiederanlage zahlt sich also aus. Sprechen Sie darüber noch heute mit Ihrem Geldberater bei der Sparkasse.

wenn's um Investment geht  
**Sparkassenfonds**



EG / Regelung des „Haustür-Verkaufs“

Meinungsänderung in Bonn

**WILHELM HADLER, Brüssel**  
Auf ein gemeinschaftliches Meldesystem für in den Verkehr gelangte gefährliche Verbrauchsgüter haben sich die EG-Regierungen geeinigt. Sie zogen damit eine Lehre aus dem spanischen Speiseöl-Skandal, der vor zwei Jahren die europäische Öffentlichkeit erregte und den Tod von fast 300 Menschen zur Folge hatte.

Das Informationssystem, das bisher nur für Lebensmittel gilt, soll

ermöglicht werden, schnell in gleiche Richtung tätig zu werden. Geschäftsführer wird durch die Neuregelung außerdem ein beratender Ausschuss aus Sachverständigen der Mitgliedsländer. Er hat die Aufgabe, über die Einhaltung der Richtlinie zu wachen.

Die Kommission hat zugesichert, daß der Ausschuss zu keinem bürokratischen Hemmschuh werden soll. Derartige Befürchtungen waren vom Bonner Justizstaatssekretär Klaus Kinkel geäußert worden, nach dessen Meinung sich das freiwillige Informationssystem bei Lebensmitteln durchzusetzen bewährt hat. Auch die Beschränkung der Meldepflicht auf Erzeugnisse mit grenzüberschreitendem Absatz wurde fallengelassen. Die Kommission setzte sich mit ihrem Argument durch, daß kein Mitgliedstaat garantieren könne, daß eine Ware wirklich nur auf dem nationalen Markt verkauft wird.

Alle übrigen Tagesordnungspunkte des ersten „Verbraucherrates“ in der Geschichte der EG mußten erwartungsgemäß an die zuständigen Expertengruppen zurückverwiesen werden. Durchweg bestand jedoch der Eindruck, daß sich die Einberufung des Sonderministerrates durchaus gelohnt habe.

Am deutschen Widerstand scherterten Fortschritte bei der geplanten Richtlinie über den „Haustür-Verkauf“. Sie soll in der gesamten EG den Verbrauchern ein Rücktrittsrecht innerhalb von sieben Tagen schaffen und grundsätzlich für alle Kaufverträge die Schriftform vorschreiben. Bonn, das sich bisher stets für eine solche Regelung stark gemacht hatte, hat seine Meinung kurzfristig geändert. Das letzte Wort scheint allerdings noch nicht gesprochen zu sein.

Am weitesten auseinander gehen noch immer die Auffassungen über eine europäische Regelung für die Produkthaftung für fehlerhafte Erzeugnisse. Hier brachte die Aussprache kaum neue Gesichtspunkte. Zentrale herrscht offenbar über die Einführung einer (verschuldensunabhängigen) Gefährdungshaftung und den grundsätzlichen Ausschluss von Entwicklungsrisiken. Bonn kämpft entschieden für eine Haftungsbeschränkung, während andere Länder weiter auf unbeschränkte Haftung bestehen wollen.

AUSSENHANDEL / Lambsdorff lehnt Zölle als Mittel der Industriepolitik ab

Sorge über Zunahme der Subventionen

**HANS-J. MAHNEKE, Bonn**  
Marktwirtschaftlich orientierte Lösungen für die strukturellen Anpassungsprobleme der Wirtschaft sind nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zu Hause erfolgversprechender und auch gegenüber den ausländischen Handelspartnern weniger konfliktträchtig. In einem Vortrag in Paris lehnte Lambsdorff die französische Forderung entschieden ab, die gemeinsame Handelspolitik in den „Dienst der industriellen Entwicklung in Europa“ zu stellen. Nach dieser Vorstellung sollten wirksame Zollerhöhungen zeitweilig das Aufkommen neuer Industriezweige in der EG unterstützen begleiten.

„Die Zustimmung zu einer solchen, von vielen EG-Ländern geforderten industriebegleitenden Zollpolitik würde jedoch gerade derzeit unsere Bemühungen konterkarieren, die Weltmärkte offen zu halten“, betonte Lambsdorff. Außerdem würde eine solche Politik die notwendigen Kooperationen auf technologischen und zukunftsstrategischen Feldern, zum Beispiel mit Japan, gefährden. Zudem würde eine solche Politik dazu einladen, unter dem Vorwand der Industriestrukturpolitik Zollerhöhungen zu fordern. Da auch Gegenmaßnahmen der Handelspartner befürchtet werden müßten, sei eine solche Politik „der beste Wegweiser in eine wachstumspolitische Absichtsfalle“.

Eine zollpolitische Abkapselung der EG nach außen würde vor allem den Technologietransfer in die EG erschweren. Ein Technologie-Zoll für Zukunftsprodukte stelle nicht nur die europäische Wettbewerbsfähigkeit in Frage, sondern könne exportorientierte EG-Industrien entmutigen, angesichts drohender Marktabstottungen in Drittländern deren Absatzpotential in Rechnung zu stellen. Dies würde die Investitionsentscheidungen negativ beeinflussen.

NAMEN

**Heinz-Friedrich Hoppe, Aufsichtsratsvorsitzender der im Vergleich befindlichen Hanomag GmbH, Hannover, hat sein Mandat niedergelegt. Sein Stellvertreter, Walter Zaralok (Arbeitnehmerseite), hat die verbliebenen Aufsichtsratsmitglieder zu einer Sitzung am 19. Dezember eingeladen.**  
**Dr. Karl Wamsler, Vorstandsmitglied der Süd-Chemie AG, München, wurde per 1. Januar 1984 zum Vorstandsvorsitzenden ernannt. Dr. Carl Ernst Hofstadt, der am 22. Dezember das 66. Lebensjahr vollendet, wird dem Vorstand noch bis Ende 1984 angehören.**  
**Alfred Huthoff, Vorstandsmitglied der Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW), verläßt das Unternehmen zum Jahresende. Horst Weber wurde zum sofortigen Wirkung zum Arbeitsdirektor bestellt.**  
**Günter Nerlich, Vorstandsmitglied der Norddeutschen Landesbank, tritt Ende 1983 in den Ruhestand. Dr. 1. Januar 1984 wurde Dr. Christian Olearius, bisher Generalbevollmächtigter der Nord LB, als stellvertretendes Vorstandsmitglied bestellt.**

sich auf grenzüberschreitende Vorhaben konzentrieren, wodurch auch ein finanzieller Anreiz geschaffen würde.

Große Sorge bereitet Lambsdorff die wachsende Tendenz in der EG, Wirtschaftsprobleme durch Beihilfen zu lösen. Die gesamtwirtschaftlich notwendigen strukturellen Anpassungsprozesse würden zwar durch die gegenwärtige Wachstumsschwäche erschwert. Den Forderungen nach staatlichen Subventionen dürfe jedoch trotzdem nicht nachgegeben werden. Sektorspezifische Beihilfenprogramme hält Lambsdorff für besonders schädlich.

Prinzipiell stehe auch die Gemeinschaft vor der Alternative, entweder den Weltmarkt als Aktionsfeld individueller Unternehmen aufzufassen oder als Schauplatz der Wirtschaftskonkurrenz von Staaten, wie es zum Beispiel in Japan der Fall sei. Lambsdorff sprach sich gegen ein starkes Engagement der Regierungen aus. Dieser Protektionismus „dritten Dimension“, wie ihn Lambsdorff bezeichnete, sei noch gefährlicher als Zölle und nichttarifäre Handelsbarrieren. Er könne zudem die Konflikte zwischen Staaten schüren.

Die EG-Forschungsförderung solle

Die pessimistischen Erwartungen, mit denen die Hamburger Hafenwirtschaft in das Jahr 1983 hineingegangen ist, haben sich als berechtigt erwiesen. Helmuth Kern, Präsident des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg, sagte gestern dazu: „Für die Mehrzahl der Unternehmen ist 1983 in der Tat das schwierigste Jahr seit der Wiederaufbauphase der Nachkriegszeit geworden. Die konjunkturelle Talfrucht, die hier 1982 einsetzte, hat sich vor allem im Massengüterbereich fortgesetzt.“

Eine Reihe von Unternehmen, so sagte Kern weiter, werde 1983 „mit roten Zahlen abschließen“. Zum Rückgang der Umsatzenmenge um knapp 18 Prozent auf nur noch 51 Mill. Tonnen sei auch noch ein beträchtlicher Erlösverfall getreten. Die Umsatzerlöse seien konzentriert auf das Massengut. Hier hat es verheerende Einbußen gegeben: Der Sauggummschlag verringerte sich um 34 Prozent auf 7,9 Mill. t. Hier machten sich der Ausfall einer Öl-

HAFEN HAMBURG / Talfahrt bei Massengütern

„Erlösverfall beträchtlich“

mühle im Hafen und die verringerten Bezüge der Sowjetunion besonders bemerkbar. Der Rückgang der Flüssigkeiten um 29 Prozent auf 14,1 Mill. t ist eine Folge der Inbetriebnahme einer Rohöl-Pipeline Wilhelmshaven-Hamburg.

Die Greifgüterummenge ging um 21 Prozent auf 8,2 Mill. t zurück, weil die Stahlindustrie weniger Erze importierte und auch der Kohleumschlag drastisch zurückging. Beim Stückgut gab es zwar einen Zuwachs um sieben Prozent auf 19,8 Mill. t. Doch weil das zum größten Teil massenhafte Stückgutparcels mit geringen Erlösen waren, entwickelten sich auch hier die Erlöse rückläufig. Sorgen bereitet der Hafenwirtschaft die Ungleichheit im Hinterlandverkehr. Weil der grenzüberschreitende Verkehr überlastet ist, der deutsche Binnenverkehr aber starre Tarife kennt, sind Transporte via grüne Grenze zu den Rheinmündungshäfen um bis zu 60 Prozent günstiger als zu den deutschen Seehäfen.

PYRMONTES GESPRÄCHE / Albrecht-These

Zu hohe Arbeitskosten

**DOMINIK SCHMIDT, Hannover**  
Dem Faktor Arbeitskosten kommt im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze erhebliche Bedeutung zu als dem Faktor Wirtschaftswachstum. Diese Ansicht vertrat der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht bei den Pyrmontes-Unternehmengesprächen in Hannover. Wenn sich derzeit die Arbeitslosenkurve abflache, dann sei dies vor allem darauf zurückzuführen, daß die Arbeitnehmer in den letzten zwei Jahren auf die Sicherung des Reallohns verzichtet und so ein wirtschaftliches Wachstum ermöglicht hätten.

Albrecht sprach sich dafür aus, das Thema Arbeitskosten nicht länger zu tabuisieren. Dies bedeute nicht etwa, daß Lohnkürzungen vorgenommen werden sollten. Maßvolle Erhöhungen seien aber wichtig. Albrecht verwies auf Modellrechnungen, nach denen rund 600 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden, wenn die Lohn- und Gehaltssteigerungen nur um drei statt um vier Prozent innerhalb von zwei Jahren steigen würden.

Entscheidendes Gewicht bei diesen Überlegungen hätten die Lohn-

nebenkosten und die Steuerbelastung der Unternehmen. Die daraus erwachsenden Belastungen seien nicht mehr zu verkraften. Die Bundesrepublik habe die höchste Unternehmensbesteuerung in der Welt. Von 100 DM Gewinn vor Steuern blieben nach Steuern 20 DM übrig. Dies sei die wichtigste Ursache dafür, daß sich die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen in den letzten Jahren so dramatisch verschlechtert habe. Nachdrücklich sprach sich Albrecht gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aus. Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen würden mit dieser Maßnahme überfordert. Mit Sicherheit werde aber auch bei Großunternehmen dadurch kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen. Vielmehr werde die Wirtschaft erfordernfalls dazu übergehen, vermehrt Überstunden zu fahren.

Albrecht geht davon aus, daß trotz des erkennbar gewordenen wirtschaftlichen Aufschwungs das Problem der Arbeitslosigkeit bis Ende der 80er Jahre Bestand haben wird, zumal jetzt die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen.

EG-KONJUNKTUR / Kommissions-Prognose beraten

Ministerrat optimistischer

**WILHELM HADLER, Brüssel**  
Optimistischer als die EG-Kommission beurteilen die Regierungen der Bundesrepublik, Großbritanniens und Frankreichs die Chancen für einen dauerhaften Aufschwung. Trotz dem wurden die von der Britischen Behörde aufgestellten wirtschaftspolitischen Leitlinien im Ministerrat einhellig als hilfreich bezeichnet.

Der Bonner Wirtschaftsattaché erklärte Otto Schleich, die Wachstumsaussichten in der Bundesrepublik seien „insgesamt besser“ als im Jahreswirtschaftsbericht der Kommission vorausgesehen. So rechne die Bundesregierung im kommenden Jahr mit einem Wachstum von „mindestens 2,5 Prozent“ statt 2,1 Prozent. Ähnlich erwartet auch Großbritannien mit erneut drei Prozent ein bis anderthalb Wachstumspunkte mehr als Brüssel.

Schleich nutzte die Gelegenheit zu einer Verteidigung der stabilitätsorientierten deutschen Wirtschaftspolitik. So sei der Aufschwung gekommen, obwohl Bonn die Empfeh-

lung ausgeschlagen habe, eine laxere Finanzpolitik zu betreiben. Die Bundesregierung, so meinte Schleich, könne inzwischen empirisch belegen, daß nicht so sehr die Kapitalmarktzinsen für die Höhe der Investitionen ausschlaggebend seien, sondern das Verhältnis von Zinsen und Rendite für investiertes Kapital. In früheren Jahren sei es in der Bundesrepublik vorteilhafter gewesen, Anleihen zu kaufen, als Investitionen vorzunehmen. Die Ertragsentwicklung des Jahres 1983 zeige, daß mit Risikokapital heute mindestens wieder ebensoviel zu verdienen sei wie mit Geldkapital. Pläne für eine vorsorgliche Aufstockung des Pfandens für Gemeinschaftsanleihen zur Unterstützung von Ländern mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten wurden wegen deutschen Widerstandes fürs erste vertagt. Die Bundesregierung hält es nicht für sinnvoll, den Anpassungsdruck in den betreffenden Mitgliedstaaten zu mildern. Sie befindet sich jedoch im Rat deutlich in der Minderheit.

durch die neue Richtlinie für zunächst drei Jahre verbindlich gemacht und auf andere Erzeugnisse ausgedehnt werden. Die Regierungen werden darin verpflichtet, unverzüglich jeden Fall nach Brüssel zu melden, in dem der Vertrieb und Verkauf eines Erzeugnisses wegen der bei seiner Verwendung auftretenden Gefährdung für den Verbraucher verboten wurde. Hierdurch soll es

NÜRNBERG AB 13:45 UHR

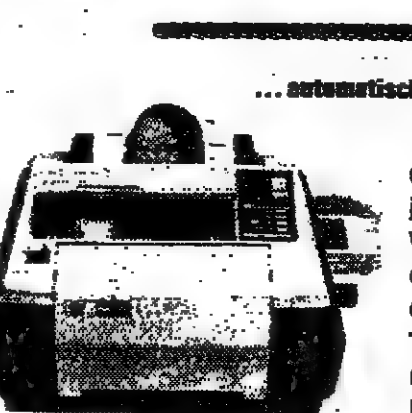
... automatisch senden ...



Da laßt die Korrektur. Nur 3 Minuten für die Tour. Per Telefon und Fernkopierer - der Telefaxdienst macht's möglich. Ob Sie Zeichnungen oder andere Vorlagen (Originale bis zum Format A4) auf die Reise schicken - sie sind schwarz auf weiß ... minutenschnell beim Empfänger. Und das soweit das Telefon reicht. Denn die Fernkopierer werden einfach zusätzlich zum Telefon an das Telefonnetz angeschlossen. Alle Fernkopierer im Telefaxdienst arbeiten reibungslos zusammen. Fernkopierer können Sie direkt von der Post mieten oder privat beschaffen. Die Geräte der Gruppe 2 übermitteln in 3 Minuten, wie z.B. der automatische Fernkopierer der Post, AF 21 - der setzt Sie auch

KIEL AN 13:57 UHR

... automatisch empfangen ...



dann noch ins Bild, wenn ihr Büro bereits geschlossen ist. In Automatikstellung ist jederzeit empfangsbereit. Und er kann selbstständig nacheinander bis zu 30 verschiedene Vorlagen versenden, wenn Sie einen Partner angewählt haben. Nur etwa eine Minute dauert die Übertragung mit dem schnelleren Fernkopierer der Gruppe 3. Und wie hoch die Wiedergabequalität ist, beweist der obige Vergleich von Original und Kopie. Über den Telefaxdienst der Post können Sie Fernkopierer auch an Partner übermitteln, die noch keinen Telefaxanschluß haben. Lassen Sie sich ausführlich und unverbindlich in Ihrem Fernmeldeamt beraten! Partner für Telekommunikation.

هاتف فاكس



## Nachfrage belebt sich nun deutlich

Neue Technik bringt uns voran.  
Siemens.



[illegible]



IBH-KONKURS / Vergleich gescheitert - Quote von 40 Prozent nicht zu erreichen

## Viele Forderungen nur auf dem Papier

**JOACHIM WEBER, Mainz**  
Für die IBH Holding AG, Mainz, Dachgesellschaft des von Seifmade-Unternehmer Horst Dieter Esch aus maroden Unternehmen zusammengekauften Baumaschinenkonzerns, ist nun doch der Schlußpfiff gefallen. Gestern morgen um acht Uhr hat das Amtsgericht Mainz den Anschlußkonkurs über das Unternehmen eröffnet, das am 4. November das Vergleichsverfahren beantragt hatte.

Begründung für die Ablehnung des Vergleichs: Die angestrebte Quote von 40 Prozent, die eine Laufzeit des Verfahrens von 18 Monaten ermöglicht hätte, sei nicht mehr zu erreichen gewesen. Der bei 35 Prozent der Verbindlichkeiten erreichbare Zahlungsrückschub um 12 Monate sei aber nach Ansicht von Vergleichsverwalter (jetzt Konkursverwalter) Wolfgang Petreit nicht vertretbar gewesen.

Ausschlaggebend für das Scheitern der Vergleichsbemühungen soll der Ausfall einer Forderung der IBH ge-

genüber der eigenen, nicht konsolidierten 49-Prozent-Beteiligung UA Baumaschinen GmbH, Frankfurt, über 17 Mill. DM sein. Laut Petreit hat das Unternehmen diese Forderung nicht akzeptiert. An der UA Baumaschinen ist auch die SMH-Bank mit einer Minderheitsbeteiligung.

Als weiterer Konkursanläßer wird eine Steuerforderung der Stadt Hannover über 557 000 Mark genannt, deren Zwangseintreibung vor wenigen Tagen veranlaßt wurde. In Hannover wird indessen jeder Vorwurf strikt zurückgewiesen. Man habe lediglich reagiert, um an einer eventuellen Quote bei IBH beteiligt zu sein. Bei dem Betrag handele es sich ausschließlich um Steuerschulden der IBH-Tochter Hanomag, die bis ins Jahr 1981 zurückreichten. Diese Schulden seien aber von vornherein ausschließlich über das Mainzer Unternehmen gelaufen.

Petreit war in seinem Vergleichsstatus für die Holding zunächst von einem Volumen von 900 Mill. DM Verbindlichkeiten ausgegangen, de-

nen 240 Mill. DM an Forderungen gegenüberstanden. Damit wäre nach seiner Rechnung die 40-Prozent-Quote für den Vergleich erreichbar gewesen.

In Bankkreisen wird freilich bezweifelt, daß dieser Ansatz jemals realistisch gewesen sei. Bei dem ungeheuren Ausmaß der konzerninternen Buchungen und der allem Anschein nach noch gar nicht gebuchten Vorgänge sei ein Überblick über die tatsächliche Finanzlage noch gar nicht möglich. Zudem bestünden die Forderungen der IBH vor allem gegenüber den eigenen Töchtern, mithin also vorerst nur auf dem Papier. Fragezeichen werden auch hinter die 17-Millionen-Forderung gegenüber der UA Baumaschinen GmbH gesetzt.

Wie weit der IBH-Konkurs sich auf die noch schwebenden Vergleichsverfahren der Töchter - mit Ausnahme der Wibus AG, die den Konkurs bereits vorher angemeldet hatte - auswirkt, ist noch unklar.

ZUKUNFTSKONGRESS / Potential nutzen

## Strategie kleiner Schritte

**WERNER NETZEL, Stuttgart**  
Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, ist es notwendig, das Gleichgewicht zwischen Produktionsfortschritt und Arbeitszeitverkürzung zu erhalten. Deshalb ist eine Strategie der kleinen Schritte zu empfehlen. Zu diesem Fazit gelangt eine von der baden-württembergischen Landesregierung eingesetzte Kommission "Zukunftsprospektive gesellschaftlicher Entwicklungen" in ihrem Bericht, der zugleich Grundlage eines derzeit stattfindenden zweitägigen "Zukunftskongresses" in Stuttgart ist. Zu obigem Teilspekt heißt es, die Analyse der Ergebnisse zeige, daß nicht die Arbeitszeitverkürzung selber in Frage gestellt werde, sondern die Lösung der Übergangsprobleme enorme Schwierigkeiten bereite.

Die Kommission (an ihrer Spitze steht der Mannheimer Politiker Rudolf Widenmann) hält es für wichtig, daß die Tarifpartner in der augenblicklichen Situation viel Augenmaß bewahren. Flexiblen Arbeitszeitregelungen wird Priorität gegeben. Im übrigen spreche - so der Bericht -

manches dafür, daß Baden-Württemberg seine starke Stellung im Industriegebiet in den nächsten Jahren behaupten könne. Dazu müsse freilich auch das vorhandene Innovationspotential genutzt werden.

Hierzu merkte der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth vor den über 1000 Kongreßteilnehmern an, daß baden-württembergische Produkte, vor allem auf dem Sektor des Maschinenbaus, auf den Weltmärkten nur konkurrenzfähig blieben, wenn die Integration der Mikroelektronik rasch und in voller Breite gelinge. Deshalb müßten auch in den nächsten Jahren erhebliche Anstrengungen in der Forschung, im Technologietransfer und in der Aus- und Weiterbildung unternommen werden. Nur eine forschungs- und entwicklungsintensive Wirtschaft werde sich vor ernsthaften Strukturkrisen schützen können. Mit dem Ausbau eines flächendeckenden Systems des Technologietransfers sei man auf dem richtigen Weg. Es komme nun darauf an, weit mehr Risikokapital als bisher für investive Anlagen im Inland zu gewinnen.

Beiersdorf beteiligt sich an S+G Implants

**JAN BRECH, Hamburg**  
Die Beiersdorf AG, Hamburg, setzt die Investitionspolitik der Beteiligungen an Unternehmen mit Spezialprogrammen auf dem Medical-Bereich fort. Wie die Gesellschaft jetzt mitteilt, ist mit Wirkung zum 1. Januar nächsten Jahres eine Beteiligung an der S+G Implants GmbH, Lübeck, übernommen worden. Bei dem Programm der S+G Implants handelt es sich um anatomiegenaue Gelenkkonstruktionen sowie die Technik zementfreier Implantate. Der Umsatz in diesem Jahr wird mit rund 5 Mill. DM angegeben.

Diese neue Beteiligung, so heißt es, sei für Beiersdorf eine interessante Ergänzung der eigenen Implantat-Entwicklung, die Herzkappen, Knochenersatzmaterial und Knochenzement umfaßt. Den von Beiersdorf entwickelten Knochenzement, der im September 1983 als Arzneimittel zugelassen worden ist und zunächst in der Bundesrepublik eingeführt werden soll, wird künftig von der S+G Implants vertrieben.

Der Markt für orthopädische Implantate wächst nach Angaben von Beiersdorf jährlich um rund 10 Prozent. Das Volumen in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz beträgt zusammen rund 115 Mill. DM. In den übrigen westeuropäischen Ländern dürften 125 Mill. DM, in den USA 400 Mill. DM umgesetzt werden. In der Bundesrepublik erhalten jährlich rund 60 000 Bürger ein neues Hüftgelenk.

Die Sparte Medical von Beiersdorf wird in diesem Jahr zum ersten Mal mehr als 0,5 Mrd. DM zum Weltumsatz von 2,3 Mrd. DM beisteuern. Die Spezialprogramme sind in diesem Jahr bereits durch den Erwerb einer Mehrheit an der Bacioli-Fabrik Dr. Bode & Co., Hamburg, und der Varitex GmbH, Sauerbrunn, erweitert worden. Bode stellt Desinfektions- und Konservierungsmittel her, Varitex medizinische Kompressionsstrümpfe.

## KONKURSE

Konkurse eröffnet: Bertha Charlesberg; Frank Dental-Labor GmbH; Basis Software GmbH; Bochum: EDD u. Wenzel Elektroinstallation mbH; Oldenburg: Nachl. d. Hans Hubert Hildebrandt; Döhrn: Rur Plastik Kraus GmbH u. Co. KG; Ibbenbüren: Rur Energie; Heinrich Lutz GmbH & Co. KG; Waltraut Hartmann GmbH; Garmisch-Partenkirchen: Hartmann u. Pfiffner-Hoch u. Tiefbau GmbH u. Co. KG; Heidelberg: Alpha Druckverlagsgesellschaft mbH; Bielefeld: Heider Café-Restaurant GmbH; Gießen/Breun: Käthe Vico-Bauges mbH; Fulda: Landeshut Pro-Elektronik GmbH; Dielektrotron; Löhndorfer: Hans Heintze, Neuenrade; Regensburg: Terraform GmbH.

Vergleich beantragt: Datschberg; Ernst Wilhelm Grönewald.

SCHOTT-GRUPPE / Aufträge steigen wieder

## Ertragskraft deutlich besser

**INGE ADHAM, Frankfurt**  
"Wir sind auf dem richtigen Weg, und die konjunkturelle Erholung gibt uns dabei leichten Rückenwind", kommentiert Heinrich J. Klein, Vorstandssprecher der Schott Glaswerke, Mainz, die Entwicklung im Geschäftsjahr 1982/83 (20.9.). Das schwach begonnene Jahr brachte für die Schott-Gruppe Inland - Schott Glaswerke und zwölf inländische Tochter- und Beteiligungsgesellschaften - ein Umsatzplus von 4 Prozent auf 1,08 Mrd. DM, etwa die Hälfte davon geht auf das Konto von Preissteigerungen.

Dahinter verbirgt sich ein leicht gesunkenes Inlandsgeschäft (minus ein Prozent) und deutliche Exportfolge: Das Exportvolumen stieg um acht Prozent, die Exportquote erreichte damit 52 (51) Prozent. Entscheidend für die optimistischen Töne aus Mainz ist jedoch die Ertragsentwicklung. Nach dem Verlust des Vorjahres im Gefolge der Probleme auf dem Fernsehglassektor wird Schott für 1982/83 "wieder einen Gewinn ausweisen, der erkennen läßt, daß sich die Ertragskraft deutlich verbessert hat", betonte Klein. Als wichtigste Maßnahmen auf dem Weg dorthin nennt Klein die Straffung der Organisation (in 5 weltweite Sparten), die Personal-Anpassungen (in der In-

landsgruppe sank die Zahl der Mitarbeiter um 5,5 Prozent auf 10 300 Beschäftigte), eine Programm-Optimierung unter Ertragsgesichtspunkten und die Stärkung der inneren Bilanzstruktur (so wurden die Vorräte um 10 Prozent abgebaut). Genaue Zahlen legt das Unternehmen der Zeiss-Stiftung im Sommer vor.

Investiert hat Schott im abgelaufenen Jahr rund 80 Mill. DM, davon flossen gut 50 Mill. DM in die Inlandsgruppe. Für das kommende Jahr sind 100 Mill. DM geplant, wobei mit 80 Mill. DM der Schwerpunkt wiederum im Inland liegt, besonders bei der Erweiterung der Glaskeramik-Produktion. In diesem Bereich der größten Sparte Elektro war Schott erfolgreicher als erwartet.

Mit "steigender Tendenz in den letzten Monaten" hat die Schott-Gruppe Inland im letzten Geschäftsjahr 1,2 Mrd. DM Aufträge hingenommen, 9 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Daran war die Muttergesellschaft Schott Glaswerke (u. a. Spezialglas für Fernsehöhren, Glaskeramik) überproportional beteiligt, unterstützt Klein, der angesichts eines zur Zeit in "weiten Unternehmensseilen" ausstehenden Auftragspolsters für das neue Geschäftsjahr "verbalten optimistisch" ist.

TEPPICHINDUSTRIE / Ärger aus Brüssel - Bessere Absatzchancen im Export

## Mit der Baukonjunktur aus der Flaute

**HARALD POSNY, Düsseldorf**  
Die deutsche Teppichindustrie erwartet für 1983 ein leichtes Umsatzplus von 3 Prozent auf etwa über 2 Mrd. DM. Volker Wüst, Sprecher der Teppichindustrie und Vorstandsmittglied der Johs. Girmes & Co. AG, begründet diese Entwicklung mit im zweiten Halbjahr einsetzenden Lageraufstockungen des Handels, der eine verstärkte Verbrauchernachfrage durch aufgestauten Ersatzbedarf registriert, aber auch mit Neukäufen für fertiggestellten Neubauten. Dagegen erweise sich der Ordererfolg im mehrtägigen Objektgeschäft (Verwaltungs- und Großbauvorhaben) nach wie vor als zäh.

Insgesamt hoffen die 60 Betriebe mit ihren rund 11 600 Beschäftigten angesichts der regen privaten Bautätigkeit mit einem positiven Geschäftsverlauf im kommenden Jahr, eventuell mit einer gewissen Verlagerung auf das zweite Halbjahr. Im kommenden Jahr dürfte es auch nicht ohne notwendige Preissteigerungen zwischen 4 und 5 Prozent abgehen, nach dem insbesondere die Asbestindustrie für 1984 bereits

Preissteigerungen von 6 bis 8 Prozent angekündigt hat.

Darüber hinaus rechnet der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Heimtextilien-Verbandes, Hans Meier, sogar mit weiteren Preiserhöhungen im Zusammenhang mit dem neuen Fasertariff von 10 europäischen Herstellern und ihrer Verpflichtung, bis Ende 1985 die Produktionskapazitäten um durchschnittlich 18 Prozent zu senken. Ein bevorstehender Einspruch bei der Brüsseler EG-Kommission soll darauf hinweisen, daß Spezialisierungen auf bestimmte Fasertypen den Wettbewerb unter den Vorlieferanten einschränken. Schon jetzt würden Liefertermine gestreckt und seien Zuteilungsquoten für bestimmte Faserqualitäten angekündigt worden.

Obwohl sich im Export - hier jedoch nur im Tuftingbereich - durch Verbesserungen der Währungsparitäten günstigere Absatzchancen ergeben haben (Exportquote 27 Prozent), herrscht auch unverminderter Importdruck. Nach Drosselung im Vorjahr zogen die Importe in den ersten 8 Monaten nach Menge um 12,9 Prozent auf knapp 64 000 qm und dem

Wert nach um 8,4 Prozent auf fast 1,4 Mrd. DM an. Auch die DDR-Importe, die bereits über 5 Prozent des Inlandsverbrauchs aus sich vereinigten, führten, so Wüst, zu erheblichen Marktstörungen.

Der Export ist in den ersten 8 Monaten dieses Jahres dem Wert nach um 1,9 Prozent auf 357 Mill. DM gewachsen. Er geht fast ausschließlich in das westeuropäische Ausland. Einer Versandmenge von 93,1 Mill. m<sup>2</sup> (plus 3,4 Prozent) stand ein Versandwert von 1,29 Mrd. DM (plus 0,9 Prozent) gegenüber. 1982 waren es 137,1 Mill. m<sup>2</sup> (minus 8,1 Prozent) bzw. 1,96 Mrd. DM (minus 5,3 Prozent).

Peter Lüttmann, Vorstandsmittglied des Heimtextilienverbandes und Vorwerk-Geschäftsführer, bezeichnete die Ertragslage der Unternehmen angesichts der Überkapazitäten von 25 Prozent als schlecht. Es würden mehr Unternehmen "rote" als "schwarze" Zahlen schreiben. Vielfach würde die Teppichsparte durch andere Heimtextilienbereiche subventioniert. Darunter litten nicht zuletzt die Investitionen der Branche. Freilich hätten die Großen der Branche auch in schlechten Zeiten investiert.

Weil Umweltbewußtsein gar nicht weit genug gefaßt werden kann, startet das BMW Programm jetzt mit den neuesten technischen Entwicklungen:

**Elektronisch gesteuerte Vergaser für die BMW 316 und 518.**

Die Verantwortung für unsere Umwelt fordert modernste Technik. BMW liefert sie. Kein Kärner zweifelt mehr daran: Um das Automobil umweltfreundlicher zu machen, sind entscheidende konstruktive Veränderungen und Verbesserungen notwendig. Und diese sind unabdingbar mit elektronischer Steuerung der Triebwerke, aber auch mit elektronischen Informationssystemen für den Fahrer verbunden. Jeder Fachmann weiß, daß BMW konsequent im gesamten Modell-Programm die modernsten Erkenntnisse verwirklicht - nicht zuletzt im Sinne der Allgemeinheit.

Mehr technische Intelligenz heißt eindeutig auch mehr Umweltfreundlichkeit. BMW setzt auf breiter Basis die modernste elektronische Kraftstoff-Einspritzung ein. Das ist nicht nur die effektivste, sondern auch die umweltfreundlichste Kraftstoff-Aufbereitung. Und BMW war auch der erste, der beim Triebwerk umfassende Computersteuerung realisiert hat, mit der wie bei keinem anderen System bestmögliche Kraftstoff-Luft-Gemische erreicht werden - und damit günstigste Abgaswerte.

Umweltbewußtsein fängt bei BMW jetzt schon viel früher an: elektronisch gesteuerte Vergaser für die BMW 316 und 518. Schon aus Gründen sozialer Gerechtigkeit ist nicht einzusehen, daß die preiswerteren Modelle eines Programms weniger umweltfreundlich sein sollten, als die aufwendigeren und teureren Alternativen. BMW gibt deshalb jetzt auch dem Vergaser die Effektivität und Umweltfreundlichkeit, die aus technischer Sicht möglich und im Sinne der Umwelt nötig sind.

Der elektronisch gesteuerte Vergaser kann jetzt in vielen Situationen die Vorteile der viel genaueren Gemischanpassung und damit des günstigsten Energieverbrauchs, d.h. auch des geringsten Abgaswerts, sichern. Und das insbesondere unter Bedingungen, die für herkömmliche Technik äußerst problematisch sind - z.B. im Stadtverkehr während der Warmlaufphase.

BMW Elektronik - das bedeutet aber noch erheblich mehr. Die Elektronik des neuen Vergasers verbindet gleichzeitig auch die unangenehme Eigenschaft herkömmlicher mechanischer Technik, sich zum Schlechten hin zu verändern. Falsche Einstellungen an der üblichen Vergasertechnik, Veränderungen am Zünd- und Vergasersystem im Laufe der Fahrt können erfahrungsgemäß bis 50% mehr Verbrauch und damit mehr Abgas bedeuten. Fachleute schätzen, daß alle Fahrzeuge mit herkömmlicher Technik im Durchschnitt 10% mehr verbrauchen und damit mehr Abgas produzieren als notwendig. Solche Fehlleistungen können wir uns heute nicht und morgen schon gar nicht mehr leisten. BMW Elektronik schließt das ein für alle Male aus.

Die Einführung von bleifreiem Benzin ist ein Schritt für die Zukunft. Ganz entscheidende Verbesserungen lassen sich aber schon heute realisieren: durch entsprechende technische Intelligenz. Nutzen Sie diese Möglichkeit - durch die Wahl des richtigen Automobils: Einen BMW zu fahren, war schon immer ein Zeichen wachen Bewußtseins und kritischen Sachverständes.





**Warenpreise - Termine**  
Während am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex fester schlossen, gingen Silber und Kupfer aus dem Markt. Fester notierte Kaffee. Niedriger wurde Kakao bewertet.

**Getreide und Getreideprodukte**

Waren	12. 12.	8. 12.
Weizen Chicago (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	339,75	342,00
Mar.	351,75	355,50
Mal.	351,25	352,50
Weizen Winnipeg (ca. 5/4)	12. 12.	8. 12.
Dez.	243,00	241,50
Mar.	258,50	262,50
Mal.	258,50	262,50
Roggen Winnipeg (ca. 5/4)	12. 12.	8. 12.
Dez.	142,00	142,00
Mar.	147,50	147,00
Mal.	151,00	151,00
Weizen Winnipeg (ca. 5/4)	12. 12.	8. 12.
Dez.	122,50	122,00
Mar.	124,50	124,50
Mal.	124,10	124,00
Weizen Chicago (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	321,75	323,75
Mar.	334,50	334,50
Mal.	334,50	335,00
Weizen Winnipeg (ca. 5/4)	12. 12.	8. 12.
Dez.	127,50	128,50
Mar.	132,50	133,50
Mal.	134,00	135,00

**Genüßmittel**

Waren	12. 12.	8. 12.
Kaffee New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	154,00	152,75
Mar.	148,50	146,50
Mal.	149,50	141,00

**Öle, Fette, Tierprodukte**

Waren	12. 12.	8. 12.
Öl New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	287	287
Mar.	280	283
Mal.	281	283
Öl New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	287	287
Mar.	280	283
Mal.	281	283
Öl New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	287	287
Mar.	280	283
Mal.	281	283

**Metalle**

Waren	12. 12.	8. 12.
Gold New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	372,00	372,00
Mar.	372,00	372,00
Mal.	372,00	372,00
Silber New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50
Kupfer New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50

**Wolle, Fasern, Kautschuk**

Waren	12. 12.	8. 12.
Wolle New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	79,12	80,10
Mar.	81,25	82,50
Mal.	81,25	82,50
Fasern New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	79,12	80,10
Mar.	81,25	82,50
Mal.	81,25	82,50
Kautschuk New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	79,12	80,10
Mar.	81,25	82,50
Mal.	81,25	82,50

**Metalle (Fortsetzung)**

Waren	12. 12.	8. 12.
Aluminium New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50
Zinn New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50
Nickel New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50

**Metalle (Fortsetzung)**

Waren	12. 12.	8. 12.
Platin New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50
Palladium New York (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50

**Metalle (Fortsetzung)**

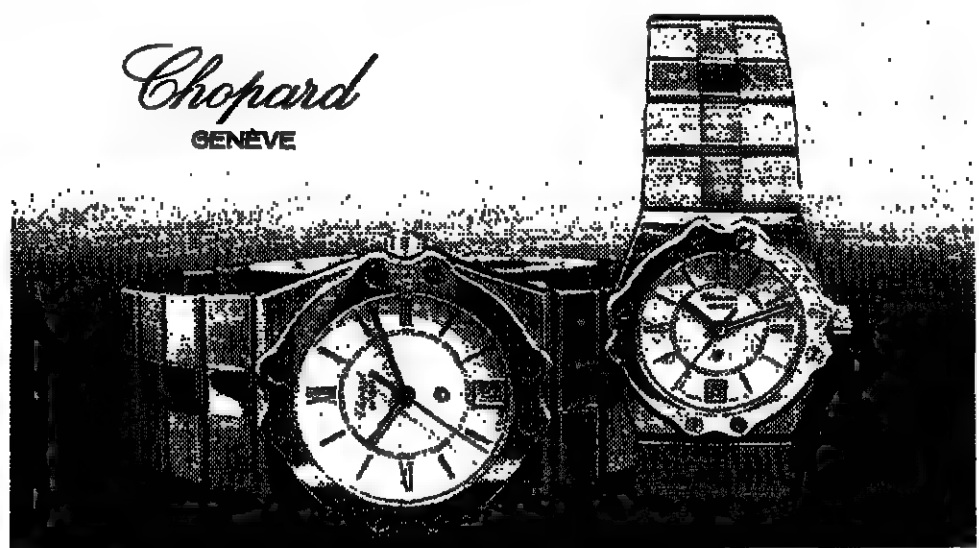
Waren	12. 12.	8. 12.
Gold London (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	372,00	372,00
Mar.	372,00	372,00
Mal.	372,00	372,00
Silber London (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50
Kupfer London (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50

**Metalle (Fortsetzung)**

Waren	12. 12.	8. 12.
Aluminium London (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50
Zinn London (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50
Nickel London (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50

**Metalle (Fortsetzung)**

Waren	12. 12.	8. 12.
Platin London (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50
Palladium London (Jahres)	12. 12.	8. 12.
Dez.	217,50	217,50
Mar.	217,50	217,50
Mal.	217,50	217,50

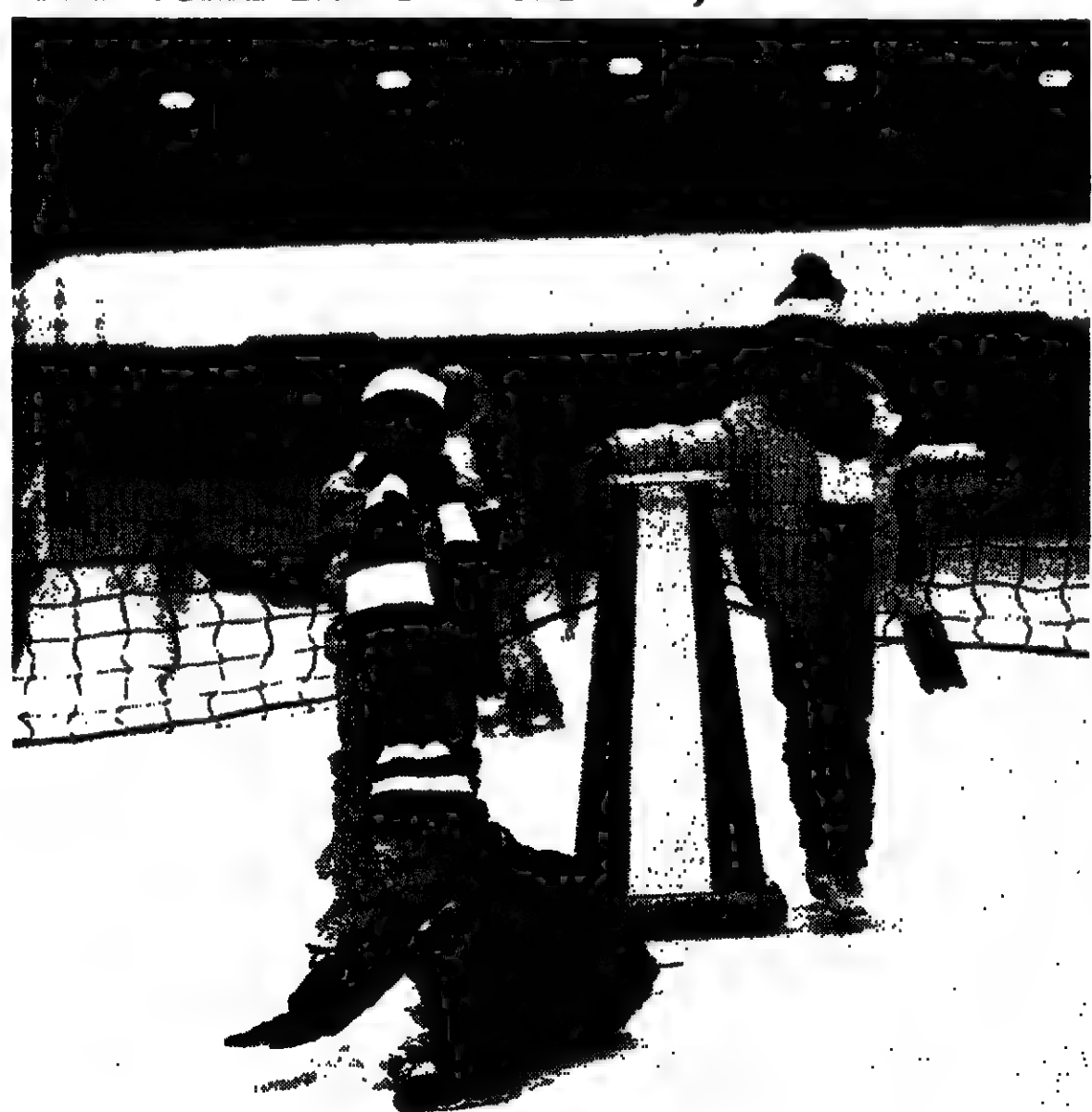


**Chopard**  
GENÈVE

**Uhren von Chopard. Jedes Stück handgefertigt. Modell St. Moritz, 18 Karat Gold/Stahl. Der Preis: Herrenuhr 4850,- DM. Damenuhr 3500,- DM. Wir zeigen sie in unseren Schaufenstern. Juwelier Rüschenbeck.**

**Rüschenbeck** DORTMUND, WESTENHELLWEG 45, TELEFON (0231) 146044 · DUISBURG, KÖNIGSTRASSE 6 · HAGEN, MITTELSTRASSE 13

**Fasern und Garne für die Welt, in der wir leben.**



DSM ist eines der großen Unternehmen für Fasern und Garne. Ausgangsbasis für eine Vielzahl technischer Gewebe, die täglich in der Industrie eingesetzt werden. Ebenso Ausgangsbasis für die Textilindustrie, die daraus Mode macht. Andere Unternehmensbereiche von DSM beschäftigen sich mit den Basisprodukten für die Kunststoffherstellung, mit Industriechemikalien und chemischen

Produkten, mit Düngemitteln und Energie. So beteiligt sich DSM beispielsweise an der Exploration und Lieferung von hochreinem Erdgas, welches uns alle ein Stückchen unabhängiger macht. DSM ist ein Unternehmen, das sich ganz auf die aktuellen Fragen unserer Zeit eingestellt hat. Deshalb hat DSM auch für Sie interessante neue Antworten.

**DSM**

Das andere Unternehmen für Fasern, Kunststoffe, Chemie.

DSM Deutschland Tel. 0211/45 07 31  
Tersteegenstraße 77 Telex: 08 584 756  
4000 Düsseldorf 30

**Nach Colombo und weiter bis Hongkong... und auf der ganzen Strecke ein Hauch von Paradies.**



Unser Tristar-Service an jedem Freitag und Sonntag ab Frankfurt erreicht stets einen unmittelbaren Anschlussflug von Colombo nach Hongkong, mit Ankunft am folgenden Nachmittag. Vielleicht fliegen Sie auch lieber am Mittwoch mit unserem Service ab Frankfurt und legen auf unserer paradiesischen Insel eine entspannende Pause ein, bevor Sie an einem Samstag oder Montag mit unserem Tristar nach Hongkong starten. Die Rückflüge verlassen Hongkong donnerstags und samstags und kommen gerade richtig an, um unseren Anschlussflug nach Frankfurt zu erreichen.

Und auf der gesamten Strecke erleben Sie den Service mit einer so sanften Wärme, wie sie nur von Menschen können kann, die im Paradies zu Hause sind.

**AIRLANKA**  
Ein Hauch von Paradies

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Ihr Reisebüro oder rufen Sie uns an:  
Airlanka Bethmannstr. 58, 60001 Frankfurt/Main, Telefon 28 13 85.

هذه هي الحياة



## Renten stiegen weiter

Der feste Dollar sowie die Furcht vor weiteren Zinssteigerungen in den USA haben seit Mitte des Monats die Tendenz am Markt festverzinslicher Papiere, im öffentlichen Bereich des Anlageprogramms erneut die Abgaben, die durchschnittlich um 0,25 bis 0,50 Prozentpunkte über dem Marktniveau liegen, auf durchschnittlich um 0,25 bis 0,50 Prozentpunkte, in einem Fall sogar um 0,60, weil hier eine Renditeangleichung überfällig geworden war. Zusätzlich blieb der Handel in den DM-Auslandsmarkten, wo insbesondere die zuletzt aufgetragenen Einlösungen unter Druck liegen. Bei den Pfandbriefen wurden im Handel unter Banken im Zeitkreditbereich Renditen genannt, die über 8,50 Prozent hinausgehen.

Bundesstellen				13.12.	12.12.
F 4 A 4.57	4494	100,250	102,12		
9 A 4.57	1384	99,8	100,2		
9 A 4.57.1	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.2	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.3	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.4	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.5	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.6	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.7	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.8	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.9	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.10	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.11	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.12	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.13	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.14	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.15	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.16	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.17	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.18	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.19	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.20	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.21	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.22	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.23	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.24	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.25	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.26	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.27	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.28	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.29	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.30	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.31	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.32	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.33	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.34	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.35	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.36	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.37	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.38	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.39	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.40	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.41	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.42	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.43	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.44	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.45	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.46	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.47	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.48	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.49	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.50	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.51	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.52	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.53	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.54	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.55	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.56	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.57	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.58	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.59	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.60	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.61	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.62	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.63	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.64	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.65	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.66	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.67	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.68	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.69	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.70	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.71	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.72	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.73	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.74	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.75	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.76	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.77	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.78	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.79	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.80	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.81	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.82	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.83	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.84	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.85	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.86	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.87	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.88	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.89	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.90	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.91	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.92	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.93	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.94	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.95	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.96	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.97	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.98	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.99	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.100	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.101	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.102	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.103	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.104	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.105	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.106	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.107	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.108	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.109	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.110	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.111	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.112	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.113	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.114	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.115	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.116	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.117	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.118	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.119	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.120	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.121	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.122	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.123	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.124	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.125	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.126	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.127	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.128	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.129	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.130	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.131	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.132	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.133	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.134	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.135	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.136	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.137	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.138	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.139	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.140	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.141	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.142	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.143	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.144	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.145	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.146	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.147	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.148	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.149	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.150	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.151	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.152	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.153	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.154	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.155	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.156	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.157	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.158	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.159	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.160	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.161	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.162	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.163	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.164	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.165	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.166	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.167	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.168	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.169	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.170	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.171	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.172	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.173	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.174	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.175	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.176	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.177	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.178	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.179	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.180	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.181	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.182	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.183	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.184	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.185	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.186	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.187	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.188	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.189	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.190	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.191	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.192	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.193	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.194	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.195	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.196	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.197	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.198	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.199	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.200	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.201	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.202	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.203	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.204	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.205	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.206	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.207	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.208	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.209	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.210	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.211	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.212	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.213	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.214	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.215	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57.216	1484	100,2	100,2		
9 A 4.57					

	13. 12.	12. 12.		13. 12.	12. 12.		13. 12.	12. 12.
M 596 Rupp. Pk 14	107,500	108,000	H 5 H. Loh. Lmk. P 7	1170	1175	M 5 Veldman. Pk 55	11650	11600
8 o/g. P 20	88,000	88,000	8 o/g. 14	102,70	102,70	8 o/g. P 15	77,000	77,000
8 o/g. P 21	88,000	88,000	8 o/g. 15	102,70	102,70	8 o/g. P 16	77,000	77,000
8 o/g. P 22	88,000	88,000	8 o/g. 16	102,70	102,70	8 o/g. P 17	77,000	77,000
8 o/g. P 23	88,000	88,000	8 o/g. 17	102,70	102,70	8 o/g. P 18	77,000	77,000
8 o/g. P 24	88,000	88,000	8 o/g. 18	102,70	102,70	8 o/g. P 19	77,000	77,000
8 o/g. P 25	88,000	88,000	8 o/g. 19	102,70	102,70	8 o/g. P 20	77,000	77,000
8 o/g. P 26	88,000	88,000	8 o/g. 20	102,70	102,70	8 o/g. P 21	77,000	77,000
8 o/g. P 27	88,000	88,000	8 o/g. 21	102,70	102,70	8 o/g. P 22	77,000	77,000
8 o/g. P 28	88,000	88,000	8 o/g. 22	102,70	102,70	8 o/g. P 23	77,000	77,000
8 o/g. P 29	88,000	88,000	8 o/g. 23	102,70	102,70	8 o/g. P 24	77,000	77,000
8 o/g. P 30	88,000	88,000	8 o/g. 24	102,70	102,70	8 o/g. P 25	77,000	77,000
8 o/g. P 31	88,000	88,000	8 o/g. 25	102,70	102,70	8 o/g. P 26	77,000	77,000
8 o/g. P 32	88,000	88,000	8 o/g. 26	102,70	102,70	8 o/g. P 27	77,000	77,000
8 o/g. P 33	88,000	88,000	8 o/g. 27	102,70	102,70	8 o/g. P 28	77,000	77,000
8 o/g. P 34	88,000	88,000	8 o/g. 28	102,70	102,70	8 o/g. P 29	77,000	77,000
8 o/g. P 35	88,000	88,000	8 o/g. 29	102,70	102,70	8 o/g. P 30	77,000	77,000
8 o/g. P 36	88,000	88,000	8 o/g. 30	102,70	102,70	8 o/g. P 31	77,000	77,000
8 o/g. P 37	88,000	88,000	8 o/g. 31	102,70	102,70	8 o/g. P 32	77,000	77,000
8 o/g. P 38	88,000	88,000	8 o/g. 32	102,70	102,70	8 o/g. P 33	77,000	77,000
8 o/g. P 39	88,000	88,000	8 o/g. 33	102,70	102,70	8 o/g. P 34	77,000	77,000
8 o/g. P 40	88,000	88,000	8 o/g. 34	102,70	102,70	8 o/g. P 35	77,000	77,000
8 o/g. P 41	88,000	88,000	8 o/g. 35	102,70	102,70	8 o/g. P 36	77,000	77,000
8 o/g. P 42	88,000	88,000	8 o/g. 36	102,70	102,70	8 o/g. P 37	77,000	77,000
8 o/g. P 43	88,000	88,000	8 o/g. 37	102,70	102,70	8 o/g. P 38	77,000	77,000
8 o/g. P 44	88,000	88,000	8 o/g. 38	102,70	102,70	8 o/g. P 39	77,000	77,000
8 o/g. P 45	88,000	88,000	8 o/g. 39	102,70	102,70	8 o/g. P 40	77,000	77,000
8 o/g. P 46	88,000	88,000	8 o/g. 40	102,70	102,70	8 o/g. P 41	77,000	77,000
8 o/g. P 47	88,000	88,000	8 o/g. 41	102,70	102,70	8 o/g. P 42	77,000	77,000
8 o/g. P 48	88,000	88,000	8 o/g. 42	102,70	102,70	8 o/g. P 43	77,000	77,000
8 o/g. P 49	88,000	88,000	8 o/g. 43	102,70	102,70	8 o/g. P 44	77,000	77,000
8 o/g. P 50	88,000	88,000	8 o/g. 44	102,70	102,70	8 o/g. P 45	77,000	77,000
8 o/g. P 51	88,000	88,000	8 o/g. 45	102,70	102,70	8 o/g. P 46	77,000	77,000
8 o/g. P 52	88,000	88,000	8 o/g. 46	102,70	102,70	8 o/g. P 47	77,000	77,000
8 o/g. P 53	88,000	88,000	8 o/g. 47	102,70	102,70	8 o/g. P 48	77,000	77,000
8 o/g. P 54	88,000	88,000	8 o/g. 48	102,70	102,70	8 o/g. P 49	77,000	77,000
8 o/g. P 55	88,000	88,000	8 o/g. 49	102,70	102,70	8 o/g. P 50	77,000	77,000
8 o/g. P 56	88,000	88,000	8 o/g. 50	102,70	102,70	8 o/g. P 51	77,000	77,000
8 o/g. P 57	88,000	88,000	8 o/g. 51	102,70	102,70	8 o/g. P 52	77,000	77,000
8 o/g. P 58	88,000	88,000	8 o/g. 52	102,70	102,70	8 o/g. P 53	77,000	77,000
8 o/g. P 59	88,000	88,000	8 o/g. 53	102,70	102,70	8 o/g. P 54	77,000	77,000
8 o/g. P 60	88,000	88,000	8 o/g. 54	102,70	102,70	8 o/g. P 55	77,000	77,000
8 o/g. P 61	88,000	88,000	8 o/g. 55	102,70	102,70	8 o/g. P 56	77,000	77,000
8 o/g. P 62	88,000	88,000	8 o/g. 56	102,70	102,70	8 o/g. P 57	77,000	77,000
8 o/g. P 63	88,000	88,000	8 o/g. 57	102,70	102,70	8 o/g. P 58	77,000	77,000
8 o/g. P 64	88,000	88,000	8 o/g. 58	102,70	102,70	8 o/g. P 59	77,000	77,000
8 o/g. P 65	88,000	88,000	8 o/g. 59	102,70	102,70	8 o/g. P 60	77,000	77,000
8 o/g. P 66	88,000	88,000	8 o/g. 60	102,70	102,70	8 o/g. P 61	77,000	77,000
8 o/g. P 67	88,000	88,000	8 o/g. 61	102,70	102,70	8 o/g. P 62	77,000	77,000
8 o/g. P 68	88,000	88,000	8 o/g. 62	102,70	102,70	8 o/g. P 63	77,000	77,000
8 o/g. P 69	88,000	88,000	8 o/g. 63	102,70	102,70	8 o/g. P 64	77,000	77,000
8 o/g. P 70	88,000	88,000	8 o/g. 64	102,70	102,70	8 o/g. P 65	77,000	77,000
8 o/g. P 71	88,000	88,000	8 o/g. 65	102,70	102,70	8 o/g. P 66	77,000	77,000
8 o/g. P 72	88,000	88,000	8 o/g. 66	102,70	102,70	8 o/g. P 67	77,000	77,000
8 o/g. P 73	88,000	88,000	8 o/g. 67	102,70	102,70	8 o/g. P 68	77,000	77,000
8 o/g. P 74	88,000	88,000	8 o/g. 68	102,70	102,70	8 o/g. P 69	77,000	77,000
8 o/g. P 75	88,000	88,000	8 o/g. 69	102,70	102,70	8 o/g. P 70	77,000	77,000
8 o/g. P 76	88,000	88,000	8 o/g. 70	102,70	102,70	8 o/g. P 71	77,000	77,000
8 o/g. P 77	88,000	88,000	8 o/g. 71	102,70	102,70	8 o/g. P 72	77,000	77,000
8 o/g. P 78	88,000	88,000	8 o/g. 72	102,70	102,70	8 o/g. P 73	77,000	77,000
8 o/g. P 79	88,000	88,000	8 o/g. 73	102,70	102,70	8 o/g. P 74	77,000	77,000
8 o/g. P 80	88,000	88,000	8 o/g. 74	102,70	102,70	8 o/g. P 75	77,000	77,000
8 o/g. P 81	88,000	88,000	8 o/g. 75	102,70	102,70	8 o/g. P 76	77,000	77,000
8 o/g. P 82	88,000	88,000	8 o/g. 76	102,70	102,70	8 o/g. P 77	77,000	77,000
8 o/g. P 83	88,000	88,000	8 o/g. 77	102,70	102,70	8 o/g. P 78	77,000	77,000
8 o/g. P 84	88,000	88,000	8 o/g. 78	102,70	102,70	8 o/g. P 79	77,000	77,000
8 o/g. P 85	88,000	88,000	8 o/g. 79	102,70	102,70	8 o/g. P 80	77,000	77,000
8 o/g. P 86	88,000	88,000	8 o/g. 80	102,70	102,70	8 o/g. P 81	77,000	77,000
8 o/g. P 87	88,000	88,000	8 o/g. 81	102,70	102,70	8 o/g. P 82	77,000	77,000
8 o/g. P 88	88,000	88,000	8 o/g. 82	102,70	102,70	8 o/g. P 83	77,000	77,000
8 o/g. P 89	88,000	88,000	8 o/g. 83	102,70	102,70	8 o/g. P 84	77,000	77,000
8 o/g. P 90	88,000	88,000	8 o/g. 84	102,70	102,70	8 o/g. P 85	77,000	77,000
8 o/g. P 91	88,000	88,000	8 o/g. 85	102,70	102,70	8 o/g. P 86	77,000	77,000
8 o/g. P 92	88,000	88,000	8 o/g. 86	102,70	102,70	8 o/g. P 87	77,000	77,000
8 o/g. P 93	88,000	88,000	8 o/g. 87	102,70	102,70	8 o/g. P 88	77,000	77,000
8 o/g. P 94	88,000	88,000	8 o/g. 88	102,70	102,70	8 o/g. P 89	77,000	77,000
8 o/g. P 95	88,000	88,000	8 o/g. 89	102,70	102,70	8 o/g. P 90	77,000	77,000
8 o/g. P 96	88,000	88,000	8 o/g. 90	102,70	102,70	8 o/g. P 91	77,000	77,000
8 o/g. P 97	88,000	88,000	8 o/g. 91	102,70	102,70	8 o/g. P 92	77,000	77,000
8 o/g. P 98	88,000	88,000	8 o/g. 92	102,70	102,70	8 o/g. P 93	77,000	77,000
8 o/g. P 99	88,000	88,000	8 o/g. 93	102,70	102,70	8 o/g. P 94	77,000	77,000
8 o/g. P 100	88,000	88,000	8 o/g. 94	102,70	102,70	8 o/g. P 95	77,000	77,000
8 o/g. P 101	88,000	88,000	8 o/g. 95	102,70	102,70	8 o/g. P 96	77,000	77,000
8 o/g. P 102	88,000	88,000	8 o/g. 96	102,70	102,70	8 o/g. P 97	77,000	77,000
8 o/g. P 103	88,000	88,000	8 o/g. 97	102,70	102,70	8 o/g. P 98	77,000	77,000
8 o/g. P 104	88,000	88,000	8 o/g. 98	102,70	102,70	8 o/g. P 99	77,000	77,000
8 o/g. P 105	88,000	88,000	8 o/g. 99	102,70	102,70	8 o/g. P 100	77,000	77,000
8 o/g. P 106	88,000	88,000	8 o/g. 100	102,70	102,70	8 o/g. P 101	77,000	77,000
8 o/g. P 107	88,000	88,000	8 o/g. 101	102,70	102,70	8 o/g. P 102	77,000	77,000
8 o/g. P 108	88,000	88,000	8 o/g. 102	102,70	102,70	8 o/g. P 103	77,000	77,000
8 o/g. P 109	88,000	88,000	8 o/g. 103	102,70	102,70	8 o/g. P 104	77,000	77,000
8 o/g. P 110	88,000	88,000	8 o/g. 104	102,70	102,70	8 o/g. P 105	77,000	77,000
8 o/g. P 111	88,000	88,000	8 o/g. 105	102,70	102,70	8 o/g. P 106	77,000	77,000
8 o/g. P 112	88,000	88,000	8 o/g. 106	102,70	102,70	8 o/g. P 107	77,000	77,000
8 o/g. P 113	88,000	88,000	8 o/g. 107	102,70	102,70	8 o/g. P 108	77,000	77,000
8 o/g. P 114	88,000	88,000	8 o/g. 108	102,70	102,70	8 o/g. P 109	77,000	77,000
8 o/g. P 115	88,000	88,000	8 o/g. 109	102,70	102,70	8 o/g. P 110	77,000	77,000
8 o/g. P 116	88,000	88,000	8 o/g. 110	102,70	102,70	8 o/g. P 111	77,000	77,000
8 o/g. P 117	88,000	88,000	8 o/g. 111	102,70	102,70	8 o/g. P 112	77,000	77,000
8 o/g. P 118	88,000	88,000	8 o/g. 112	102,70	102,70	8 o/g. P 113	77,000	77,000
8 o/g. P 119	88,000	88,000	8 o/g. 113	102,70	102,70	8 o/g. P 114	77,000	77,000
8 o/g. P 120	88,000	88,000	8 o/g. 114	102,70	102,70	8 o/g. P 115	77,000	77,000
8 o/g. P 121	88,000	88,000	8 o/g. 115	102,70	102,70	8 o/g. P 116	77,000	77,000
8 o/g. P 122	88,000	88,000	8 o/g. 116	102,70	102,70	8 o/g. P 117	77,000	77,000
8 o/g. P 123	88,000	88,000	8 o/g. 117	102,70	102,70	8 o/g. P 118	77,000	77,000
8 o/g. P 124	88,000	88,000	8 o/g. 118	102,70	102,70	8 o/g. P 119	77,000	77,000
8 o/g. P 125	88,000	88,000	8 o/g. 119	102,70	102,70	8 o/g. P 120	77,000	77,000
8 o/g. P 126	88,000	88,000	8 o/g. 120	102,70	102,70	8 o/g. P 121	77,000	77,000
8 o/g. P 127	88,000	88,000	8 o/g. 121	102,70	102,70	8 o/g. P 122	77,000	77,000
8 o/g. P 128	88,000	88,000	8 o/g. 122	102,70	102,70	8 o/g. P 123	77,000	77,000
8 o/g. P 129	88,000	88,000	8 o/g. 123	102,70	102,70	8 o/g. P 124</		

[illegible][illegible][illegible]

## Ausländische Aktien

## Die hohe Kunst des Sparens. Der Senator 2.0 E.



Abgeteilt: Sanator C 20E-4 Zylinder-Einspritztriebwerk mit 85 kW (115 PS), Servolenkung, Leichtmetallfelgen, 4 Scheibenbremsen, Bordcomputer, Höhenverstellbarer Fahrersitz. Das Fahrzeug wird nur mit Einspritztriebwerk 20E 2.5E und 3.0E, Opel-Gleichstrompumpe Berlin #20636, Distanzler #23223.

Es wird heute sehr viel von Wirtschaftlichkeit gesprochen. Gut so. Und man ist bereit, auf einiges zu verzichten, um diesem Gebot Rechnung zu tragen. Gut so.

Wenn aber am Komfort gespart werden soll, können wir nicht mehr beipflichten.

Denn der umfassende Komfort des Senator ist zugleich das Ergebnis einer Vielzahl von konditionserhaltenden, das heißt der Sicherheit dienenden Faktoren. Daran darf es keine Abstriche geben.

Unser Weg zur besonderen Wirtschaftlichkeit ist das 4-Zylinder-Triebwerk mit kraftvollen 85 kW (115 PS) und LE-Jetronic mit Schubabschaltung. So wird deutlich Kraftstoff gespart, aber dem Temperament freier Lauf gelassen. Das Senator-Fahrwerk, eine der besten Konstruktionen im gesamten Automobilbau überhaupt, werden Sie schätzen lernen, wenn Sie den Senator einmal selbst fahren. Denn auch in außergewöhnlichen Situationen reagiert dieses Auto absolut souverän, neutral und vorhersehbar.

Gönnen Sie sich das Vergnügen einer Probefahrt. Die beste Möglichkeit, ein überzeugendes Konzept für wirtschaftliches Fahren kennenzulernen.

Wir kennen Ihr Urteil: Gut so, werden Sie sagen, wenn Sie aussteigen.

**OPEL**  
ZUVERLÄSSIG IN DIE ZUKUNFT



Es gibt noch etliche Stolpersteine - Zum Münchner Kabelpilotprojekt

## Herrn Mühlhenszls ungeahnte Kräfte

Nein, Trauer tragen sie nicht beim Münchner Kabelpilotprojekt, obwohl sie den einst selbst angezeigten Wettlauf mit dem Konkurrenten in Ludwigshafen verloren haben. Wollte doch Münchens Kabeldirektor Rudolf Mühlhensz, einst Bayerns TV-Chefredakteur und den Zuschauern bekannt als grimmig blickender Moderator politischer Fernsehdebatten, zu Weihnachten starten und den Kollegen am Rhein ein Schnippen schlagen, die im Januar auf Sendung gehen. Nun blieb Ludwigshafen bei seinem Zeitplan, Mühlhensz aber mußte auf den 1. April verschieben, aber dennoch verlor seine derzeit 32köpfige Mannschaft nicht den Mut. Mit einem Schimmer vorausschauender Schadenfreude meint einer gar: „Jetzt beobachten wir erst einmal, wie in Ludwigshafen die Potemkinschen Dörfer brennen.“

Ob das erwartete Feuerchen reicht, die Münchner Hände zu wärmen, bleibt abzuwarten, immerhin aber sind die Füße der Mühlhensz-Mannschaft nicht mehr ganz so kalt, wie sie es noch während dieses Sommers waren, als potentielle Programmbieter um das Pilotprojekt strichen wie die Katze um den heißen Brei.

In dieser deprimierenden Phase hatte der immerhin schon 62jährige Mühlhensz ungeahnte Kräfte mobilisiert und war - mit der Realität als beschwerlichem Reisegepäck - zu verschiedenen PR-Veranstaltungen gereist, bei denen er Münchens Kabelzukunft in den schillerndsten Farben präsentierte.

Überm Berg ist die Sache aber dennoch nicht, noch sind etliche Stolpersteine zu überwinden. Oder aus dem Weg zu räumen, wobei der Kabeldirektor mit Grandezza frühere Fixierungen beseitigt. Hatte er noch vor Monaten getönt, man werde beginnen, wenn 10 000 Anschlüsse bestellt seien, so ist der Start inzwischen al-

lein eine Frage des Datums: Der 1. April. Bisher haben sich erst 1200 für einen Anschluß interessiert, und das immerhin in einem Gebiet, in dem rund 125 000 Menschen in gut 55 000 Haushalten leben. Hatte Mühlhensz früher mit bis zu 25 000 Teilnehmern gerechnet, so hat er das Höchstlimit auf 20 000 heruntergeholt und rechnet intern mit 15 000.

Wobei die künftigen Kunden erst in diesen Tagen ungefähr erfahren, was sie für den Kabelspieß zahlen müssen. Sechs Mark im Monat sind es für die Projekt-Blindgänger, die im Plangebiet im Münchner Osten wohnen, sich aber mit dem Kabelanschluß der fünf „ortsüblichen“ Programme begnügen: ARD, ZDF, III, Programm (das im Freistaat „Bayrisches Fernsehen“ heißt) und die beiden österreichischen Sender. Wer aber in die Mühlhensz-Kanäle blicken will, muß weit tiefer in die Tasche greifen - und da zückt schon mancher zurück.

Da gilt es erst einmal, den Postenschuß zu zahlen: Was außerhalb des Projektgebiets 400 Mark kostet, schlägt im Areal nur noch mit der Hälfte zu Buche. Und wer nicht länger als drei Monate zögert, kommt sogar mit 125 Mark davon. Im Schnitt 200 Mark soll die Leistung vom Post-übergabepunkt in die Wohnung kosten, ein Konvertergerät, das für die meisten TV-Geräte benötigt wird, macht nochmals 200 Mark. Zu diesen 625 oder mehr Mark und zu den regulären Rundfunkgebühren kommt noch ein monatlicher Tribut von voraussichtlich 18,50 Mark. Die exakte Summe wird der Aufsichtsrat noch beschließen.

Als Gegenleistung soll geboten werden: Fernsehen auf 18 und Hörfunk auf 24 Kanälen. Neben den fünf „ortsüblichen“ Programmen werden Südwestfunk 3, Schweiz 1, das TV-Produkt von Radio Luxemburg und das englische Satellitenprogramm

von „Satellite London“ herangeführt werden. Das ZDF will sein Abendprogramm zeitversetzt, also in geänderter Reihenfolge, bieten und produziert daneben - als europäische Premiere - einen reinen Musikkanal für täglich sechs Stunden. Mit einem „TV-Kultur-Club“ will der Bayerische Rundfunk sich an die „Bildungs- und Kulturinteressierten“ (BR-Werbetext) wenden und daneben vom späten Nachmittag bis in die Nacht hinein einen Kanal unter dem Motto „Jugend-Spiel-Sport“ füllen. Hier bahnt sich eine Liaison mit „ROFA cable sport“ an, als deren Geschäftsführer Franz Beckenbauer (O-Ton: „Fernsehen bringt zuviel Politik, zuviel Politik und zuviel Negativität“) und der einstige FC-Bayern-Manager Robert Schwan auftreten und täglich vier Stunden „Sport total“ versprechen. Im Herbst oder später will der Teleclub Zürich mit - zusätzlich zu zahlendem - Pay TV aufwarten, wo es neben Spielfilmen und Videospielen möglicherweise auch exklusive Großereignisse zu kaufen gibt. Bayern-Manager Uli Hoeneß hatte dafür schon eine Vision: „Dann gibt's die Schlagerspiele der Bundesliga zu fünf Mark zu kaufen.“

Düster sieht es dagegen bei einem Lieblingskind Mühlhensz aus, beim Lokalkanal. Vor Monaten hatte er ihm noch bis ins Detail angekündigt, heute sagt er kleinlaut: „Wir haben einen Vorvertrag.“ Die Stadt München, mit einem Rathaus-TV im Programm, zielt sich noch: Nur eine Stunde fünfmal die Woche steht zur Debatte, eine erste Testsendung aber war finanziell „eine Katastrophe“ (Rathaussprecher Wolfbauer). Nach dem dritten Text soll der Stadtrat entscheiden, ob das Projekt mit sechs Millionen Mark im Jahr überhaupt genehmigt wird.

PETER SCHMALZ

## „Und das ist ja unser Fernsehpublikum“

Dietrich Haugk, der Regisseur der „Goldenen Schuhe“ nach Vicki Baum, ist nach eigenem Bekunden an der Autorin literarisch nicht interessiert. Es reizte ihn, den Stoff der „absolut trivialen Autorin“ durch das Fernsehen zu „veredeln“. Was tat er? Er nahm dieses umfangreiche Bündel an vorgefertigten und vorgeprägten Menschen- und Verhaltensmustern und stellte sie mit Eifer und Ausdauer nach, ein geduldiger Platzanweiser für „Die Welt der Vicki Baum“ (so der Obertitel des Fernseh-

unternehmens). Nicht einen Moment war ihm der Gedanke gekommen, das triviale Stück mit einem Tropf von Ironie zu versehen, nicht in einer einzigen Einstellung wich er von dem inneren Zwang ab, Triviales trivial zum Leben zu erwecken. (Als hätte es noch nie eine Fernseh-Fassung aus der Welt der Courts-Mahler gegeben, beispielsweise).

So erlebte die deutsche Zuschauer-schaft eine „veredelte“ Illustrierten-Schulze ohne jeden Abstand, schlimmer noch: Je mehr der Filme-

macher das Stück anbot, desto armerlicher troff die Trivialität hervor.

Warum solches, groß angekündigt, auf unsere Bildschirme geschickt wird? Wer weiß es. Vielleicht liegt der Schlüssel in dem Hinweis des Regisseurs, die Autorin habe eine „inhaltliche Kenntnis von dem, was die Leute so sehen und hören wollen.“ Er führt fort: „Und das ist ja unser Fernsehpublikum.“

Fazit: Versagt der Film, sind immer noch die Aussagen des Regisseurs da. REGINA ROSTOW

## KRITIK

## Das Leben im Souterrain der Gesellschaft

Es ist ja - auch literarisch - längst gesagt worden, daß Kriminalität, auch kleine, sich nicht lohnt. Der Eintrag im Strafregister hängt einem an wie ein stechender Geruch, das künftige Leben ist kaum zu bestehen. Diese Moral von der Gestalt: Wollte Diethard Klante mit seinem Film „Hauptstadt: Leben...“ (ZDF) allerdings gar nicht zeigen. Er zog aus, das Leben im Souterrain der Gesellschaft zu schildern und das Elend einer Frau, die strauchelt und der niemand aufhört.

Doch auch wenn der Betrachter gerne glauben möchte, was er glauben soll - daß eine ausweglose Situation, daß Not am Anfang des Abstiegs stand: Irgendwann muß doch auch dem Gläubigsten auffallen, daß diese Frau Christine nicht nur „das soziale Netz“ verschmäht, sondern daß sie auch sonst nach keinem der rettenden Halte greift - und die stehen doch überall herum. Das ist keine Frage des Milieus oder ihres Charakters, sondern dient allein dazu, den freien Fall ins Endlose zu dehnen und der Rührseligkeit zu einem Fortgang zu verhelfen.

Ein Film entsteht daraus nicht, dem undurchsichtigen, mit dem Krimi kokettierenden und nie recht aufgehenden Anfang zum Trotz. Brillante Schauspielerei sind am Werk - Franziska Walser vor allem, des Schriftstellers Tochter, und Lambert Hamel -, die auch in der Großaufnahme bestehen. Aber auch der sonstige Aufwand kann nicht verhindern, daß am Ende nicht mehr herauskommt als eine Sozialstudie.

KATHRIN BERGMANN



Regionale Themen, die in „Briefen aus der Provinz“ erzählt werden, sendet das ZDF 1984 in etwa fünfminütigen Beiträgen zum Sendeschluß an verschiedenen Sonntagen. Am 1. Januar heißt das Thema „Grenzland Bayerischer Wald: Fremdenverkehrsparadies oder benachteiligte Region?“, am 29. Januar „Brief aus Lübeck“, und am 26. Februar zeigt das ZDF einen Beitrag aus dem Kreis Lichow-Dannenberg. Am 25. März lautet das Thema „Zwischen den Gleisen wächst Gras - die S-Bahn im geteilten Berlin.“ (dpa)



## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

16.00 Tagesschau, Tagesschau  
16.25 Der Mann von Suez  
17.00 Tagesschau

12.10 Report  
12.35 Presseschau  
13.00 Tagesschau

16.10 Tagesschau  
16.15 Unter dem Chapiteau  
4. Zirkus von morgen

17.00 Die Spieltheater  
Unterhaltung für Kinder zum Advent  
Sendung mit Gino Stephan  
Mit den Alterspatzen, dem Bad Oeynhauser Kinderchor, Bernd Schütz, Veronika Fischer und Gloria Florio. Monty Python's Groovy gibt tips für Weihnachtsgeschenke. Nischen Heidebach stellt „Das Elefantentreffen“ vor. Und Will Quadflieg will den Kindern klassische Musik näherbringen.

17.30 Tagesschau  
17.35 Tagesschau  
17.40 Tagesschau

17.40 Tagesschau  
17.45 Tagesschau  
17.50 Tagesschau  
17.55 Tagesschau  
18.00 Tagesschau  
18.05 Tagesschau  
18.10 Tagesschau  
18.15 Tagesschau  
18.20 Tagesschau  
18.25 Tagesschau  
18.30 Tagesschau  
18.35 Tagesschau  
18.40 Tagesschau  
18.45 Tagesschau  
18.50 Tagesschau  
18.55 Tagesschau  
19.00 Tagesschau  
19.05 Tagesschau  
19.10 Tagesschau  
19.15 Tagesschau  
19.20 Tagesschau  
19.25 Tagesschau  
19.30 Tagesschau  
19.35 Tagesschau  
19.40 Tagesschau  
19.45 Tagesschau  
19.50 Tagesschau  
19.55 Tagesschau  
20.00 Tagesschau  
20.05 Tagesschau  
20.10 Tagesschau  
20.15 Tagesschau  
20.20 Tagesschau  
20.25 Tagesschau  
20.30 Tagesschau  
20.35 Tagesschau  
20.40 Tagesschau  
20.45 Tagesschau  
20.50 Tagesschau  
20.55 Tagesschau  
21.00 Tagesschau  
21.05 Tagesschau  
21.10 Tagesschau  
21.15 Tagesschau  
21.20 Tagesschau  
21.25 Tagesschau  
21.30 Tagesschau  
21.35 Tagesschau  
21.40 Tagesschau  
21.45 Tagesschau  
21.50 Tagesschau  
21.55 Tagesschau  
22.00 Tagesschau  
22.05 Tagesschau  
22.10 Tagesschau  
22.15 Tagesschau  
22.20 Tagesschau  
22.25 Tagesschau  
22.30 Tagesschau  
22.35 Tagesschau  
22.40 Tagesschau  
22.45 Tagesschau  
22.50 Tagesschau  
22.55 Tagesschau  
23.00 Tagesschau  
23.05 Tagesschau  
23.10 Tagesschau  
23.15 Tagesschau  
23.20 Tagesschau  
23.25 Tagesschau  
23.30 Tagesschau  
23.35 Tagesschau  
23.40 Tagesschau  
23.45 Tagesschau  
23.50 Tagesschau  
23.55 Tagesschau  
24.00 Tagesschau

16.25 Tagesschau  
16.30 Tagesschau  
16.35 Tagesschau  
16.40 Tagesschau  
16.45 Tagesschau  
16.50 Tagesschau  
16.55 Tagesschau  
17.00 Tagesschau  
17.05 Tagesschau  
17.10 Tagesschau  
17.15 Tagesschau  
17.20 Tagesschau  
17.25 Tagesschau  
17.30 Tagesschau  
17.35 Tagesschau  
17.40 Tagesschau  
17.45 Tagesschau  
17.50 Tagesschau  
17.55 Tagesschau  
18.00 Tagesschau  
18.05 Tagesschau  
18.10 Tagesschau  
18.15 Tagesschau  
18.20 Tagesschau  
18.25 Tagesschau  
18.30 Tagesschau  
18.35 Tagesschau  
18.40 Tagesschau  
18.45 Tagesschau  
18.50 Tagesschau  
18.55 Tagesschau  
19.00 Tagesschau  
19.05 Tagesschau  
19.10 Tagesschau  
19.15 Tagesschau  
19.20 Tagesschau  
19.25 Tagesschau  
19.30 Tagesschau  
19.35 Tagesschau  
19.40 Tagesschau  
19.45 Tagesschau  
19.50 Tagesschau  
19.55 Tagesschau  
20.00 Tagesschau  
20.05 Tagesschau  
20.10 Tagesschau  
20.15 Tagesschau  
20.20 Tagesschau  
20.25 Tagesschau  
20.30 Tagesschau  
20.35 Tagesschau  
20.40 Tagesschau  
20.45 Tagesschau  
20.50 Tagesschau  
20.55 Tagesschau  
21.00 Tagesschau  
21.05 Tagesschau  
21.10 Tagesschau  
21.15 Tagesschau  
21.20 Tagesschau  
21.25 Tagesschau  
21.30 Tagesschau  
21.35 Tagesschau  
21.40 Tagesschau  
21.45 Tagesschau  
21.50 Tagesschau  
21.55 Tagesschau  
22.00 Tagesschau  
22.05 Tagesschau  
22.10 Tagesschau  
22.15 Tagesschau  
22.20 Tagesschau  
22.25 Tagesschau  
22.30 Tagesschau  
22.35 Tagesschau  
22.40 Tagesschau  
22.45 Tagesschau  
22.50 Tagesschau  
22.55 Tagesschau  
23.00 Tagesschau  
23.05 Tagesschau  
23.10 Tagesschau  
23.15 Tagesschau  
23.20 Tagesschau  
23.25 Tagesschau  
23.30 Tagesschau  
23.35 Tagesschau  
23.40 Tagesschau  
23.45 Tagesschau  
23.50 Tagesschau  
23.55 Tagesschau  
24.00 Tagesschau

16.25 Tagesschau  
16.30 Tagesschau  
16.35 Tagesschau  
16.40 Tagesschau  
16.45 Tagesschau  
16.50 Tagesschau  
16.55 Tagesschau  
17.00 Tagesschau  
17.05 Tagesschau  
17.10 Tagesschau  
17.15 Tagesschau  
17.20 Tagesschau  
17.25 Tagesschau  
17.30 Tagesschau  
17.35 Tagesschau  
17.40 Tagesschau  
17.45 Tagesschau  
17.50 Tagesschau  
17.55 Tagesschau  
18.00 Tagesschau  
18.05 Tagesschau  
18.10 Tagesschau  
18.15 Tagesschau  
18.20 Tagesschau  
18.25 Tagesschau  
18.30 Tagesschau  
18.35 Tagesschau  
18.40 Tagesschau  
18.45 Tagesschau  
18.50 Tagesschau  
18.55 Tagesschau  
19.00 Tagesschau  
19.05 Tagesschau  
19.10 Tagesschau  
19.15 Tagesschau  
19.20 Tagesschau  
19.25 Tagesschau  
19.30 Tagesschau  
19.35 Tagesschau  
19.40 Tagesschau  
19.45 Tagesschau  
19.50 Tagesschau  
19.55 Tagesschau  
20.00 Tagesschau  
20.05 Tagesschau  
20.10 Tagesschau  
20.15 Tagesschau  
20.20 Tagesschau  
20.25 Tagesschau  
20.30 Tagesschau  
20.35 Tagesschau  
20.40 Tagesschau  
20.45 Tagesschau  
20.50 Tagesschau  
20.55 Tagesschau  
21.00 Tagesschau  
21.05 Tagesschau  
21.10 Tagesschau  
21.15 Tagesschau  
21.20 Tagesschau  
21.25 Tagesschau  
21.30 Tagesschau  
21.35 Tagesschau  
21.40 Tagesschau  
21.45 Tagesschau  
21.50 Tagesschau  
21.55 Tagesschau  
22.00 Tagesschau  
22.05 Tagesschau  
22.10 Tagesschau  
22.15 Tagesschau  
22.20 Tagesschau  
22.25 Tagesschau  
22.30 Tagesschau  
22.35 Tagesschau  
22.40 Tagesschau  
22.45 Tagesschau  
22.50 Tagesschau  
22.55 Tagesschau  
23.00 Tagesschau  
23.05 Tagesschau  
23.10 Tagesschau  
23.15 Tagesschau  
23.20 Tagesschau  
23.25 Tagesschau  
23.30 Tagesschau  
23.35 Tagesschau  
23.40 Tagesschau  
23.45 Tagesschau  
23.50 Tagesschau  
23.55 Tagesschau  
24.00 Tagesschau

16.25 Tagesschau  
16.30 Tagesschau  
16.35 Tagesschau  
16.40 Tagesschau  
16.45 Tagesschau  
16.50 Tagesschau  
16.55 Tagesschau  
17.00 Tagesschau  
17.05 Tagesschau  
17.10 Tagesschau  
17.15 Tagesschau  
17.20 Tagesschau  
17.25 Tagesschau  
17.30 Tagesschau  
17.35 Tagesschau  
17.40 Tagesschau  
17.45 Tagesschau  
17.50 Tagesschau  
17.55 Tagesschau  
18.00 Tagesschau  
18.05 Tagesschau  
18.10 Tagesschau  
18.15 Tagesschau  
18.20 Tagesschau  
18.25 Tagesschau  
18.30 Tagesschau  
18.35 Tagesschau  
18.40 Tagesschau  
18.45 Tagesschau  
18.50 Tagesschau  
18.55 Tagesschau  
19.00 Tagesschau  
19.05 Tagesschau  
19.10 Tagesschau  
19.15 Tagesschau  
19.20 Tagesschau  
19.25 Tagesschau  
19.30 Tagesschau  
19.35 Tagesschau  
19.40 Tagesschau  
19.45 Tagesschau  
19.50 Tagesschau  
19.55 Tagesschau  
20.00 Tagesschau  
20.05 Tagesschau  
20.10 Tagesschau  
20.15 Tagesschau  
20.20 Tagesschau  
20.25 Tagesschau  
20.30 Tagesschau  
20.35 Tagesschau  
20.40 Tagesschau  
20.45 Tagesschau  
20.50 Tagesschau  
20.55 Tagesschau  
21.00 Tagesschau  
21.05 Tagesschau  
21.10 Tagesschau  
21.15 Tagesschau  
21.20 Tagesschau  
21.25 Tagesschau  
21.30 Tagesschau  
21.35 Tagesschau  
21.40 Tagesschau  
21.45 Tagesschau  
21.50 Tagesschau  
21.55 Tagesschau  
22.00 Tagesschau  
22.05 Tagesschau  
22.10 Tagesschau  
22.15 Tagesschau  
22.20 Tagesschau  
22.25 Tagesschau  
22.30 Tagesschau  
22.35 Tagesschau  
22.40 Tagesschau  
22.45 Tagesschau  
22.50 Tagesschau  
22.55 Tagesschau  
23.00 Tagesschau  
23.05 Tagesschau  
23.10 Tagesschau  
23.15 Tagesschau  
23.20 Tagesschau  
23.25 Tagesschau  
23.30 Tagesschau  
23.35 Tagesschau  
23.40 Tagesschau  
23.45 Tagesschau  
23.50 Tagesschau  
23.55 Tagesschau  
24.00 Tagesschau

16.25 Tagesschau  
16.30 Tagesschau  
16.35 Tagesschau  
16.40 Tagesschau  
16.45 Tagesschau  
16.50 Tagesschau  
16.55 Tagesschau  
17.00 Tagesschau  
17.05 Tagesschau  
17.10 Tagesschau  
17.15 Tagesschau  
17.20 Tagesschau  
17.25 Tagesschau  
17.30 Tagesschau  
17.35 Tagesschau  
17.40 Tagesschau  
17.45 Tagesschau  
17.50 Tagesschau  
17.55 Tagesschau  
18.00 Tagesschau  
18.05 Tagesschau  
18.10 Tagesschau  
18.15 Tagesschau  
18.20 Tagesschau  
18.25 Tagesschau  
18.30 Tagesschau  
18.35 Tagesschau  
18.40 Tagesschau  
18.45 Tagesschau  
18.50 Tagesschau  
18.55 Tagesschau  
19.00 Tagesschau  
19.05 Tagesschau  
19.10 Tagesschau  
19.15 Tagesschau  
19.20 Tagesschau  
19.25 Tagesschau  
19.30 Tagesschau  
19.35 Tagesschau  
19.40 Tagesschau  
19.45 Tagesschau  
19.50 Tagesschau  
19.55 Tagesschau  
20.00 Tagesschau  
20.05 Tagesschau  
20.10 Tagesschau  
20.15 Tagesschau  
20.20 Tagesschau  
20.25 Tagesschau  
20.30 Tagesschau  
20.35 Tagesschau  
20.40 Tagesschau  
20.45 Tagesschau  
20.50 Tagesschau  
20.55 Tagesschau  
21.00 Tagesschau  
21.05 Tagesschau  
21.10 Tagesschau  
21.15 Tagesschau  
21.20 Tagesschau  
21.25 Tagesschau  
21.30 Tagesschau  
21.35 Tagesschau  
21.40 Tagesschau  
21.45 Tagesschau  
21.50 Tagesschau  
21.55 Tagesschau  
22.00 Tagesschau  
22.05 Tagesschau  
22.10 Tagesschau  
22.15 Tagesschau  
22.20 Tagesschau  
22.25 Tagesschau  
22.30 Tagesschau  
22.35 Tagesschau  
22.40 Tagesschau  
22.45 Tagesschau  
22.50 Tagesschau  
22.55 Tagesschau  
23.00 Tagesschau  
23.05 Tagesschau  
23.10 Tagesschau  
23.15 Tagesschau  
23.20 Tagesschau  
23.25 Tagesschau  
23.30 Tagesschau  
23.35 Tagesschau  
23.40 Tagesschau  
23.45 Tagesschau  
23.50 Tagesschau  
23.55 Tagesschau  
24.00 Tagesschau

16.25 Tagesschau  
16.30 Tagesschau  
16.35 Tagesschau  
16.40 Tagesschau  
16.45 Tagesschau  
16.50 Tagesschau  
16.55 Tagesschau  
17.00 Tagesschau  
17.05 Tagesschau  
17.10 Tagesschau  
17.15 Tagesschau  
17.20 Tagesschau  
17.25 Tagesschau  
17.30 Tagesschau  
17.35 Tagesschau  
17.40 Tagesschau  
17.45 Tagesschau  
17.50 Tagesschau  
17.55 Tagesschau  
18.00 Tagesschau  
18.05 Tagesschau  
18.10 Tagesschau  
18.15 Tagesschau  
18.20 Tagesschau  
18.25 Tagesschau  
18.30 Tagesschau  
18.35 Tagesschau  
18.40 Tagesschau  
18.45 Tagesschau  
18.50 Tagesschau  
18.55 Tagesschau  
19.00 Tagesschau  
19.05 Tagesschau  
19.10 Tagesschau  
19.15 Tagesschau  
19.20 Tagesschau  
19.25 Tagesschau  
19.30 Tagesschau  
19.35 Tagesschau  
19.40 Tagesschau  
19.45 Tagesschau  
19.50 Tagesschau  
19.55 Tagesschau  
20.00 Tagesschau  
20.05 Tagesschau  
20.10 Tagesschau  
20.15 Tagesschau  
20.20 Tagesschau  
20.25 Tagesschau  
20.30 Tagesschau  
20.35 Tagesschau  
20.40 Tagesschau  
20.45 Tagesschau  
20.50 Tagesschau  
20.55 Tagesschau  
21.00 Tagesschau  
21.05 Tagesschau  
21.10 Tagesschau  
21.15 Tagesschau  
21.20 Tagesschau  
21.25 Tagesschau  
21.30 Tagesschau  
21.35 Tagesschau  
21.40 Tagesschau  
21.45 Tagesschau  
21.50 Tagesschau  
21.55 Tagesschau  
22.00 Tagesschau  
22.05 Tagesschau  
22.10 Tagesschau  
22.15 Tagesschau  
22.20 Tagesschau  
22.25 Tagesschau  
22.30 Tagesschau  
22.35 Tagesschau  
22.40 Tagesschau  
22.45 Tagesschau  
22.50 Tagesschau  
22.55 Tagesschau  
23.00 Tagesschau  
23.05 Tagesschau  
23.10 Tagesschau  
23.15 Tagesschau  
23.20 Tagesschau  
23.25 Tagesschau  
23.30 Tagesschau  
23.35 Tagesschau  
23.40 Tagesschau  
23.45 Tagesschau  
23.50 Tagesschau  
23.55 Tagesschau  
24.00 Tagesschau

16.25 Tagesschau  
16.30 Tagesschau  
16.35 Tagesschau  
16.40 Tagesschau  
16.45 Tagesschau  
16.50 Tagesschau  
16.55 Tagesschau  
17.00 Tagesschau  
17.05 Tagesschau  
17.10 Tagesschau  
17.15 Tagesschau  
17.20 Tagesschau  
17.25 Tagesschau  
17.30 Tagesschau  
17.35 Tagesschau  
17.40 Tagesschau  
17.45 Tagesschau  
17.50 Tagesschau  
17.55 Tagesschau  
18.00 Tagesschau  
18.05 Tagesschau  
18.10 Tagesschau  
18.15 Tagesschau  
18.20 Tagesschau  
18.25 Tagesschau  
18.30 Tagesschau  
18.35 Tagesschau  
18.40 Tagesschau  
18.45 Tagesschau  
18.50 Tagesschau  
18.55 Tagesschau  
19.00 Tagesschau  
19.05 Tagesschau  
19.10 Tagesschau  
19.15 Tagesschau  
19.20 Tagesschau  
19.25 Tagesschau  
19.30 Tagesschau  
19.35 Tagesschau  
19.40 Tagesschau  
19.45 Tagesschau  
19.50 Tagesschau  
19.55 Tagesschau  
20.00 Tagesschau  
20.05 Tagesschau  
20.10 Tagesschau  
20.15 Tagesschau  
20.20 Tagesschau  
20.25 Tagesschau  
20.30 Tagesschau  
20.35 Tagesschau  
20.40 Tagesschau  
20.45 Tagesschau  
20.50 Tagesschau  
20.55 Tagesschau  
21.00 Tagesschau  
21.05 Tagesschau  
21.10 Tagesschau  
21.15 Tagesschau  
21.20 Tagesschau  
21.25 Tagesschau  
21.30 Tagesschau  
21.35 Tagesschau  
21.40 Tagesschau  
21.45 Tagesschau  
21.50 Tagesschau  
21.55 Tagesschau  
22.00 Tagesschau  
22.05 Tagesschau  
22.10 Tagesschau  
22.15 Tagesschau  
22.20 Tagesschau  
22.25 Tagesschau  
22.30 Tagesschau  
22.35 Tagesschau  
22.40 Tagesschau  
22.45 Tagesschau  
22.50 Tagesschau  
22.55 Tagesschau  
23.00 Tagesschau  
23.05 Tagesschau  
23.10 Tagesschau  
23.15 Tagesschau  
23.20 Tagesschau  
23.25 Tagesschau  
23.30 Tagesschau  
23.35 Tagesschau  
23.40 Tagesschau  
23.45 Tagesschau  
23.50 Tagesschau  
23.55 Tagesschau  
24.00 Tagesschau

16.25 Tagesschau  
16.30 Tagesschau  
16.35 Tagesschau  
16.40 Tagesschau  
16.45 Tagesschau  
16.50 Tagesschau  
16.55 Tagesschau  
17.00 Tagesschau  
17.05 Tagesschau  
17.10 Tagesschau  
17.15 Tagesschau  
17.20 Tagesschau  
17.25 Tagesschau  
17.30 Tagesschau  
17.35 Tagesschau  
17.40 Tagesschau  
17.45 Tagesschau  
17.50 Tagesschau  
17.55 Tagesschau  
18.00 Tagesschau  
18.05 Tagesschau  
18.10 Tagesschau  
18.15 Tagesschau  
18.20 Tagesschau  
18.25 Tagesschau  
18.30 Tagesschau  
18.35 Tagesschau  
18.40 Tagesschau  
18.45 Tagesschau  
18.50 Tagesschau  
18.55 Tagesschau  
19.00 Tagesschau  
19.05 Tagesschau  
19.10 Tagesschau  
19.15 Tagesschau  
19.20 Tagesschau  
19.25 Tagesschau  
19.30 Tagesschau  
19.35 Tagesschau  
19.40 Tagesschau  
19.45 Tagesschau  
19.50 Tagesschau  
19.55 Tagesschau  
20.00 Tagesschau  
20.05 Tagesschau  
20.10 Tagesschau  
20.15 Tagesschau  
20.20 Tagesschau  
20.25 Tagesschau  
20.30 Tagesschau  
20.35 Tagesschau  
20.40 Tagesschau  
20.45 Tagesschau  
20.50 Tagesschau  
20.55 Tagesschau  
21.00 Tagesschau  
21.05 Tagesschau  
21.10 Tagesschau  
21.15 Tagesschau  
21.20 Tagesschau  
21.25 Tagesschau  
21.30 Tagesschau  
21.35 Tagesschau  
21.40 Tagesschau  
21.45 Tagesschau  
21.50 Tagesschau  
21.55 Tagesschau  
22.00 Tagesschau  
22.05 Tagesschau  
22.10 Tagesschau  
22.15 Tagesschau  
22.20 Tagesschau  
22.25 Tagesschau  
22.30 Tagesschau  
22.35 Tagesschau  
22.40 Tagesschau  
22.45 Tagesschau  
22.50 Tagesschau  
22.55 Tagesschau  
23.00 Tagesschau  
23.05 Tagesschau  
23.10 Tagesschau  
23.15 Tagesschau  
23.20 Tagesschau  
23.25 Tagesschau  
23.30 Tagesschau  
23.35 Tagesschau  
23.40 Tagesschau  
23.45 Tagesschau  
23.50 Tagesschau  
23.55 Tagesschau  
24.00 Tagesschau

16.25 Tagesschau  
16.30 Tagesschau  
16.35 Tagesschau  
16.40 Tagesschau  
16.45 Tagesschau  
16.50 Tagesschau  
16.55 Tagesschau  
17.00 Tagesschau  
17.05 Tagesschau  
17.10 Tagesschau  
17.15 Tagesschau  
17.20 Tagesschau  
17.25 Tagesschau  
17.30 Tagesschau  
17.35 Tagesschau  
17.40 Tagesschau  
17.45 Tagesschau  
17.50 Tagesschau  
17.55 Tagesschau  
18.00 Tagesschau  
18.05 Tagesschau  
18.10 Tagesschau  
18.15 Tagesschau  
18.20 Tagesschau  
18.25 Tagesschau  
18.30 Tagesschau  
18.35 Tagesschau  
18.40 Tagesschau  
18.45 Tagesschau  
18.50 Tagesschau  
18.55 Tagesschau  
19.00 Tagesschau  
19.05 Tagesschau  
19.10 Tagesschau  
19.15 Tagesschau  
19.20 Tagesschau  
19.25 Tagesschau  
19.30 Tagesschau  
19.35 Tagesschau  
19.40 Tagesschau  
19.45 Tagesschau  
19.50 Tagesschau  
19.55 Tagesschau  
20.00 Tagesschau  
20.05 Tagesschau  
20.10 Tagesschau  
20.15 Tagesschau  
20.20 Tagesschau  
20.25 Tagesschau  
20.30 Tagesschau  
20.35 Tagesschau  
20.40 Tagesschau  
20.45 Tagesschau  
20.50 Tagesschau  
20.55 Tagesschau  
21.00 Tagesschau  
21.05 Tagesschau  
21.10 Tagesschau  
21.15 Tagesschau  
21.20 Tagesschau  
21.25 Tagesschau  
21.30 Tagesschau  
21.35 Tagesschau  
21.40 Tagesschau  
21.45 Tagesschau  
21.50 Tagesschau  
21.55 Tagesschau  
22.00 Tagesschau  
22.05 Tagesschau  
22.10 Tagesschau  
22.15 Tagesschau  
22.20 Tagesschau  
22.25 Tagesschau  
22.30 Tagesschau  
22.35 Tagesschau  
22.40 Tagesschau  
22.45 Tagesschau  
22.50 Tagesschau  
22.55 Tagesschau  
23.00 Tagesschau  
23.05 Tagesschau  
23.10 Tagesschau  
23.15 Tagesschau  
23.20 Tagesschau  
23.25 Tagesschau  
23.30 Tagesschau  
23.35 Tagesschau  
23.40 Tagesschau  
23.45 Tagesschau  
23.50 Tagesschau  
23.55 Tagesschau  
24.00 Tagesschau

16.25 Tagesschau  
16.30 Tagesschau  
16.35 Tagesschau  
16.40 Tagesschau  
16.45 Tagesschau  
16.50 Tagesschau  
16.55 Tagesschau  
17.00 Tagesschau  
17.05 Tagesschau  
17.10 Tagesschau  
17.15 Tagesschau  
17.20 Tagesschau  
17.25 Tagesschau  
17.30 Tagesschau  
1



# In bester Unordnung

mar - Der Titel ist zeitgemäß. Er verspricht jenen modischen Pessimismus, der gegenwärtig so wohlfeil ist. Vor uns die Stille! heißt der schmale Band aus dem Grazer Styria Verlag (79 S., 16,80 Mark). Aber der Name des Verfassers läßt stutzen. Zarko Petan ist es, der slowenische Autor, von dem der Satz stammt: „Sozialismus ist wie der Schleier von Piss, er ist nicht stabil und hält trotzdem.“

Solche der großen Sache von Marx und Engels, Andropow und Honecker tributpflichtigen Aphorismen versammelt er auch in seinem dritten Buch. Es ist eine von den Segnungen und Hoffnungen des Sozialismus geprägte Antwort auf die bescheidene Feststellung des Parteiprogramms der KPdSU: „Der Kommunismus ist die höchste Zukunft der ganzen Menschheit.“ Bei Petan wird diese theoretische Verallgemeinerung zur Praxis: „Ha-

ben Sie keine Angst vor der Zukunft - sie beginnt erst morgen.“ Dementsprechend definiert er die Zeit, in der wir leben, so: „Die Gegenwart ist der Zustand zwischen der guten alten Zeit und der schönen Zukunft.“ Und damit ihm niemand Defätismus nachsagen kann, versichert er uns: „Für einige hat die bessere Zukunft schon begonnen.“ Zugleich wendet er sich gegen jene, die die ethischen Grundlagen dieser Avantgarde des Proletariats in Zweifel ziehen: „Wer sagt, es gebe bei uns keine Moral? Ich kenne sogar viele Leute mit einer doppelten.“

Zarko Petan als guter Sohn seiner Klasse weiß sich jedenfalls von kleinbürgerlichem Subjektivismus frei. Mit Erfahrungen habe ich schlechte Erfahrungen gemacht.“ Denn: „Auch die Vergangenheit ist manchmal schwer vorauszusagen.“ Nur eine Anmerkung kann er sich nicht verkneifen: „Immer, wenn ich Kafka lese, bin ich überrascht, wie idyllisch das Leben zu seiner Zeit war.“ Deshalb eignet sich das Motto dieses Buches gewiß als sozialistischer Gruß: „Alles in bester Unordnung.“

# Fritz Schediwy's „Salome“ in Zürich uraufgeführt

## Tennis, Turnier, Theater

In einer Dependence des Zürcher Schauspielhauses wird als Uraufführung das Werk „Salome oder Auf dem Dach der Welt“ gegeben. Der Titel bleibt auch nach der Besichtigung rätselhaft. Das Rätsel selbst dauert vier Stunden. Und während dieser Zeit müssen die Schauspieler viele Kilometer zurücklegen; das entspricht einem veritablen Langstreckenläufer-Ereignis. Denn die Handlung spielt im wesentlichen auf einem Laufsteg, und da kann man nicht viel anderes tun als eben laufen.

Der ausgezeichnete Schauspieler Fritz Schediwy, der sich hier zum erstenmal als Autor und Regisseur betätigt, nennt sein Werk, in dem kaum ein paar Sätze von ihm selbst stammen, eine Erzählung. Das Programm spricht von einem Stück. Beides ist es nicht. Allenfalls eine Collage. Schediwy vergreift sich, ohne mit der Wimper zu zucken, an Flaubert, Baudelaire, Kafka und anderen, auch an Richard Strauss. Freilich läßt er nichts aus dessen „Salome“ spielen. Ein paar Takte hätten ja verraten, wie „Salome“ gespielt werden muß. Aber vor allem bringt er Oscar Wilde, sowohl seine „Salome“ als auch einiges aus dem „Dorian Gray“. Und was verbindet die beiden Werke? Nichts. Außer daß er sowohl die Salome als auch den Dorian Gray von ein und demselben Schauspieler spielen läßt. Warum die Salome? Weil, so wird erklärt, Wilde homosexuell war. Aber Wide hat „Salome“ für die große Tragödin Sarah Bernhardt geschrieben, die sie dann freilich nicht spielte.

Schediwy hat viele Einfälle. Zum Beispiel ist die Szene ständig vernebelt. Warum wohl? Schlimmer, daß diese Szene eben meist aus einem Laufsteg besteht, der die meisten Schauspieler dazu zwingt, auf Mimik zu verzichten. Sie müssen ja laufen, sportliche Leistungen vollbringen. Die Zuschauer wiederum sind gezwungen, bald nach links, bald nach rechts zu blicken, als befänden sie sich auf einem Tennis-Turnier.

Der Maler des im Roman verhängnisvollen Bildes von Dorian Gray ist kein Maler mehr, sondern ein Bildhauer. Kein Bildnis also, sondern eine Statue - und als sie enthüllt wird, sieht man einen alten Mann dort sitzen mit einem Gesicht, das geprägt ist von den Sünden des ewig jungen Dorian Gray. Das zumindest wird deutlich: der Wunsch des schönen Knaben, ewig jung zu bleiben, und zwar auf Kosten des Werkes, das an seiner Stelle altern soll.

Weitere Regieeffekte: Fast alle Personen spielen mit nacktem Oberkörper. Das lohnt sich allenfalls bei der schönen Anne-Marie Kuster, die freilich als Flauberts „Königin von Sabots“ nichts in dem Stück zu suchen hat. Fast alle Darsteller treten ohne Schuhe auf. Warum wohl?

Warum muß Christoph Bantzer sowohl den zynisch-lässigen Lord Henry Wotton spielen als auch den religiösen Fanatiker Jochanaan, der das Kommen des Erlösers verkündet? Die Regie behauptet, es handle sich im Grunde genommen um die gleiche Figur. Wirklich? Bantzer kann fast alles. Er könnte jede dieser Rollen spielen, wenn man ihn nur ließe.

Sven-Eric Bechtolt ist nicht so schön, wie Dorian Gray sein sollte. Als Salome ist dieser laide Bursche völlig fehl am Platz. Man muß noch dankbar dafür sein, daß er sich nicht als Damentypus betätigt. Freilich verspricht er keinen Funken Erotik. Der so wichtige Tanz wirkt niemals sinnlich, mahnt eher an die Übungen des Turniers Jahns. Aber was kann man von ihm anders verlangen? Was sollte man überhaupt von dem Stück, das, was gesagt, kein Stück ist, anders erwarten?

CURT RISS

# Placido Domingo legt seine Autobiographie vor

## Stolz wie ein Spanier

Wenn ein Künstler schon mit vierzig seine Autobiographie schreibt, dann ist er entweder maßlos eitel, oder er braucht Geld, oder er hat schon mit seiner Karriere abgeschlossen. Bei Placido Domingos Buch „My First Forty Years“, auf deutsch viel zu pathetisch mit „Die Bühne - mein Leben“ betitelt (Kindler Verlag, München, 288 S., 34 Mark), ist davon nachweislich nichts wahr. Hätte er die Zeit, die er auf Schreibern oder Diktatoren verwendet hat, dazu genutzt zu singen, dann wäre er heute reich. Gute zehn Jahre sollte man ihm sicher noch geben, auch wenn die Stimme gerade in diesen Tagen, in denen er die „Turandot“-Premiere der Mailänder Scala abgibt und sich in der Callas-Gedenkveranstaltung im Fernsehen viel unter Form präsentierte, Alarmsignale gab.

Er ist stolz wie ein Spanier. Aus relativ bescheidenen Verhältnissen aufgestiegen zu sein zu internationalen Startum, und das ganz aus eigener Kraft, erfüllt ihn verständlicherweise mit Genugtuung. Und auch mit vierzig ist er ein zu guter Sohn, den Eltern, beide Zarzuela-Sänger, die häusliche Bescheidenheit zu deutlich unter die Nase zu reiben. Daß es ein Vagantenleben war, das er als Kind in Spanien und als Heranwachsender in Mexiko führen mußte, wird aber schon sehr deutlich.

Domingo schreibt mit höflicher, aber doch entwerfender Ehrlichkeit. Wenn er Karajans erlesene Komplimente macht und ein paar Seiten weiter feststellt, daß seine Arbeit unter Carlos Kleiber eben doch das einzig Wahre gewesen sei, wird die Botschaft deutlich genug, ohne jemandem zu verletzen oder sich selbst Steine in den Weg zu legen. Sin blieben zwischen den Zeilen lesen muß man in diesem Buch schon.

Was seine eigene Person angeht, ist das allerdings nicht nötig. Er bekennt offen, in welchen Vorstellungen er wirklich nicht gut war, und erzählt

auch, halb entschuldigend, halb sich selbst tadelnd, wie es dazu kam. Domingo, der Autor, illuminiert nie den Glorienschein über seinem Haupt.

Natürlich freut er sich diebisch, wenn er den Kritikern eines auszuweisen kann, wenn er mit seiner Selbstschätzung gegen die veröffentlichte Meinung recht behalten hat. Aber den Hauptvorwurf derer, die in Sorge um den Erhalt seiner Stimme vor dem schonungslosen Ausbeuten seines stimmlichen Kapitals warnen, stützt diese Lebensbeichte doch. Domingos Pensum ist mörderisch. Unter siebzehn Aufführungen pro Jahr macht er es seit Jahren nicht, Plattenaufnahmen, Fernsehauftritte, Probenarbeit und Filme gar nicht einmal mitgerechnet.

Daß Placido Domingo nicht bloß Tenor ist, sondern ein erstklassiger Musiker, der sich berechnete Hoffnungen macht, statt in den Ruhestand aus Dürftigkeitspolitik zu wechseln, verraten seine grundsätzlichen Anmerkungen zu Oper und Gesangs-kunst. Die Beobachtung etwa, daß sich junge Sänger mehr an Puccini als an Verdi halten sollten, weil dieser sich wie von selbst singt, jener aber die perfekt kontrollierte Stimme verlangt, ist in der Tat zu beherzigen. Seine in einem Verdikt Mascagnis glühende Verismo-Schelte hingegen mag eher aus seiner persönlichen Situation zu erklären sein; denn er läuft tatsächlich Gefahr, mit den Effekten dieser Partien seine Stimme zu ruinieren, da sie technisch nicht alles abfangen kann, was sein Temperament zu geben bereit ist.

Zur Regie hat er aufgeräumte Vorstellungen. Ponnelle ist offenbar sein Liebling, mit den Experimentierern kann er so viel nicht anfangen. Vielleicht setzen ihn die letzten vierzig Jahre doch nicht nur als Sänger und Dirigenten, sondern als Operndirektor. Das traut man ihm nach diesem Buch zu.

REINHARD BEUTH

# Café Hawelka und Madame d'Ora - Wien dokumentiert die „Geschichte der Fotografie in Österreich“

## Bekannte Gesichter, gemischte Gefühle...

Plötzlich wird die Vergangenheit lebendig. Nostalgische Gefühle melden sich. Man kann sich am Wiedererkennen des Vertrauten erfreuen, das hier in alten, vergilbten Fotografien vor die Augen tritt. Da sieht man den Stephansdom, wie er anno 1847 und 1859 aussah, als das Kärntner noch den Zugang zum 1. Bezirk sperrte. Oder man sieht das Reichsrathsgebäude (das heutige Parlament) im Jahre 1876, gerade erst bis zum Erdgeschoss hochgezogen. Da ist der jugendliche Franz Joseph (mit und ohne Elisabeth), da ist Franz Lehar am Klavier, das Atelier von Makart oder ein Leporello mit Nestroy in seinen verschiedenen Rollen. Und so geht es weiter mit Erinnerungsbildern bis nahe an die Gegenwart.

Die Ausstellung im Wiener Museum des 20. Jahrhunderts ist jedoch nicht nur mit Reminiszenzen besetzt. Sie hat sich ein höheres Ziel gesetzt: Sie will die ganze „Geschichte der Fotografie in Österreich“ in Bildern vorführen (und im Katalog beschreiben). Das ist ein schwieriges Unterfangen, weil schon die Definition dessen, was als „österreichische Fotografie“ verstanden werden soll, nicht leicht fällt.



Portrait aus dem „magnum“: „Café Hawelka“ von Franz Hubmann (1959), aus der Wiener Ausstellung

Eine zwölfköpfige Arbeitsgruppe hat sich nach langem Hin und Her schließlich auf eine ganz enge Auslegung geeinigt. Danach wurden nur die Fotografen berücksichtigt, die auf dem Gebiet des heutigen Österreich tätig waren. Wer im Ausland zu Ruhm gelangte (wie etwa Maria Austria, Lisette Model oder Raoul Hausman), hatte keine Chance. Nur Herbert Bayer und Harald Lecherperg, die ihren Ruhm auf „reichendstem Terrain“ ernteten, schienen eine Ausnahme wert. Außerdem wurden auch einige „Zugewanderte“ berücksichtigt, so die beiden Japaner Yoichi Okamoto und Seichi Furuya, der Berliner Arthur Benda oder der Dresdener Heinrich Kühn.

Mit rund 900 Fotos werden 14 recht unterschiedliche Kapitel dokumentiert. Der Bogen spannt sich von den Inkunabeln, den silberglänzenden Daguerreotypen, bis zur gegenwärtigen „Kunst der Fotografie“. Die Ordnungspunkte wechseln dabei dauernd. Mal steht die Chronologie im Vordergrund, mal das Thema, mal die stilistische Gemeinsamkeit.

Der Besucher ist ziemlich verwirrt, weil die einzelnen Gruppen nicht

deutlich genug getrennt sind. Er sieht - je nach Alter - bekannte Bilder und vertraute Gesichter, die Heimkehrerfotos von Ernst Haas, die 1949 die Tragik der Kriegsgefangenen ins Licht rückten, oder Franz Hubmanns Reportage über das Café Hawelka, eines der Glimpse aus der inzwischen legendären Zeitschrift „magnum“. Er entdeckt den Maler Klimt mit seiner Katze (von Moritz Nähr) oder den sich selbst stilisierenden Schiele (von Anton Josef Trcka).

Und auch Anita Berber (deren Nachruhm auf dem Porträt von Otto Dürckheim ist auf mehreren Aufnahmen zu entdecken). Sie stammen von Dora Kalman, die mit ihrem 1907 gegründeten Atelier Madame d'Ora (das 1927 ihr langjähriger Mitarbeiter Arthur Benda übernahm) berühmt wurde.

Madame d'Ora und ihren Porträts aus Kunst und Gesellschaft, einem Panorama des Adels und der anderweitigen Prominenz, hat das Museum Moderner Kunst parallel im Palais Liechtenstein noch eine Extra-Schau (begleitet von einem prächtigen Bildband von Monika Faber in der Edition Brandstätter für 99 Mark) gewidmet. Es ist ein bündiger Bilderreigen

der Moden und des Schönheitsideals im ersten Viertel unseres Jahrhunderts.

Die Hauptausstellung schafft es dagegen nicht, ein in sich schlüssiges Bild vorzustellen. Das liegt nicht zuletzt daran, daß man den Ehrgeiz hatte, nur „Originalfotos“ zu zeigen, d. h. Aufnahmen, die vom Fotografen eigenhändig abgezogen wurden. Abzüge von anderer Hand, selbst wenn ein Museum die alten Platten oder Filme aufbewahrt, wurden nicht akzeptiert. Das ist bei einer Kunst, die normalerweise auf Reproduktion und Vervielfältigung aus ist, ein altes esoterisches Auswahlprinzip. So manche Gebiete sind dadurch nur höchst unzureichend vertreten. Dazu gehört die Werbefotografie, an sich ja ein sehr wichtiges und innovatives Gebiet. Auch die Modellfotografie ist eher zufällig als systematisch vertreten. Und das Kapitel „Fotografie und Faschismus“, inzwischen ein Pflichtstück solcher Ausstellungen, gerät ausgesprochen kümmerlich und widersprüchlich.

Da liest man etwa auf einer Tafel: „Eindeutige Zusammenhänge zwischen Form und Funktion sogenannter faschistischer Fotografie lassen

deutlich genug getrennt sind. Er sieht - je nach Alter - bekannte Bilder und vertraute Gesichter, die Heimkehrerfotos von Ernst Haas, die 1949 die Tragik der Kriegsgefangenen ins Licht rückten, oder Franz Hubmanns Reportage über das Café Hawelka, eines der Glimpse aus der inzwischen legendären Zeitschrift „magnum“.

Da liest man etwa auf einer Tafel: „Eindeutige Zusammenhänge zwischen Form und Funktion sogenannter faschistischer Fotografie lassen

# Hamburg: Gedächtnisausstellung für P. Eliasberg

## Labyrinth der Phantasie

Der Maler und Grafiker Paul Eliasberg (1907-1983), dem die Hamburger „Galerie in Flottbek“ gegenwärtig eine umfassende Gedächtnisausstellung widmet, gehörte zu den bestrahltesten Einzelgängern und stillen Außenseitern in der Kunst unserer Zeit. Unberührt durch die jeweils herrschenden, vermeintlich aktuellen Strömungen schuf er ein malerisches und grafisches Werk, das in den abendländischen Traditionen der Antike und des Mittelalters wurzelt und doch gleichzeitig den Blickwinkel der Gegenwart vertritt.

Als Sohn russisch-jüdischer Eltern in München geboren, überlebte Paul Eliasberg nach dem frühen Tod seines Vaters bereits 1926 als Neunzehnjähriger nach Paris, wo er seine Wahlheimat fand. Seine Ausbildung absolvierte er an der Akademie Ranson bei Roger Bissière, dem feinsten abstrakten Maler, dem er auch später künstlerisch und freundschaftlich verbunden blieb. Während des Zweiten Weltkriegs gehörte Eliasberg der französischen Widerstandsbewegung an, 1947 wurde er französischer Staatsbürger. Nach dem Krieg vermittelten ihm Reisen in den mediterranen Raum die entscheidenden formalen und motivischen Anregungen. Im September 1983 starb er 76-jährig in Hamburg.

Die zerklüfteten Felsen und Grotten der griechischen Inseln, aber auch die spitzbogigen Strukturen der gotischen Kathedralen Frankreichs zählen zu den Leitmotiven, die Eliasberg vor allem im Medium der Zeichnung und Radierung höchst nuanciert und reichhaltig veranschaulicht. Dabei entwickelte er eine eigenwillig verknüpfte Darstellungsweise aus Linien und Strichgewebe, die sich im weiten Stilbereich zwischen Altdorfer, Herkules Seghers und James Ensor entfaltet und in kosmisch-surreale Bereiche weist.

Nicht nur die Formen der mediterranen Grotte oder gotischen Kreuzrippengewölbe sind in seinem selbst so kniffligen, spinnwebförmigen oder kristallisierten Zeichnerisch in grafische Labyrinth voller Phantasie und Augenwitz verwandelt, auch die Atmosphäre der flirrenden Luft oder hellen Schatten der Agäis und der mystisch-verklärten Innenräume der Kathedralen tritt in den grafischen Blättern suggestiv zutage. Sie werden zu Sinnbildern des zeitlosen Schauspiels der Natur, doch nicht minder auch der autonomen Möglichkeiten des Menschen, sie zu verändern und sich Denkmäler zu setzen.

Im Medium der fein abgestuften

# Riccardo Muti: Kostbarkeiten auf vier Platten

## Ungemütliche Schönheit

Es gab eine Zeit in den fünfziger und sechziger Jahren, da konnte man von einer musikalischen Allgegenwart Karajans sprechen. Das Witzwort ging um, aus dem Bühnenaussgang der Wiener Staatsoper stürzend und in ein Taxi springend, habe er auf die Frage „Wohin?“ kurz geantwortet: „Egal, ich habe überall zu tun.“ Ähnliches könnte man heutzutage wohl über Riccardo Muti sagen.

Auf einen Schlag geradezu wirft seine Firma Schallplatten von ihm auf den Markt, eingespielt in Berlin, Philadelphia, London und Mailand, vier Produktionen von künstlerisch hohem Rang, gestützt auf vier Orchester, das der Scala und auf die Philadelphia, deren Musik seit dem Rücktritt Ormandys als neuer Chef vorsteht, die Berliner Philharmoniker, die in ihm einen der präsumptiven Nachfolger auf dem Posten Karajans sehen, und auf das Londoner Philharmonia, das er zehn Jahre lang als Nachfolger Kleppers leitete.

In Mutis Arbeit kulminiert einseitig - und geradezu explosiv - die Emanzipation der italienischen Dirigenten von der Oper, die mit Toscanini begann und den nachfolgenden Generationen der Giulini, Abbado, Sinopoli, Chailly das symphonische Weltrepertoire erschloß, das sie zwischen voller Neugier, interpretatorischer Phantasie und unerbittlicher Werkzeuge durchpirschen.

Die größte Abenteuerlust, die höchste Freude am Auskosten des Gegensätzlichen bringt dabei Muti auf. Sein Repertoire ist nachgedrängtes, und auch unter seinen jetzt vorliegenden Neuaufnahmen finden sich Werke, die nicht jedermanns Sache sind: die Faust-Sinfonie Liszts etwa, das Violinkonzert Schumanns oder Verdis Schwanengesang der Gläubigkeit die Quattro Pezzi Sacri. Das Bedeutende an Mutis Interpretation aber ist es gerade, daß sie selbst weniger Populäres zu spannungsvoller Lebendigkeit zu verhehlen vermag.

Freilich - vor dem zweiwundzigmittigen Andante sowie des „Gretchen“-Bildes der „Faust“-Sinfonie muß selbst ein Temperament wie Mutis verzaubern. Wo keine Farbe am Pinsel ist, malt es sich nun einmal schlecht.

Doch Muti revanchiert sich dafür mit dem Vortrag des Mephisto-Satzes auf die klangphantasievolle Art, eine geschickte Akzentuierung, die den Satz geradezu auf den Taktstock spielt. Er reißt die Ironie Liszts ins durchaus Ungemütliche hoch, um am Ende beinahe körperlos in Ver-

klärung zu münden. Gösta Winbergh singt die Goethe-Verse vom Ewig-männlichen tenorisch, als wolle er der beschworenen Weiblichkeit nicht einmal stimmkörperhaft nahe-treten: ein Eindruck von unvergleichlichem vokalem Himmelsparabell. Liszt, dem elegantesten Abbé aller Zeiten, durchaus angemessen.

Den gleichen Mystizismus des Einklangs von reiner Schönheit der musikalischen Wiedergabe mit der niedergeschriebenen Komposition erreicht Muti auf künstlerisch noch höherem Niveau in den Pezzi Sacri Verdis, wobei ihm die Stimmen des Stockholmer Rundfunkchors, unter Eric Ericson hochgezogen, zu Europas feinstem Singinstrument aus-einzufließen assistieren, zu schweigen von den Berliner Philharmonikern, deren ätherische Hol-bläser das Te Deum durchfließen und noch den Blechbläsern eine unvergleichliche Wärme bei aller Wucht zu geben verstehen.

Sie sind von Mutis vier Orchestern das eindeutig herrschende. Neben ihnen wirken die englischen Kollegen manchmal denn doch noch von ir-disch musikalischer Schwere ge-plagt. Das Philharmonia Orchestra unter Muti begleitet Gidon Kremer bei seiner Einspielung der Violinkonzerte von Schumann und Sibelius, wobei das Vielschichtige Schumanns eine Größe der Anschauung gewinnt, ihm durchaus angemessen, die es endlich - und hoffentlich endgültig - nobilitiert. Dazu bedarf es aber wohl auch einer künstlerisch engen Zusammenarbeit wie der zwischen zwei musikalisch so fanatischen Intelligenzen wie denen Kre-mers und Mutis. Denn auch das Kon-zert von Sibelius gewinnt in ihrer Darstellung einen ganz neuen kühnen Reiz: ein Blick wie aus der Vogelperspektive aufs Gegenüberland.

Verdis „Ernani“, die Eröffnungsvorstellung der Scala-Saison des Vor-jahres, liegt nun auch rechtzeitig zu Beginn der neuen Spielzeit vor: ein weiteres Dokument der Kunst Mutis, aus Unerbittlichkeit Schönheit zu schlagen. Endlich wieder ein Diri-gent mit ästhetisch festumrissenen, temperamentvoll angeregtem Ziel.

KLAUS GEITEL

List: Eine Faust-Sinfonie, Les Préludes, Gösta Winbergh, Ten. Westminster Choir College, Male Chorus, Philadelphia Orchestra (Rini 4 35 78).

Verdi: Quattro Pezzi Sacri, Rundfunkchor Stockholm, Arden Angen, Sopran, Berliner Philharmoniker (Rini 4 35 79).

Sibelius u. Schumann: Violinkonzerte, Gidon Kremer, Viol. Philharmonia Orch. (Rini 4 35 80).

Verdi: Ernani, Chor und Orch. der Mailänder Scala, Domingo-Peppi-Bruno-Glimmer (Rini 4 35 81).

# JOURNAL

## Kölner Oper gastiert wieder in Israel

DW. Tel Aviv

Nach ihrem erfolgreichen Gastspiel im Januar 1982 in Tel Aviv wurde die Kölner Oper jetzt eingeladen, im dortigen Mann-Auditorium mit fünf Aufführungen der „Zauberflöte“ und mit zwei Aufführungen der „Zauberlute für Kinder“ zu gastieren. Sir John Pritchard übernimmt die musikalische Leitung und wird die Proben mit dem Israel Philharmonic Orchestra leiten, das - wie seinerzeit bei „Cosi fan tutte“ und „Wozzeck“ - als Partner am Ort fungiert. Jean-Pierre Ponnelle übernimmt die Spielleitung seiner Inszenierung, die er den Gelegenheiten des Mann-Auditoriums anpaßt. Damit die jugendlichen Besucher in Tel Aviv bei der „Zauberlute für Kinder“ verstehen, worum es geht, übernimmt die in Tel Aviv lebende Theaterdirektorin und Schauspielerin Orna Porat die Rolle des Theaterdirektors und trägt hierbei sämtliche Dialoge in hebräischer Sprache vor. Das Gastspiel findet vom 16. bis 24. Februar 1984 statt.

## Wird die Caballé wieder singen können?

dpa, Wien

Die spanische Sopranistin Montserrat Caballé hat sich weitgehend von ihrer Herzattacke erholt, die sie am Wochenende auf der Bühne der Wiener Staatsoper erlitt. Ihr Zustand hat sich inzwischen so weit gebessert, daß sie zu ihrem Regisseur, dem spanischen Komponisten nach Barcelona fliegen konnte. Montserrat Caballé hatte ihre Partie der Madeleine in Umberto Giordanos Oper „André Chenier“ im dritten Akt unterbrechen müssen. Die Vorführung war daraufhin abgebrochen und das Publikum nach Hause geschickt worden.

## „Die Physiker“ an der Spitze der Werkstatt

DW. Köln

Friedrich Dürrenmatts Komödie „Die Physiker“, vor 20 Jahren uraufgeführt, erlebt eine neue Aufführungswelle. Mit 578 Aufführungen steht das Stück an der Spitze der Schauspiel-saison 1982/83. Wie der Deutsche Bühnenverein, Köln, in seiner Werkstatt weiter mittelt, liegt Goethes „Faust I“ knapp dahinter (574 Aufführungen). Was das Musiktheater der Bundesrepublik angeht, so herrscht 1982/83 die gewohnte Stabilität. Lerner/Loewes „My Fair Lady“ war das meistgespielte Musical (332), Mozart „Zauberflöte“ die meistgespielte Oper (278) und Johann Strauß „Fledermaus“ die meistgespielte Operette (232).

## Vorbereitungen für die Brüder-Grimm-Jubiläum

dpa, Kassel

Das Land Hessen wird rund 1,5 Millionen Mark bereitstellen, um die Wiederkehr der 200. Geburtstage der Brüder Jakob und Wilhelm Grimm in würdiger Weise zu begehen. Die Geburtstage der Brüder Grimm jäh-ren sich 1985 beziehungsweise 1986 zum 200. Mal. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen wird eine Ausstellung „Brüder Grimm - Dokumente ihres Lebens und Wirkens“ stehen. Diese Ausstellung, die von der Brüder-Grimm-Gesellschaft in Kassel gemeinsam mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin gestaltet werden soll, wird in Kassel, Berlin und Hanau gezeigt.

## Frankfurt-Feste '84: Der Tod in der Kunst

DW. Frankfurt

Die „Frankfurt-Feste '84“ der Alten Oper, geplant für die Zeit vom 30. August bis zum 18. September 1984, werden sich mit der Frage nach der Bewältigung des Phänomens Tod in der Kunst beschäftigen. Dazu werden drei Wochen gleichsam in einen schweren Luxurismus - eine Assoziation, welche die Architektur des Gebäudes provoziert. Mit dieser Imagination soll dem Grundgedanken des Festivals Rechnung getragen werden, von der Geschichte der Menschheit als unendliche Reise in einem der Willkür der Mächte ausgelieferten Schiff, das ständig von der Gefahr bedroht ist, unterzugehen. Die zahlreichen vorwiegend der Avantgarde zuzurechnenden Konzerte, szenischen Veranstaltungen und Happenings der „Frankfurt Feste '84“ reflektieren Möglichkeiten der künstlerischen Annäherung an Tod und Untergang vom Mittelalter bis zur unmittelbaren Gegenwart.

## Verzeichnis des guten Spielzeugs

DW. Ulm

Zum 15. Mal hat jetzt der Arbeitsausschuß Kinderspiel + Spielzeug sein Verzeichnis des mit der Marke „spiel gut“ ausgezeichneten Spielzeugs vorgelegt. Die Auszeichnung wird von einer von der Spielwarenindustrie und dem Spielwarenhandel unabhängigen Jury vergeben. Außerdem werden zuvor die Spielzeugausgabe mit Kindern erprobt. Die neue Liste nennt rund 2000 Artikel mit Hersteller und Preis. Sie ist nach Altersgruppen und Funktion des Spielzeugs geordnet. Das Verzeichnis kostet 10 Mark und kann bei dem Arbeitsausschuß in Ulm, Heimstr. 13 bestellt werden.



## „Goldfinger“ hat auch Glück vor Gericht

Im Spielbankenprozeß: Anklage mehr und mehr zusammen / Zeugen erhärten Version vom Systemspiel ohne Manipulation

PETER SCHMALZ, München  
Nun schweigt er, gleißt dann und wann Selbsterwähnung nach und blickt mit einer Miene im Sitzungssaal 264 des Münchner Justizpalastes umher, die Optimismus und Zufriedenheit zeigt. Das Glück im Spiel, das dem 62-jährigen Vladimir Granic am Roulette tisch Millionenbrände und der 5-tägigen „Goldfinger“-Einbrüche, scheint ihm auch auf der Anklagebank nicht zu verlassen. Dort sieht er sich zur Zeit mit dem Vorwurf konfrontiert, durch Manipulationen an den Spielmaschinen allein in der Spielbank von Bad Wiessee am Tegernsee 6,1 Millionen Mark kassiert zu haben. Aber auch nach drei Wochen Hauptverhandlung liegt für diesen Verdacht noch kein griffiger Beweis vor.

### Detaillierte Vorlagen untermauern Unschuld

Hatte Granic zu Prozessbeginn tagelang anhand detaillierter Vorlagen seine Unschuld beteuert, so hört er sich nun stumm die zahlreichen Zeugen an. Er lächelt ihnen zu und reicht ihnen von der Anklagebank aus sogar die Hand, auch wenn sie von der

Staatsanwaltschaft eigentlich zur Belastung des Angeklagten erscheinen. Aber keiner von ihnen konnte oder wollte bisher bestätigen, Granic habe die Stege der Roulette-Maschinen durch dünne austauschbare und damit seine Gewinnchancen erhöht.

Vielleicht wäre er selbst dazu nicht einmal in der Lage gewesen. „Mein Mann war handwerklich total unbegabt“, berichtet Granics erste Ehefrau, „ich mußte immer die Nägel in die Wand hauen.“ Und sie erzählt weiter, wie sie eine Ehe führen mußte zwischen Zahlen und Tabellen: „Er ist tagelang in seinem Zimmer gesessen, die Wände waren vollgehangen mit Zahlen und Kurven.“

Das war die Zeit, in der Granic Tausende von Gewinnzahlen verglich, die ihm von einer Schar Helfer aus den Casinos beigebracht wurden. 30 000 Zahlen will er benötigt haben, ehe er kleine Unregelmäßigkeiten, die jedem Spielkessel eigen sind, erkannt hat.

Daß diese Methode tatsächlich die Gewinnchancen der Systemspieler erhöhen kann, bestätigt der ehemalige technische Direktor der Spielbank von Bad Wiessee, Horst W., im Zeugnisstand: Nachdem 1980 die Roulette-Kessel komplett erneuert und eine

Computeranlage die Gewinnzahlen notierte, wurden dennoch bei fast allen Kesseln Zahlen ermittelt, die mehr als zehn Prozent höhere Gewinnchancen brachten. Ein Spieler, der im Auftrag von Granic unterwegs war, will sogar Zahlenfavoriten mit 23 Prozent bemerkt haben.

### Bei Casino-Managern nicht gern gesehen

Seine Leute setzte der Angeklagte offensichtlich stets nach dem gleichen Schema ein, über das der heutige Münchner Arzt Werner K. berichtet. Als Student notierte er für ein Abendhonorar von 100 Mark Gewinnpermanenzen, bis er das Metier so beherrschte, daß ihn der Auftraggeber mit bis zu 200 000 Mark Spielgeld und exakt vorgegebenen Zahlen ausüstete an die Spieltische ließ. Nur diese Zahlen durften gesetzt werden, dafür aber stets mit Höchstesatz. So habe er an einem Abend 150 000 Mark gewonnen, aber auch mal 200 000 Mark verloren.

Ob da nicht einmal ein Spieler schnell für sich einen Gewinn kassieren konnte, will der Richter wissen. Aber wie die Chancen der Elfenbeinkugel hat Granic auch die Schlich-

keit der Menschen einkalkuliert und ein System der feinen Überwachung ausgetüftelt: Wie die Spieler die Gewinnzahlen des Abends notieren und danach abrechnen mußten, wurden die Tische auch von Schreibern beobachtet, denen in der Regel die Spieler unbekannt waren.

Aber „Goldfinger“ ließ seine Spieler nicht darben. So überließ er dem 41-jährigen Maschinenkonstrukteur drei Prozent des Abendgewinns, womit dieser 45 000 Mark kassierte, als er in zwei Nächten ein französisches Casino um eineinhalb Millionen Mark erleichterte.

Gern gesehen waren diese Trupps von Systemspielern bei den Casino-Managern allerdings nicht. Und dort schützte man sich auf seine Weise vor den Supergewinnern. „Wenn jemand hoch gewonnen hat“, berichtet Ex-Direktor Horst W., „an einem Abend etwa 100 000 Mark, dann hab' ich den Roulette-Kessel sofort austauschen lassen. Wenn einer hoch verloren hat, hatte ich's damit nicht so eilig.“

Verloren hat W. vorerst seinen Arbeitsplatz: Er soll mit Granic unter einer Decke gesteckt haben. Aber die Ermittlungen kamen noch zu keinem Ende, die Akte sei noch sehr dünn, gibt der Staatsanwalt zu.

## „Baby Doe“ wird nicht operiert

AP, Washington  
Der Oberste amerikanische Gerichtshof hat sich gegen eine lebensverlängernde Operation eines am 11. Oktober mit schwersten Geburtsfehlern geborenen New Yorker Mädchens entschieden. Der Gerichtshof ließ es somit ohne nähere Begründung bei der Entscheidung eines Gerichts untergeordneter Instanz, welche den Wünschen der Eltern Rechnung trug. Mit dem Fall „Baby Jane Doe“ (der wirkliche Name des Kindes bleibt ungenannt) hatten sich auch schon die Regierung Reagan und der Vatikan befafßt (die WELT berichtete). Das Kind wurde mit offenkundiger Wirbelsäule und einem abnorm kleinen Kopf geboren, der durch überschüssige Körperflüssigkeit anschwellt.

Die Eltern hatten sich nach Beratung durch Ärzte und Vertreter der Kirche gegen eine Operation entschieden, die ihrem Kind eine Lebenserwartung von etwa 20 Jahren sichern könnte. Es bliebe aber behindert, epileptisch und von der Hüfte abwärts gelähmt. Ohne Operation wird das Kind nach Auffassung der Ärzte nicht älter als zwei Jahre werden. Der Fall Baby Jane Doe hatte die Amerikaner in zwei Lager gespalten und schließlich die Regierung Reagan auf den Plan gerufen, die erklärte, das Kind dürfe nicht benachteiligt werden, weil es behindert sei. Ein New Yorker Gericht hatte sich jedoch geweigert, das Krankenhaus, in dem das Mädchen behandelt wird, zu einer Operation zu veranlassen.

## Die Luft über Europa wird unsicherer

Im Januar beschäftigt sich das Europaparlament mit einem Bericht zur Flugsicherheit

KLAUS RÜHLE, Bonn  
Vor mehr als einem Jahr wies ein Bericht des Europaparlaments auf die Gefährlichkeit der spanischen Flughäfen hin. „Es ist unerlässlich“, hieß es in dem Bericht, „daß die dortigen Radar-Anlagen schnellstmöglich verstärkt und die Sicherheitssysteme verbessert werden. Vor allem muß die automatische Bodensicherung ausgebaut werden.“ Der Bericht, von dem italienischen Abgeordneten Carlo Ripa di Meana für das Europaparlament ausgearbeitet, stieß auf taube Ohren. Die beiden Flugeskatastrophen von Madrid haben gezeigt, wie berechtigt die Mahnungen waren.

Ein neuer Bericht, wieder von Ripa di Meana für den Transportausschuß des Europaparlaments auf Grund sorgfältiger Untersuchungen zusammengestellt, wird im Januar im Plenum zur Sprache kommen. Es handelt sich dabei um das erste umfassende Dokument über die Flugsicherheit oder besser: unsicherheit in Europa. Der Bericht soll zur Grundlage der EG-weiter Sicherheit im europäischen Flugverkehr werden.

Auf die entscheidende Frage, ob das Fliegen in Europa gefährlich ist, gab der Abgeordnete der Mailänder Wochenzeitschrift „Panorama“ eine sibyllische Antwort: „Im Augenblick noch nicht, aber in Zukunft wird der Flugverkehr auf unserem Kontinent immer unsicherer.“ So erklärt sich auch seine Warnung an die Flugesellschaften, den gegenwärtigen

Sicherheitsstandard nicht aus Sparsamkeitsgründen zu senken, das heißt, auf notwendige Investitionen zu verzichten.

Nach dem Bericht sind im Luftraum der EG-Länder 1982 mindestens 500 „Beinahe-Zusammenstöße“ bekannt geworden, davon die Hälfte von „höchster Gefährlichkeit“. An der Spitze der Liste der gefährlichen Begegnungen steht die Bundesrepublik Deutschland mit 216 Fällen, von Großbritannien mit 96, Frankreich mit 75 und Italien mit 52 gefolgt. Ursache des steigenden Risikos ist die zunehmende Intensität des Luftverkehrs. In dem Bericht wird ausgeführt, daß der Luftraum für den zivilen Flugverkehr an sich bereits äußerst beschränkt ist und Militärflugzeuge „normalerweise dort nichts zu suchen haben“, diesen Raum jedoch häufig durchkreuzen.

Ein erheblicher Teil der „Beinahe-Zusammenstöße“ entfällt auf die sogenannten „Sonntagspiloten“, die mit Privatjets in immer größerer Zahl den Luftraum bevölkern. Ripa di Meana: „Die Zunahme der Pilotenscheine ist erschreckend. Oft werden diese Genehmigungen nach Schnellkursen in den USA ausgestellt, ohne daß damit eine seriöse Garantie für die fliegerischen Fähigkeiten gegeben ist, zumal zusätzliche Kontrollen fehlen.“

Der Bericht beklagt aber auch die ungenügenden Radarsysteme in Spanien, Portugal, Griechenland und Italien. Groß seien auch die Gefahren für den Hörfunkverkehr zwischen Pi-

loten und Leitstellen durch Störungen seitens privater Radio- und Fernsehstationen. Da sich 75 Prozent der Unfälle im Umkreis von drei Kilometern vom Start- und Landeplatz ereigneten, komme der Bodensicherung erhöhte Bedeutung zu. Dem Problem des „Windshear“ (Windwechsel in Bodennähe) werde zu wenig Beachtung geschenkt.

Hefig kritisiert wird in dem Bericht die Gefährlichkeit des Ausstattungsmaterials in den meisten Verkehrsflugzeugen. Es handle sich um durchschnittlich vier Tonnen synthetisches Material pro Maschine, was eine tödliche Gefahr für die Passagiere darstelle. In der Tat sind die Opfer der beiden Flugeskatastrophen von Madrid verbrannt oder an Giftgasen erstickt.

Ripa di Meana ist von der Brisanz seines Berichts überzeugt: „Ich glaube, es ist an der Zeit, das Tabu des Schweigens zu brechen und zum Beispiel öffentlich bekanntzugeben, wie groß die Gefahr von Kollisionen im europäischen Luftraum ist. Der Zweck des Berichtes besteht darin, den Sicherheitsstandard zu erhöhen. Eilig ist dabei die Einrichtung einer europäischen Zentralbehörde für die Einhaltung der Sicherheitsnormen und die Bestrafung derer, die gegen sie verstoßen. Wichtig ist auch die Vereinheitlichung der Bordinstrumente und der Pilotenausbildung. Außerdem sollten alle Mitgliedstaaten den Waffengebrauch gegen Zivilflugzeuge, auch bei Spionageverbrechen, gesetzlich verbieten.“



Kühl-Turm

FOTO: KARL ZIMMERMANN

## LEUTE HEUTE

### Rekord-Abfahrt

Vom höchsten Berg der Welt, dem 8848 Meter hohen Mount Everest, will der Schweizer Sylvain Saudan aus Sitten auf Skiern abfahren. Er wartet zur Zeit auf die Erlaubnis der nepalesischen Behörden. Saudan hat bereits Abfahrten vom Mount Mac Kinley (6187 Meter) in den USA sowie von den Bergriesen Nun-Kun (7135 Meter) und Dhaulagiri (8172 Meter) hinter sich. Besondere Schwierigkeit: Die an sich notwendigen Sauerstoff-Flaschen sind für den Skifahrer zu schwer und er muß die Höhe deshalb ohne Atemgerät bewältigen.

### Hinterlassenschaft

Wegen einer großen Topfarchidee, die sie wochenlang ohne Untersatz auf dem kostbaren Teppich ihrer New Yorker Hotel-Suite stehen gelassen hatte, mußte Lis Taylor 37 000 Mark Schadenersatz zahlen. Wie Angestellte des Carlyle-Hotels jetzt ausplauderten, sah es in der Suite auch sonst wüst aus. Der Teppich sei von Zigarettenstummeln und ausgelassenen Nagellackfläschchen übersät gewesen. Der durch die Pflanze entstandene Schaden wurde erst nach ihrem Auszug entdeckt. Lis zahlte prompt, als ihr die Rechnung vorgelegt wurde.

## Kasino-Affäre: Drei Bürgermeister hinter Gittern

Im Skandal um das Zusammenspiel zwischen der Mafia und italienischen Spielkasinos sitzen jetzt drei Bürgermeister hinter Gittern. Nach den Verurteilungen von San Remo an der Riviera, und von Campione, einer italienischen Exklave am Luganer See, wurde jetzt auch der Bürgermeister von San Remos Nachbarstadt Imperia verhaftet. Der 35-jährige Antonio Scialoja soll bei der Vergabe der Konzession für das Kasino von San Remo Schmiergelder in Höhe von 50 Millionen Lire (rund 85 000 Mark) verlangt haben. Der Vorwurf gegen den christdemokratischen Kommunalpolitiker und seinen Parteifreund aus San Remo lautet auf schwere Erpressung. In der Kasino-Affäre von San Remo, Campione, Venedig und Saint Vincent im Aosta-Tal wurden bislang mehr als 100 Personen verhaftet. Die Ermittler vermuten, daß die Mafia an den Spieltischen die Möglichkeit erhielt, Beutegelder aus Verbrechen „reinzuschreiben“.

### Kommissar Zufall

Ein 57-jähriger Briten muß sich vor einem Gericht in Chester (Mittelland) wegen des Mordes an seiner Frau vor mehr als 20 Jahren verantworten. Die Tat wurde zufällig entdeckt, als ein Archäologe bei Ausgrabungsarbeiten hinter dem Haus des Angeklagten den Schädel einer Frau entdeckte. Der Angeklagte glaubte, es sei der Schädel der von ihm ermordeten Ehefrau und legte ein Geständnis ab. Später stellte sich heraus, daß der Schädel aus dem 5. Jahrhundert stammte.

### Tanker gesunken

Der mit 46 000 Tonnen Rohöl für Madagaskar beladene griechische Tanker „Pericles“, der seit mehreren Tagen brennend 60 Kilometer vor der Küste Qatars ankerte, ist gestern gesunken. Das Wrack liegt an einer seichten Stelle, so daß ein Teil des Buzs aus dem Wasser ragt. Die Behörden in Bahrain und Qatar befürchten jetzt eine Ölpest.

### Ärzte-Forderung

Die Ärztekammer Hamburg hat den Senat der Hansestadt aufgefordert, im Polizeicomputer gespeicherte Daten von Menschen, die einen Selbstmordversuch unternommen haben, sofort zu löschen und weitere Speicherung zu verbieten. Ein Sprecher der Innenbehörde erklärte, die Daten würden gespeichert, um Verfallschancen schnell beurteilen zu können. Man denke über eine Löschung nach.

### Autofahrer verbrannt

Wie eine Fackel loderte ein Personwagen, der nach einem Unfall mit den Rädern nach oben im Geäst mehrerer Bäume bei Brilon im Sauerland hängengeblieben war. Der Fahrer verbrannte bis zur Unkenntlichkeit.

### Lehrer rehabilitiert

Elf Jahre nach seiner Verhaftung unter dem Verdacht der Unzucht mit elfjährigen Schulmädchen ist der ehemalige Rektor einer Volksschule im oberbayerischen Teisendorf rehabilitiert worden. Das Verwaltungsgericht in München stellte ein Disziplinarverfahren ein und sprach ihm seine Berufsbezüge als Rektor in voller Höhe zu.

**Das beste ist: eine gute Versicherung.**

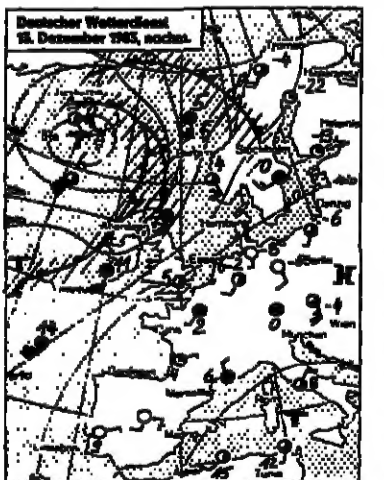
Jederzeit Sicherheit  
**SIGNAL**  
VERSICHERUNGEN

### ZU GUTER LETZT

„Geheilte Jahresendigung“  
„DDR“-Sprachgebrauch für „Weihnachtseigen“

## WETTER: Im Norden milder

Wetterlagen: Während der größte Teil Deutschlands im Einflußbereich einer Hochdruckzone über Mitteleuropa verbleibt, greift auf den äußersten Norden der Ausläufer eines Tiefs bei Island mit milderer Luft über.



Wetterlagen: Während der größte Teil Deutschlands im Einflußbereich einer Hochdruckzone über Mitteleuropa verbleibt, greift auf den äußersten Norden der Ausläufer eines Tiefs bei Island mit milderer Luft über.

Vorhersage für Mittwoch: Nordseeküstenbereich: Stark bewölkt bis bedeckt und strichweise Regen, der in den Frühstunden bei Temperaturen unter null Grad zu Straßeneis führt. In Tagesverlauf Temperaturen bis 5 Grad ansteigend.

Übriges Bundesgebiet und Raum Berlin: In den Frühstunden Dunst und dichter Nebel, nach deren zögernder Auflösung wolkig mit Auflockerungen und weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen um null Grad. Nachts Frost zwischen minus 2 und minus 6.

Weitere Aussichten: Auch im Westen etwas milder, aber erst ab Freitag dort und im Norden aufkommender Regen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:	
Berlin	-6°
Bonn	-6°
Dresden	-6°
Essen	-6°
Frankfurt	-6°
Hamburg	-6°
Leipzig	-6°
München	-6°
Stuttgart	-6°
Alger	-15°
Athen	-15°
Barcelone	-15°
Brüssel	-15°
Budapest	-15°
Bukarest	-15°
Helsinki	-15°
Istanbul	-15°
Kairo	-15°
Kopenhagen	-15°
Las Palmas	-15°
London	-15°
Madrid	-15°
Mailand	-15°
Malta	-15°
Moskau	-15°
Nizza	-15°
Oslø	-15°
Paris	-15°
Prag	-15°
Rom	-15°
Stockholm	-15°
Tel Aviv	-15°
Toronto	-15°
Wien	-15°
Zürich	-15°

\* Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.20 Uhr, Untergang: 16.15 Uhr, Wendeaufgang: 14.00 Uhr, Untergang: 2.31 Uhr. \* in MEZ, zentraler Ort Kassel

## Die Bonner Riege hält's unter dem heimischen Baum

Wenn Regierung und Abgeordnete in den nächsten Tagen in die Weihnachtsferien gehen, wollen Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Minister sich privat an Altbewährtem festhalten. Sommerliche Temperaturen im südlichen Teil der Erdkugel und palmenbewachsene Südstädte können die Bonner Politiker offenbar nicht locken. Fast die gesamte Prominenz sucht über Weihnachten und Neujahr am heimischen Herd Ruhe und Entspannung vom politischen Alltag. Allein den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt zieht es in etwas wärmere Gefilde. Er will nach seinem 66. Geburtstag am 23. Dezember auf Gran Canaria Urlaub machen.

### Familie im Mittelpunkt

Bundespräsident Carl Carstens feiert Weihnachten in seinem Haus in Meckenheim bei Bonn und will anschließend noch ein paar Tage in der Eifel ausspannen. Bundeskanzler Helmut Kohl, der die Feiertage mit der Familie in Ludwigshafen-Oggersheim verbringt, wird nicht vollständig abschalten können. Er muß für kurze Zeit ins Fernsehstudio, um seine Neujahrswünsche aufzeichnen zu lassen.

Auch für die meisten Minister soll während der Feiertage die Familie im Mittelpunkt stehen. Verteidigungsminister Manfred Wörner erwartet zur Bescherung die Schwiegereltern im heimischen Wäldchen bei Schwaben und will ansonsten „einfach mal durchhängen“. Auf Tradition setzt Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle. Er wird wie jedes Jahr den Christbaum zu Hause in Kempfen im Allgäu selbst schmücken und abends zusammen mit seinen drei Töchtern musizieren. Der Speiseplan steht jetzt schon fest: traditionelles gibt es bei Kiechles zu Weihnachten Rindfleisch-Fondue.

Einige Kabinettsmitglieder freuen sich darauf, während der Feiertage mal wieder ausgiebig Musik machen und dabei die Mitstreiter aus der Bonner Politik vergessen zu können. Postminister Christian Schwarz-Schilling, der aus einer Musikerfamilie stammt, spielt Klassisches auf dem Flügel. Verkehrsminister Werner Dollinger läßt Weihnachtslieder auf dem Klavier erklingen. Familien-

minister Heiner Geißler will mit seinen drei Söhnen musizieren.

Die Stellung in Bonn hält allein Hans-Dietrich Genscher. Der Außenminister gönnt sich auch in der Weihnachtszeit kaum Ruhe, lediglich an den Feiertagen bleibt er zu Hause in Pech bei Bonn. Arbeitsminister Norbert Blum, der in der Bundeshauptstadt auch zu Hause ist, hat sich für die Feiertage das Motto gesetzt: „Ruhe, Ruhe und nochmals Ruhe.“ Zu Silvester soll es mit der Familie dann noch „in den Schnee“ gehen.

### Auch das Sauerland zieht

Zu ausgesprochenen Schnee-Fans ist auch die Familie von Finanzminister Gerhard Stoltenberg geworden. Sie bleibt seit vielen Jahren während der Winterferien nicht in Schleswig-Holstein, sondern fährt in die Alpen zum Skilaufen. Mittlerweile zählt Stoltenberg zu den besten Abfahrtsläufern im Bonner Parlament. Weniger die Schnelligkeit, dafür aber die Ausdauer will SPD-Fraktionsführer Hans-Jochen Vogel im Winterurlaub trainieren. Er fährt zum Langlauf und Skiwandern in die Alpen. Noch nicht

festgelegt hat sich der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen. Er macht seinen Ski-Urlaub im Sauerland noch vom Wetter abhängig.

Einfach zu Hause bleiben, lesen und entspannen wollen die Minister Friedrich Zimmermann (Inneres), Heinz Riesenhuber (Forschung), Oscar Schneider (Bau), Dorothee Wilms (Bildung) und Jürgen Warnke (Entwicklung) sowie der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der die Feiertage daheim im Kreise der „vollständig versammelten Familie“ verbringen will. Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff fährt zur Erholung nach Münsterland, Justizminister Hans Engelhard nach Oberbayern.

Auch die Urlaubspläne der drei Sprecher der Grünen im Bundestag unterscheiden sich kaum von denen der Minister aus der konservativ-liberalen Kohl-Regierung. Petra Kelly will während der Feiertage gemeinsam mit ihrer „Om“ ein abgeschiedenes Plätzchen in der Natur aufsuchen. Otto Schily und Marieluise Beck-Oberdorf wollen in Berlin beziehungsweise Pforzheim auf Heimaturlaub gehen.

Die Marke Ihres Erfolges...

**BAUME & MERCIER**  
GENEVE  
1830

Quarz, wasserdicht,  
Stahl-Gold  
als Damen- und  
Herrenmodelle

Gelbgold 18 Karat,  
Quarz

Quarz, wasserdicht,  
Stahl-Gold oder Gold,  
4 Größen für Damen  
und Herren

Verkauft durch die führenden Fachgeschäfte

Fachgeschäft  
**BAUME & MERCIER**  
Postfach 639/W-6050 Odessa

هذا من اصل